Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte

Von Eduard Springer



Vierter Band, zweites Heft: Königreich Württemberg. Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik herausgegeben.



Duncker & Humblot reprints

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

120. Band.

Zweites Heft.

Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte.

Vierter Band. Zweites Heft.

Königreich Württemberg.



Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot.
1905.

Berfassung

und

Derwaltungsorganisation der Städte.

Vierter Band.

Zweites Heft.

Königreich Württemberg.

Von

Dr. E. Springer,

Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik herausgegeben.



Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot.
1905.

Inhaltsverzeichnis.

Königreich Württemberg.

Bon Dr. G. Springer, Regierungsaffeffor in hohenheim.

								Seite
I.	Einleitung							1
II.	Gliederung der Einwohnerschaft							10
	Stadtgebiet, Eingemeindung							16
	Berhältnis ber Stäbte zu ben umliegenden Landgemeinben							27
	Befteuerungs= und Bermögensverhältniffe ber Stäbte							39
	Entwicklung ber Berfaffung ber Stäbte							41
	Bürgerrecht							46
	Gemeinsames über Gemeinderat und Bürgerausschuß							53
	1. Einleitung							53
	2. Aktives und passives Wahlrecht							54
	3. Die Wahl							55
	4. Wirkungen des Wahlrechts							60
	5. Rechtswirkungen ber Bahl							65
	6. Rechtsverhältniffe ber Mitglieder ber Gemeinbekollegien							66
IX.	Der Gemeinberat							69
	Der Ortsvorsteher und die sonstigen Gemeindebeamten .							74
	Der Bürgerausschuß							83
	Berhältnis von Gemeinderat und Bürgerausschuß							86
	Heranziehung ber Bürger zu anderweiten ftädtischen Ehrei							98
	Berhältnis der Städte zur Staatsregierung							98
	1. Abgrenzung der Aufgaben							98
	2. Die Staatsaufsicht im allgemeinen							100
	3. Die städtische Autonomie							103
	4. Die städtischen Finanzen und die Staatsaufsicht							105
	5 Die Pariesi	•	•	•	•	•	•	100

Königreich Württemberg.

Bearbeitet

von Regierungsassessor Dr. E. Springer in Hohenheim.

Schriften CXX. Zweites heft.

I. Einleitung.

Die murttembergischen Städte haben feine lange gemeinsame Geschichte. Von den 14 Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern sind 6 ehemalige Reichestädte und 8 altwürttembergische Städte. Wenn auch in den Reichsstädten die Erinnerung an die dereinstige Selbstherrlichkeit noch sehr lebendig ift, fo kann doch ein tiefergehender, aus der Berschiedenheit der Bergangenheit entspringender Wesensunterschied zwischen den alt= und neuwürttem= bergischen größeren Städten nicht festgestellt werden, namentlich nicht in ber Richtung, daß etwa in den ursprünglich reichsunmittelbaren Gemeinwesen als Folge ber jahrhundertelang mährenden Sondereriftenz ein regerer und reiferer Sinn für die Selbstverwaltung vorhanden mare. Das Berfassungsleben ber schwäbischen Reichsstädte, wie es sich gegen bas Ende bes 18. Sahr= hunderts gestaltet hatte, mar nicht die richtige Schule für eine sachgemäße Unteilnahme ber Gemeinbegenoffen an ben öffentlichen Dingen. Es bietet ein wenig erfreuliches Bilb inneren Zerfalls, bes ohnmächtigen Unfampfens ber breiteren Bevölkerungsschichten gegen die regierenden Familien bzw. den aus letteren fich zusammensetenden Magistrat. Die Maffe ber Bevölkerung war politisch unmundig in nicht geringerem Mage als die der wurttem= bergischen Landstädte. Hier wie dort erganzte sich die Gemeindeverwaltungs= behörde durch Kooptation; von wahrer Selbstverwaltung waren beide Arten von Städten gleich weit entfernt. Die Verschmelzung der Reichesttädte mit Württemberg, ihre Unterordnung unter das Territorialfürstentum hat sich benn auch ohne jede Störung vollzogen.

Dieser Prozeß völliger Amalgamierung wurde nachhaltig gefördert durch die dem Gedanken der Selbstverwaltung, wenn auch nicht in gleichem Maße wie die preußische Städteordnung, Rechnung tragende Gemeindeverwaltungs=

¹ Unter ihnen auch bas "Pfarrborf" Schwenningen, bas ganz stäbtischen Charakter hat und in der folgenden Darstellung ohne weiteres den Städten zusgerechnet wird.

reform, wie fie in dem "Berwaltungsedift fur bie Gemeinden, Oberamter und Stiftungen" vom 1. März 1822 ihren Abschluß erhielt. Dazu kamen als weiteres einigendes Moment die wirtschaftlichen Rämpfe, die einsetzten, nachdem die politische Zusammenfügung bereits vollzogen mar. Die äukeren Bedingungen, unter benen bie murttembergischen Mittelstädte in die Beriode der wirtschaftlichen Umwälzung vom zweiten Biertel des vorigen Jahrhunderts an eintreten, waren für alle fehr ähnliche; denn wie in ihrem inneren Wesen, so sind auch in ihren äußeren Verhältnissen keine ein= schneidenden Gegenfätze feststellbar. Es fehlen in Württemberg die natür= lichen Borbedingungen für die Entstehung großer Industriemetropolen. Das Land ift arm an wertvollen mineralischen Bobenschätzen; es wird zwar Rochund Steinfalz in erheblichen Mengen geforbert, aber alles Suchen nach bem wichtigsten industriellen Rohmaterial, der Steinkohle, ift bis heute erfolglos geblieben. Dazu kommt, bag bie Schiffbarkeit ber zwei größten murttembergischen Flüsse, Donau und Neckar, erst außerhalb bzw. an der Grenze beginnt, daß ferner Kanäle überhaupt nicht vorhanden sind und daß dem= nach für ben Bezug ber von auswärts kommenden Rohstoffe die billigere Wasserfracht nur in beschränktem Mage in Anwendung kommt. Es sind nun zwar zahlreiche Gemäffer mit nutbarem Gefäll vorhanden, mas ben Rohlenmangel wenigstens einigermaßen ausgleicht, aber nicht gerade zu= gunften ber Städte. Die Industrie wird badurch bezentralifiert, von ben Städten meg aufs platte Land hinausgedrängt, mo fie vielfach mit offenen Urmen aufgenommen wird. Durch unentgeltliche Überlassung von Grund und Boben suchen namentlich kleinere Gemeinden Fabriken heranzuziehen und auch von der gesetlichen Ermächtigung, aus besonderen Grunden gur Beförderung öffentlicher Interessen Steuerbefreiung auf die Dauer bis zu 20 Sahren 1 zu verwilligen, wird in fteigendem Mage zugunften induftrieller Niederlassungen Gebrauch gemacht.

Wie weit diese Dezentralisation geht, zeigen die Ergebnisse der letzten Berusse und Gewerbezählung, und seither hat ohne allen Zweisel dieser Prozeßseinen Fortgang genommen. Von den in Hauptbetrieben der Industrie der Steine und Erden beschäftigten Personen entsielen $81^{\circ}/o$ auf Betriebe außerhalb der damals über $10\,000$ Einwohner zählenden Städte, bei der Gruppe Metalsverarbeitung ist der Prozentsat 49.9, bei der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate $56^{\circ}/o$, dei der chemischen Industrie $64^{\circ}/o$, Industrie der Leuchtstoffe, Seisen, Fette und Öle $52^{\circ}/o$, Textilindustrie $73^{\circ}/o$, Papierindustrie

¹ Nach bem Gemeindesteuergeset von 1903 ist nunmehr die Frist auf 10 Jahre heruntergesett.

50 %, Leberindustrie 62 %, Industrie ber Holz= und Schnitztoffe 71 %, Industrie der Nahrungs= und Genußmittel 67 %. Dabei ist der Prozentsfatz der außerhalb jener Städte lebenden Bevölkerung nach der Bolkszählung von 1895 81,6 % der Gesamtbevölkerung. Es ergibt sich aus diesen Zahlen zunächst die wenig auffallende Tatsache, daß die industriell tätige Bevölkerung in den Städten über 10 000 Einwohner einen wesentlich höheren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmacht als in den Kleinstädten und Landsgemeinden. Zugleich aber geht daraus auch hervor, daß eine übermäßige Konzentration der industriellen Betriebe in den größeren Städten nicht statzgefunden hat.

Bei der Betrachtung einzelner Industriezweige tritt dies noch klarer qu= tage. Nächst ber Industrie ber Nahrungs= und Genußmittel, die 36 934 Bersonen beschäftigt, ift ber am bedeutenosten entwickelte württembergische Industriezweig die Tertilindustrie mit 35 048 in hauptbetrieben beschäftigten Personen. Der weit überwiegende Teil ihrer Hauptbetriebe befindet sich in den kleineren Gemeinden. Bei der Wollspinnerei, die 1924 Personen beschäftigt, entfallen 65,4% ber Beschäftigten auf Betriebe in Gemeinden unter 10000 Einwohner, wobei letteren die Gemeinden Seidenheim und Schwenningen, die erft 1900 die Einwohnerzahl 10 000 überschritten haben, nicht zugerechnet find; bei ber Baumwollmeberei mit 8854 Beschäftigten ift ber Prozentsat 67,7, und wenn man bloß die 24 Großbetriebe (über 100 Beschäftigte), von benen 7 auf die größeren Städte fallen, in Betracht gieht. 70,4, bei der Strickerei und Wirkerei (Strumpfwarenfabrikation) mit 9402 Beschäftigten 88,3, bei ber Baumwollspinnerei mit 5666 Beschäftigten 90,8. Bon 22 Großbetrieben fommen 21 mit über 94 % ber Beschäftigten auf die Rleinstädte und Landgemeinden. Die Seidenspinnerei und sweberei mit zusammen 1614 Beschäftigten befindet sich gang in den kleineren Gemeinden. Dasselbe ift der Kall mit der chemischen Großindustrie. Bon den in der Papier= und Bappfabrifation beschäftigten 3371 Bersonen gehören 71% zu Betrieben außerhalb ber Städte.

Trot jener, die Entstehung großer Städte wenig begünstigenden Bershältnisse ist ein Stillstand in der Entwicklung der württembergischen Mittelstädte nicht zu bemerken. Eine Zunahme von über $100^{\circ}/_{\circ}$ seit 1871 weisen auf Schwenningen ($134^{\circ}/_{\circ}$), Cannstatt (124,5), Göppingen (124) und Heidenheim (103). (Lgl. Tabelle auf S. 6.)

Schwenningen ist der Hauptsitz der württembergischen Uhrenindustrie, die vor etwa 100 Jahren dort eingeführt worden ist. Bis in die 70 er Jahre herein herrschte der handwerksmäßige Betrieb vor. Nach der Obersamtsbeschreibung von 1875 waren vorhanden eine Kontrolluhrenfabrik und

6 Schwarzwälderuhrenfabriken mit zusammen 100 Arbeitern am Ort und etwa ebenso vielen sogenannten Stückarbeitern in der Umgegend. Daneben wurden noch etwa 100 Uhrmachermeister mit je 1 bis 4 Gesellen im Ort gezählt, welche den den Handwerksbetrieb mehr und mehr auslösenden Großsbetrieben einen trefflich geschulten Arbeiterstamm heranzogen. Der Boden für eine kräftig aufstrebende Industrie war von lange her vorbereitet und die Entwicklung vollzog sich denn auch entsprechend. Im Jahre 1885 waren bereits 4 große Fabriken da, die zusammen 458 Personen beschäftigten. Bis zum Jahre 1890 stieg letztere Zahl auf 817 und die 1895 auf 1262. Insgesamt besitzt Schwenningen 62 Alleins und 30 Gehilfenbetriebe mit 1544 Beschäftigten.

Städte		ıwohnerza den Jahı	Prozentuale Zunahme feit		
	1900	1871	1834	1871	1834
Stuttgart. Ulm Seilbronn Eklingen Canftatt Reutlingen Ludwigsburg Göppingen Gmünd. Tübingen Tuttlingen Ravensburg Havensburg	176 699 42 982 37 891 27 325 26 497 21 494 19 436 19 384 18 699 15 338 13 530 13 453 10 510 10 106	91 623 26 290 18 955 17 941 11 804 14 237 11 785 8 649 10 739 9 343 7 181 8 433 5 167 4 314	38 065 15 173 10 703 10 784 5 055 10 844 10 138 5 360 6 820 8 610 5 312 5 254 2 495 3 481	93 63 99 53 124,5 51 65 124 74 64 88 60 103 134	364 183 254 153 424 98 92 261 174 78 155 156 321 190
Württemberg				12	29

Noch weitere Industriezweige haben sich in der gewaltig aufstrebenden Gemeinde niedergelassen: Tischlerei mit 175, Schuhmacherei mit 190 Beschäftigten. Außerdem ist eine Zündholzfabrikt vorhanden. In der Hauptsache aber ist die Entwicklung der Gemeinde, des größten württembergischen Dorfs, auf die Uhrenindustrie zurückzuführen.

Göppingen und Heibenheim sind alte Industriestädte; seit Jahrhunderten ist namentlich die Textilindustrie dort zu Hause. Frühzeitig schon haben sich ihr mannigsache andere Industriezweige angegliedert. Das Wachstum beider Städte ging so, eine naturgemäße Erscheinung, Hand in Hand mit dem allgemeinen Aufschwung der deutschen Industrie in den letzten Jahrzehnten. Nach der Berufs= und Gewerbezählung von 1882 zählte man in Göppingen 1096 in der Textilindustrie Beschäftigte, 1895: 2136; Blech=

und Metallwarenfabrikation 1882: 217 Bersonen, 1895: 617; Eisengießerei 1882: 110, 1895: 318; Verfertigung eiserner Kurzwaren 1882: 80, 1895: 229: Kabrifation landwirtschaftlicher Maschinen 1882: 100, 1895: 197: Korsettfabrifation 1882: 465, 1895: 625; Hutfabrifation 1882: 192, 1895: 238.

In Heidenheim waren im Jahre 1882 in der Textilindustrie 1271, 1895: 1661 Personen beschäftigt, in der Tabakindustrie 1882: 365, 1895: 654; eine Maschinenfabrik wuchs von 123 Beschäftigten im Jahre 1882 auf 273 im Jahre 1895, eine Eisengießerei von 52 auf 109, eine Verband= ftofffabrit von 21 auf 113 Personen.

Das außerordentliche Wachstum der Stadt Cannstatt wird durch ihre Lage im Mittelpunkt bes Landes nicht genügend erklärt. Württemberg ift kein so in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet, daß die zentrale Lage für fich allein von größerer Bebeutung mare. Die Stadt befitt feit ein igen Sahr= zehnten eine bedeutende Industrie, aber es ist noch nicht allzulange her, daß fie in der Hauptsache eine Badestadt war. Die eigentliche Urfache ber bebeutenden Vermehrung ihrer Bevölkerungszahl ift zu erblicken in der Nachbar= schaft ber Landeshauptstadt. Das rasche Anwachsen eines Vororts einer Großstadt, zumal wenn er, wie hier, in beren natürlichem Ausdehnungs= gebiet gelegen ift, ftellt feine besonders bemerkenswerte Erscheinung bar.

Eine namhafte Bevölkerungszunahme (99 %) weist ferner Heilbronn auf. Bon Beilbronn an ift ber Neckar schiffbar, und biefe Gunft ber Natur bewirkte, daß die Stadt sich schon frühzeitig zu einem bedeutenden handels= plat entwickelte. Seit 1877 findet zwischen Mannheim und Beilbronn Rettenschleppschiffahrt statt. Bedeutend ift namentlich der Holz-, Getreideund Landesproduktenhandel, sowie der Rohlenhandel. Die Steinkohlenzufuhr auf bem Neckar betrug 1900 3,1 Millionen Zentner. Beim Seilbronner Hauptzollamt haben sich die Gesamteinnahmen 1870—1900 von 2,2 Millionen auf 5,6 Millionen gesteigert, ber Kassenumsatz ber Reichsbanknebenstelle ftieg von 1887—1900 von 104,3 Millionen auf 455,6 Millionen Mk. Neben bem Handel blüht seit geraumer Zeit in Heilbronn auch die Industrie in hervorragendem Maße. Das im Jahre 1883 entstandene Salzwerk beschäftigt 191 Bersonen. In der Papiersabrikation sind in zwei Kabriken 357 Bersonen beschäftigt. Eine Silberwarenfabrik hat 600 Arbeiter. Bedeutend ist auch die Öl= (239 Beschäftigte), Zucker= (405), Tabak= (274), Konserven= (444) und Zichorienfabrikation (366). Im ganzen find 58 Fabriken mit rund

¹ Es find eine Angahl von warmen Quellen vorhanden.

9000 Arbeitern vorhanden. Im Jahre 1882 murden 3336 in der Industrie beschäftigte Gehilfen und Arbeiter gezählt. Gine außerft ruhrige Bevölferung hat die natürlichen Vorzüge der Stadt trefflich auszunuten verstanden und die Überflügelung der Rivalin Ulm, die nur um 63 % zugenommen, hat sich eigentlich bereits vollzogen; benn wenn man die Garnison beiberseits außer Betracht läßt, fo ergibt fich für Beilbronn ein Mehr an Einwohnern Aber es ift zu beachten, daß, mährend bei Beilbronn die Garnison nur fördernd auf bas Wachstum ber Stadt gewirkt hat, bei Ulm ber Borteil ber Garnison mehr als aufgewogen wurde burch die die Entwicklung der Stadt aufs schwerfte beeinträchtigende Umwallung. Trot dieser Fessel hat sich auch in Ulm eine nicht unbeträchtliche Industrie zu entfalten vermocht. Es find 8 Betriebe vorhanden mit je über 100 Arbeitern; besonders entwickelt ift das Braugewerbe, das in 23 hauptbetrieben 311 Personen beschäftigt. Bieht man diese Tatsache in Betracht und bedenkt man weiter noch, daß der Blan ber Schiffbarmachung ber Donau bis Ulm allmählich eine greifbarere Geftalt anzunehmen scheint, so ift nicht baran zu zweifeln, bag bie Stadt, ein bedeutender Gifenbahnknotenpunkt, einer aussichtsreichen Zukunft entaeaenaeht.

Die geringste Bevölkerungszunahme seit 1871 haben die Städte Ravensburg $(60\,^{\rm o}/_{\rm o})$, Eklingen $(53\,^{\rm o}/_{\rm o})$ und Reutlingen $(51\,^{\rm o}/_{\rm o})$. Immerhin erhebt sich auch bei ihnen die Zunahme bedeutend über den Landesdurchschnitt von $12\,^{\rm o}/_{\rm o}$.

In besonders geringem Mage scheinen die natürlichen Voraussetzungen für bas Entstehen größerer Städte bei Stuttagrt zuzutreffen. liegt abseits vom Neckar, auf drei Seiten von Bergen eingeschlossen und beenat; für zwei von ben vier nach Stuttgart führenden Bahnlinien mar je ein größerer Tunnel herzustellen, zwei haben ein äußerst beträchtliches Gefäll zu überwinden. Trothem ist Stuttgart allmählich, schließlich ziemlich rasch zur Grofftadt geworben, welche, im Jahre 1900 176 699 Einwohner, mit bem 1901 eingemeindeten Borort Gaisburg 181 463 Einwohner zählend, heute das zweite Hunderttausend wohl bereits überschritten hat. Das Wachs= tum ber Stadt in ben letten 30 Jahren ift an fich nicht gerade außergewöhnlich (93%) und bleibt hinter bem verschiedener beutscher Großstädte nicht unwesentlich zurud - im Jahre 1880 an neunter Stelle unter ben beutschen Städten stehend, ift sie 1900 an siebzehnte Stelle gerückt -. aber in Anbetracht der Ungunft ihrer Lage erscheint es doch sehr bemerkens= wert. Es ist das Ergebnis ber Konzentration des Berkehrs auf die Stadt als Landeshauptstadt bzw. der künstlichen Schaffung der Boraussetzungen hierfür. Diese günstigen Verkehrsverhältnisse veranlaßten die Niederlassung einer namhaften Industrie; erst in den letzten Jahren hat die Anziehungsfraft der Stadt infolge der Beschränktheit des zur Verfügung stehenden Baugeländes und der hiermit zusammenhängenden Kostspieligkeit des letzteren etwas nachgelassen, namentlich zugunsten einiger Landgemeinden des denachdarten Teils des Neckartals. Aber nichtsdestoweniger ist Stuttgart eine nicht unbedeutende Industriestadt. $16\,^{\rm o}/_{\rm o}$ der großen Betriebe des Landes (mit 100 Beschäftigten), $22\,^{\rm o}/_{\rm o}$ der Betriebe mit 21-100 Beschäftigten entfallen nach der Zählung von 1895 auf Stuttgart. In der Abteilung Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe, wurden 281 Betriebe mit je einem Personal von 21-100, 45 mit über 100 Beschäftigten gezählt. Das nachsolgende Verzeichnis gibt einen Überblick über die hauptsächlichsten in Stuttgart vertretenen Industriezweige.

		F	m ganz	en	mi	Betriel t 21— ſ c jäfti	100	Betriebe mit über 100 Beschäftigten				
Gewerbegruppe		Zahl ber Betriebe	Personen	Verwendete Pferdekräfte	Zahl der Betriebe	Personen	Verwendete Pferdekräfte	Zahl der Betriebe	Personen	Berwendete Pferdefräfte		
Metallverarbeitung {	St W.	391 7 335	3 168 30 679			845 5 647	56 8 97		725 8 851			
Industrie der Maschinen und Instrumente	St. W.	314 5 134	3 934 30 785		31 126	1 363 5 622			$1522 \\ 15500$	327 3 397		
Industrie der Holz= und Schnitztoffe	St. W.	544 11 552	3 374 29 922			706 3 706	93 1 874		1 042 3 136	346 818		
Industrie der Nahrungs= { und Genußmittel	St. W.	618 13 12 3		$1349 \\ 28861$		$1098 \\ 4017$	$936 \\ 2515$		483 4 530	$\frac{238}{1866}$		
Bekleidungs= und Rei= nigungsgewerbe		4 166 38 501	$8696 \\ 62813$			838 3 9 56	102 289	$\frac{2}{27}$	431 5 016	36 72 3		
Baugewerbe	St. W.	648 11 746				2 360 8 594	21 329	12 26	$\frac{2640}{5444}$	53 340		
Polygraphische Gewerbe	St. W.	179 518	2 998 5 098	371 569	28 46	1 181 1 822	137 222	4	1 223 1 223	$\begin{array}{c} 204 \\ 204 \end{array}$		
Künftlerische Gewerbe . {	S1. W.	156 325	452 732	25 25	1 1	23 23	_	1 1	140 140	20 20		

St. = Stuttgart. B. = Bürttemberg.

Auch ber Handel Stuttgarts ist sehr beträchtlich. Es beträgt 3. B. ber Jahresumsatz bei der dortigen Reichsbankhauptstelle gegen 2,7 Milliarden; ber Güterumsatz ber drei Staatsbahnhöfe belief sich 1902 auf zusammen 1,136 Millionen Tonnen.

II. Gliederung der Einwohnerschaft.

In dem Sahrfünft 1895-1900 betrug in Württemberg ber Geburten= überschuß 131 758, die Bevölkerungszunahme 88 329, also ber Berlust burch Wanderungen 43 429. Un diesem Berluft hatten die mürttembergischen Mittelftädte in ihrer Mehrzahl feinen Anteil, ebenfowenig Stuttgart, er fällt nahezu gang auf die kleinen Gemeinden. Abgesehen von den Städten Ludwigsburg und Tübingen, die je einen kleinen Wanderungsverlust hatten (497 bzw. 108), überwog bei fämtlichen Städten die tatfächliche Runahme die natürliche. Der durchschnittliche jährliche Wanderungsgewinn in Brozenten ber mittleren Bevölkerung beträgt in Stuttgart 1,09 und bewegt sich bei ben übrigen Städten zwischen 3,07 (Schwenningen) und 0,5 (Ravens= burg). In welchem Maß die größeren Städte Anziehungspunkte für die ländliche bzw. kleinstädtische Bevölkerung find, geht hieraus und vielleicht noch deutlicher aus dem Berhältnis der Stadteingeborenen zu den Bugewanderten hervor. Nur in Schwenningen, Tuttlingen, Reutlingen und Exlingen if find die Eingeborenen in der Mehrzahl (66, 63, 54 bzw. 53 %). Um geringsten ift ber Unteil ber Ortsgebürtigen an ber Gesamteinwohnerzahl in Stuttgart (37,8), Um (34 %), in Ludwigsburg (26 %). Diefe geringen Prozentfate finden bei letteren beiben Städten in der Sauptfache ihre Erklärung in den ftarken Garnisonen biefer Städte; immerhin barf nicht unbeachtet bleiben, daß das Überwiegen der Zugewanderten sich auch hier nicht auf das männliche Geschlecht beschränkt. Bon ber weiblichen Bevölkerung sind in Ulm nur 42 %, in Ludwigsburg gar nur 35 % orts= Insgesamt machen die mannlichen Ortsgebürtigen in Stuttgart bam. in ben fünf Städten amischen 20000 und 50000 Einwohnern 36.7 bzw. 38,9 % ber männlichen, die weiblichen 38,8 bzw. 46,2 % ber weib= lichen Stadtbevölferung aus. In ben acht Städten zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern find die entsprechenden Zahlen 41 und 48,2.

Ein nicht unintereffantes Bild für das Berhältnis der Mittelstädte zu

¹ Bei Eglingen ist zu beachten, daß nahezu 5000 Einwohner in ganz ländelichen Parzellen wohnen.

ben kleineren Gemeinden bieten die den Altersaufbau der Bevölkerung barftellenden Zahlen.

	unter 15					15 bis 20*		25 bis 30*		30 bis 35*		35 bis 40*		40 bis 45*		biŝ)*	50—60		über 60	
	ın.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	m.		
Stuttgart	25	23	11,6	11,3	10,9	10,7	8,3	8	6,3	6,7	5,2	5,4	4,5	4,7	7,4	8,9	5,3	7,4		
Gemeinden v. 20—50 000	27	28	12	11	9,7	9,7	7,4	7,9	5,4	5,9	4,4	5, 2	3,9	4,6	6,9	8,9	5	8		
" 10-20 000	29	30	12	10	8,8	9,1	7,1	7,6	5,6	6,1	4,7	5,2	3,7	4,3	6,5	8,7	5	8		
unter 10 000	36	34	9	9	7,1	7,1	6,6	6,5	5,6	5,6	5,1	5,2	4,5	4,6	9,2	9, 8	9,3	10		
* unter.	l	į	l										l		l			i		

Die Bahlen geben den prozentualen Anteil der verschiedenen Altersstufen an der männlichen bzw. weiblichen Gefamtbevölkerung. In der erften Altersstufe ift ein ftarkes Überwiegen ber ländlichen bzw. kleinstädtischen Bevölkerung zu konstatieren. Mit dem Beginn des arbeitsfähigen Alters ftrömt die Bevölferung nach ber Stadt. Das Berhältnis ber Altereflaffen 15-20 behauptet sich auch in ben Altereklassen 25-30 1 noch annähernb. In ben Rlaffen 30-35 ruden fich bie Bahlen von Stadt und Land naher, überwiegen aber noch bei ben Städten. In ben Klaffen 35-40 find fie bei ben Mittelstädten annähernd gleich. Bom Alter von 40, bei Stuttgart von gegen 50 Jahren an wird das Berhältnis zunehmend ein umgekehrtes. Man ift versucht, hieraus ben Schluß zu ziehen, bag bie Städte ihren Mehrbedarf an Menschen vom Lande beziehen und ihr verbrauchtes Menschenmaterial wieder dorthin abgeben. Diefer Schluß ift in seinem zweiten Teil ficher nicht zutreffend. Daß bie ftarkere Bertretung ber höheren Sahresflaffen in den fleinen Gemeinden feine Folge bes Burudftromens ber ftabtifchen Bevölkerung aufs Land fein fann, ergibt fich einmal baraus, bag bie Umkehrung bes Berhältniffes ber Bufammenfegung ber Stabt- und Landbevölkerung bereits bei einer Altersklasse beginnt, bei ber ber Mensch gemeinhin noch nicht daran benkt, sich von ber Arbeit in ber Stadt aufs Land zurückzuziehen. Dazu kommt, daß es einem Arbeiter, der etwa in biefem Alter ichon feine Rraft verbraucht hat, nicht leicht fein wird, sich auf dem Lande niederzulaffen. Die Landgemeinden fennen die Sandhaben, die ihnen das Freizugigkeits= und Unterstützungswohnsitgeset hiergegen gewährt, zu gut. Solange endlich ein Arbeiter überhaupt noch irgendwie arbeitsfähig ift und ihn nicht gang zwingende Grunde bazu veranlaffen, wird

¹ Klaffe 20-25 murbe wegen ber Militärpflicht außer Betracht gelaffen.

er fich kaum entschließen, bas Stadtleben mit bem Leben auf bem Lande zu Liegt ber Grund barin, baf bie Stadt ihre Menschen rascher verbraucht als bas Land? Biergegen scheint die Sterblichkeitsstatistik ju fprechen. Im zehnjährigen Landesdurchschnitt 1890-99 famen in Württemberg auf 1000 ber mittleren Bevölferung 24,56 Geftorbene 1, in ben Städten über 10 000 Einwohner dagegen nur 21,63. Der hieraus gegen feine Annahme abgeleitete Einwand ist aber nicht beweiskräftig; benn es ist einleuchtend, daß bei den Städten mit ihrer geringeren Geburtenziffer (32,12 gegen 35,19 im Landesdurchschnitt 1890—99) und ihrem raschen, durch Rumanderung von Menschen im lebensfräftigsten Alter verursachten Bachstum bas Berhältnis ber Tobeskandibaten gur ftabtischen Gesamtbevölkerung ein besonders gunftiges sein muß. Trot der Nichtigkeit dieses Einwands ist jedoch auch jene Unnahme nicht als fest begründet anzuerkennen. Hauptarund für seine Erscheinung liegt wohl näher, er ist bereits in ber Abweisung bes Schlusses aus ber Sterblichkeitsstatistif angebeutet. Die untersten und die obersten Altersklassen werden durch Buzug kaum vermehrt, die ersteren stellen die hinter der absoluten weit zurückbleibende natürliche Bunahme, die letten die Refte früherer Perioden der Städte bar.

Das Berhältnis der Geschlechter weicht, wenn man die Anstaltsbevölkerung außer Betracht läßt, nur in Tuttlingen und Schwenningen nennenswert vom Landesdurchschnitt ab. Auf 1000 männliche kommen in Tuttlingen 950, in Schwenningen nur 890 weibliche Personen, während das Verhältnis im ganzen Lande 1000 : 1060 ist (in Stuttgart wie 1000 : 1079).

Die Zahl der Verheirateten verhält sich zu der der Ledigen in den Mittelsstäden wie 520: 1000, im ganzen Land wie 555: 1000, in Stuttgart wie 540: 1000. Wenn man bei den Mittelstädten die zahlreiche militärische Bevölkerung berücksichtigt, so ergibt sich, daß das Verhältnis von Stadt und Land in dieser Beziehung nicht wesentlich verschieden ist. Ein beträchtlicher Unterschied aber tritt zutage, wenn man nur die frühen Heiraten ins Auge sast. Während im Landesdurchschnitt bei der männlichen Bevölkerung im Alter von 21—25 Jahren auf 1000 Ledige 59 Verheiratete kommen, ist das Verhältnis in Reutlingen 1000: 100, in Göppingen 1000: 116, in Tuttlingen 1000: 122, in Heibenheim 1000: 174, in Schwenningen 1000: 246. Je zahlreicher die Arbeiterbevölkerung ist, desto häusiger sind die frühen Heiraten.

¹ Ginfchließlich Totgeborene.

In Stuttgart sind frühe Heiraten verhältnismäßig selten. Auf 1000 Ledige im Alter zwischen 21—25 Jahren kommen nur 49 Verheiratete dieses Alters. Dabei ist übrigens die starke Garnison nicht zu vergessendie das Verhältnis natürlich sehr beeinflußt.

Im Jahre 1900 lebten von den Bewohnern Stuttgarts 164 695 in 35 575 Haußhaltungen mit 2 und mehr Köpfen, 2775 (844 männliche und 1931 weibliche) in Einzelhaußhalten, in Anftalten 7718 (5526 männliche und 2192 weibliche), von den 156 189 Bewohnern der anderen fünf Städte über 20 000 Sinwohner 141 285 in 30 596 Familienhaußhaltungen, 2487 (689 männliche, 1798 weibliche) in Einzelhaußhalten, während 11 122 (10 189 männliche, 933 weibliche) in Anftalten untergebracht waren. Auf eine Haußhaltung kamen in Stuttgart und den anderen Städten durchschnittlich 4,6 Köpfe, eine Zahl, die nur wenig unter dem Landesdurchschnitt (4,77) bleibt.

Die Zusammensetzung ber Haushaltungen aber ift in diesen Städten wefentlich anders als im Landesdurchschnitt. In Stuttgart fommt auf 2,9, in den übrigen Städten auf 4,3 haushaltungen 1 Dienstbote, mahrend im Landesdurchschnitt ein solcher erst auf 7,7, in den Gemeinden unter 5000 Einwohner erst auf 11 Haushaltungen trifft. Die Zahl ber in bie Familiengemeinschaft bes Arbeitgebers aufgenommenen Gewerbegehilfen bagegen ift in ben größeren Städten geringer als außerhalb. In ben Städten über 20 000 Einwohner kommt auf 5,8, in Stuttgart gar erst auf 6,6 Haushaltungen, im Landesdurchschnitt auf 5,2, in den Gemeinden unter 5000 Einwohnern auf 5 Haushaltungen 1 solcher Gewerbegehilfe. dagegen ist wiederum das Verhältnis der Zahl der unter die Haushaltungs= genoffen gerechneten Aftermieter, Koftganger und Schlafganger gur Bahl ber Haushaltungen. In Stuttgart trifft schon auf 2,4, in den übrigen Städten über 20 000 Einwohnern auf 3,3, im ganzen Lande auf 7,5, in den Gemeinden unter 5000 Einwohner auf 16 Haushaltungen 1 Aftermieter usw. Ganz ähnlich ift das Verhältnis auch in den acht Städten mit $10\,000-20\,000$ Einwohnern. Über die Wohnverhältnisse ber Haushaltungen mit 2 und mehr Personen gibt umstehende Tabelle (S. 14) Aufschluß.

Die Zustände im Wohnungswesen der Mittelstädte sowohl als Stuttgarts erscheinen nach diesen Zahlen in einem nicht ungünstigen Licht. Aber das Bild ist wenig zuverlässig. Die Zahlen stellen das Mittel dar aus weit auseinander liegenden Extremen. Eine im Jahre 1895 in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Exlingen und Cannstatt veranstaltete Erhebung ergab, daß in Stuttgart von 11342 Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer 9700 von 1—5 Personen, 1535 von 6—9 und 107 von 10 und mehr

Bersonen bewohnt waren, daß in Ulm 518 von 3703 solcher Wohnungen 6—9 Bewohner, 27 10 und mehr Bewohner hatten. In Heilbronn wurden 3025 solcher Wohnungen gezählt, in 528 derselben wohnten 6 und mehr Personen. In Eßlingen wohnten in 429 von 2210, in Cannstatt in 436 von 2240 Wohnungen mit einem heizbaren Jimmer 6 und mehr Personen. Geht man noch eine Stufe tiefer und betrachtet nur diejenigen Wohnungen, die außer dem einen heizbaren Jimmer gar keine Wohngelasse mehr haben, so ergibt sich, daß in Stuttgart 862 solche Wohnungen mit je 3—6 Bewohnern vorhanden waren, in Ulm 128, in Heilbronn 162, in Eßlingen 78, in Cannstatt 119; 6300 Personen wohnten in Stuttgart in 2992 Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer ohne jeden weiteren Wohnraum, in Ulm 966 Personen in 490 solcher Wohnungen, in Heilbronn 1163 in 524, in Eßslingen 596 in 314, in Cannstatt 803 in 359.

	Eigene Wohnung	Miet≈ wohnung	Zahl der Hauß: haltungsgenossen auf einen Wohnraum	Bahl ber Wohnräume auf eine Haus- haltung
Stuttgart	14 º/o	83 º/o	1,03	4,5
mit 20—50 000 " 10—20 000 " unter 10 000	27 % 39 % 79 %	70 % 56 % 18 %	1,15 1,17 1,36	4 4,1 3,5

Was die Glieberung der Bevölkerung nach dem Religionsbekenntnis betrifft, so überwiegen nur in Gmünd und Ravensburg die Katholiken; sie machen hier 68 bzw. 79 % der Bevölkerung aus. Das Verhältnis der Evangelischen zu den Bekennern anderer Konfessionen bzw. Religionen bewegt sich in den übrigen Städten zwischen 68 % (Ulm) und 91 % (Reutslingen).

Auf die von der Industrie lebende Bevölkerung entfallen in Tübingen 30 %, in Ludwigsburg 34 %, in Ulm 37 %, in Stuttgart 47,2 % der Gesamteinwohnerzahl; zwischen 50 und 60 % in Heilbronn, Ravensburg, Reutlingen und Exlingen, zwischen 60 und 70 % in Cannstatt und Gmünd, zwischen 70 und 80 % in Göppingen, Heidenheim, Schwenningen und (77 %) Tuttlingen. Die Zahl der in der Industrie unselbständig Erwerbstätigen, d. h., wenn man das nicht zahlreiche Aussichtspersonal außer Betracht läßt, die Zahl der Industriearbeiter, ist am geringsten in Tübingen, wo sie nur

¹ Ohne die ländlichen Filialorte.

7 % ber städtischen Bevölkerung beträgt. Zwischen 10 und 15 % macht bie Arbeiterschaft aus in Ludwigsburg und Ulm, zwischen 15 und 20 % in Stuttgart (18,6 %) und Heilbronn, 20—25 % in Reutlingen, Ravens= burg, Eklingen, Gmünd und Cannstatt, 25—30 % in Tuttlingen, Schwenningen, Heibenheim (29 %) und Göppingen (29 %). Die absolut größte Bahl von Industriearbeitern beherbergen Stuttgart (28 638) und Heilbronn (6242); es folgen Ulm, Cannstatt und Eglingen je mit 5000-6000, sobann Göppingen und Emund mit 4711 bzw. 4143, Reutlingen mit 3995, Tuttlingen, Ravensburg, Heidenheim und Schwenningen mit 2000-3000 und endlich Tübingen mit 1044.

Die zahlreichste zur Gruppe Handel und Verkehr zu rechnende Bevölkerung weisen Stuttgart und Ulm auf, wo fie 24 bzw. 23 % ber Gefamtbevölkerung ausmacht 1. In geringem Abstand folgt Beilbronn, nächft Stuttgart der bedeutenoste Sit des württembergischen Großhandels, mit 21 %. weiterhin Tübingen, wo die Universität einen gunstigen Boden für die verschiedensten kleineren Handelsbetriebe geschaffen hat, mit 16 %. Unter 16 % bis einschließlich 10 % ift der Anteil der Handelsbevölkerung in Ravensburg, Cannstatt, Reutlingen, Eflingen, Ludwigsburg, Göppingen und Gmund, unter 10 % in Tuttlingen, Heidenheim und Schwenningen (6 %). Der Landesdurchschnittssat ist 8 %.

Den geringsten Prozentsat landwirtschaftlicher Bevölkerung hatte i. J. 1895, entsprechend feiner kleinen Markung, Ludwigsburg (2 %), ben größten Eßlingen mit seinen ländlichen Filialorten und Tübingen (je 15 %). Der Landesdurchschnittsfat ift 45 %.

Die fogen. freien Berufsarten find am ftartsten vertreten in ben beiben großen Garnisons= und Beamtenstädten Ludwigsburg (42 %) und Um (28 %). Über 10 % weisen ferner auf die Universitäts= und Garnisons= stadt Tübingen (18 %), Stuttgart (13,4 %) und die Garnisonsstadt Gmünd (12 %). Am geringsten ist ihr Anteil in dem "Pfarrdorf" Schwenningen mit 2 % (Landesdurchschnitt 5,34 %).

Im Berhältnis der Bahl der Berufslofen zur Gesamtbevölkerung steht Tübingen weitaus an erster Stelle mit 19%, ein Prozentsatz, der durch die Universität hinreichend erklärt wird. Sehr beträchtlich für eine Großstadt ist ber Anteil biefer Bevölkerungsklaffe an ber Gefamtbevölkerung Stuttgarts, nämlich 11 %. Es folgen Cannstatt, Ludwigsburg, Reutlingen, Gmünd und Ravensburg mit je 10 %. Bon biesen Städten hat Cannstatt bie

¹ Die Bahl ift ftark beeinflußt durch die fehr vielen Poft- und Gifenbahnunterbeamten, die in Ulm ihren Wohnsit haben.

kleinste Zahl von nichtmilitärischen Anstaltsinsassen und den größten Ertrag an Kapital= und Renteneinkommensteuer, und dürfte daher die allgemein verbreitete Annahme gerechtsertigt sein, daß Cannstatt verhältnismäßig die größte Zahl von Rentiers beherbergt. Am geringsten ist der Prozentsat in den drei rasch emporgewachsenen kleineren Industriestädten Heidenheim (6 %), Tuttlingen (3 %) und Schwenningen (2 %). Der Landesdurchschnittssat ist 6 %

Das Verhältnis der Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen, der Ernährer zu den Ernährten ist bei der Gruppe Industrie am günstigsten in Ulm, nämlich 51:49. Unter dem Landesdurchschnitt von 45:55 bleibt nur Schwenningen mit 43:57. In der Gruppe Handel und Verkehrschwankt das Verhältnis zwischen 46:54 (Ravensburg) und 37:63 (Schwenningen), bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung zwischen 55:49 (Ulm und Ravensburg) und 40:60 (Tübingen). Der Landesdurchschnitt ist in den beiden letzten Gruppen 42,7:57,3 bzw. 46,8:53,2.

In Stuttgart machen die berufslosen Haushaltungsangehörigen $43.5~^{0}/_{0}$ der Bevölferung aus.

III. Stadtgebiet, Eingemeindung.

Die Stuttgarter Markung ist ober war boch bis vor furzer Zeit uns günstig nach Lage, topographischer Gestaltung und Größe. Bis zum Jahre 1836 war die Stadt überhaupt ganz vom Neckartal, der natürlichen Haupt verkehrsstraße, abgeschlossen. Erst in jenem Jahre wurde die Stadtgrenze infolge der Eingemeindung eines kleinen Teils von Cannstatt, Berg, an den Neckar bzw. wenigstens ein kurzes Stück eines Seitenkanals desselben vorsaeschoben.

Während sich die Markungsgrenze nach der dem Neckar abgekehrten Seite ausbaucht, verengt sie sich nach dem hauptsächlichsten Ausdehnungszgediet der Stadt bis auf ein Minimum. Abgesehen davon, daß die Stadt ein natürliches Bestreben hat, sich dem Fluß zuzuwenden, ist sie namentlich beshalb darauf angewiesen, sich nach dieser Richtung zu erweitern, weil nach der entgegengesetzten Seite die starf ansteigenden Wandungen des Kessels, in dem die Stadt liegt, ihrer Ausbreitung jedenfalls dis zu einem gewissen Grad widerstreben. Um die Wende des Jahrhunderts standen zudem der Stadt von ihrer 2980 ha großen Markung kaum 900 ha Baugelände zur Verfügung, dabei meist Grundstücke, die trot ihrer großenteils wenig günstigen

allgemeinen Verkehrslage infolge ihrer intensiven Bewirtschaftung fehr hoch im Preise standen.

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Stadt in den letzten Jahren und Jahrzehnten über ihre Grenzen auf die Nachbargebiete übertrat, zunächst nach Norden. Ein für den Güterverkehr, namentlich auch für den bedeutenden Obsthandel Stuttgarts sehr wichtiger Bahnhof, der Nordsbahnhof, mußte teilweise auf Cannstatter Markung gelegt werden, was die schwersten Mißstände zur Folge hatte. Die Stuttgarter Gewerbetreibenden mußten z. B. für ihren Handelsbetrieb am Bahnhof Wanderlagersteuer nach Cannstatt bezahlen, was auf den Handel natürlich in hohem Maße lähmend wirkte. Die Bewohner des in der Umgebung des Bahnhofs rasch entstandenen und anwachsenden, zu Cannstatt gehörigen, durch einen königslichen Park aber völlig davon getrennten Stadtteils wußten schwere Klagen zu führen über mangelhafte dzw. mangelnde Fürsorge durch ihre Stammsgemeinde, mit der sie allerdings in so gut wie gar keinen wirtschaftlichen Beziehungen standen.

Bersuche, diese Mißstände durch eine Markungsregulierung zu beseitigen, wurden zuerst 1896 von der sehr dabei interessierten königlichen Staatseisenbahnverwaltung, die in jener Gegend Wohngebäude für Eisenbahnangestellte errichtet hatte und weiter errichten wollte, und dann auch von der Stadt Stuttgart selbst gemacht. Trozdem aber Stuttgart sich erbot, die Nachbarstadt für etwaige sinanzielle Nachteile aus der Regulierung schadloß zu halten, lehnte Cannstatt das Ansinnen rundweg ab.

Erfolgreicher waren die Bemühungen Stuttgarts nach Erweiterung ber Markung gegen Often, gegenüber ber Gemeinde Gaisburg. Auch nach borthin hatte eine Grenzüberschreitung stattgefunden. Die Stragen bes 1891 gegründeten Stadtteils Oftheim setten sich auf Gaisburger Gebiet fort. Das aus Privathanden in städtischen Befit übergegangene Gaswerk ber Stadt lag ebenfalls auf Markung Gaisburg. Schon zu Ende 1897 begannen die Berhandlungen mit biefer Gemeinde. Sie fanden ihren vorläufigen Abschluß durch die Bereinbarung vom 25. März 1899, durch die Gaisburg feinen Übertritt in den Amts= und Gemeindeverband von Stuttaart erklärte, mahrend die Stadt fich verpflichtete, einige Strafen herzustellen, ben Bau einer Strafenbahn borthin zu betreiben und ben neuen Stadtteil mit Gas zu versorgen. Die Amtskörperschaft, der Gaisburg angehörte, widersetzte sich anfänglich ber Entlassung biefer Gemeinde aus ihrem Berband entschieden und verlangte zum mindesten für die ihr durch die Entlassung entgehende Steuerfraft eine Abfindung, zuerft von gegen 52 000 Mf.; später ermäßigte fie ihre Forberung auf 30 000 Mf. und schließlich fam eine Einigung ba= Schriften CXX. - 3meites Beft.

hin zustande, daß die Amtskörperschaft in die Lostrennung einwilligte, mogegen Stuttgart "als Erfat des Mehraufwands, welcher diefer Körperschaft durch Fortreichung der Gehälter ihrer ftandigen Beamten in dem bisherigen Umfang erwächst", eine Entschädigung von 10000 Mf. zu leiften, fowie für fich und Gaisburg auf den Anteil der Gemeinde an dem nicht unbedeutenden Umteförperschaftsvermögen zu verzichten versprach. Durch Gefet vom 5. Februar 1901 wurde sobann die Eingemeindung Gaisburgs mit Wirkung vom 1. April 1901 ab verfügt.

Stuttgart erhielt hierburch einen Einwohnerzumachs von 4764 Köpfen. Der Zuwachs an Gebiet mar zwar nicht fehr groß (254 ha), aber wertvoll. Die Stadt bekam so einen weiteren Stütpunkt im Neckartal und gewann Raum für industrielle Anlagen, sowie vor allem auch für sein neu herzustellendes Schlachthaus; nur 8,1% bes neuen Gebiets mar schon überbaut, ber größte Teil mar Baugelände.

Die Stuttgarter Markung fette fich nunmehr folgendermaßen gufammen:

															ha	% ber Gefamt≠ fläche
1.	Gebäude und	Hof	ſtät	ter	ı, B	au:	, A	rbe	its=	uni	2a	ger	plä:	ţе	441	13,64
2.	Straßen, We	ege,	öff	ent	lich	2 9	3läŧ	e,	Gis	enb	ahn	en			478	14,78
3.	Flüsse, Bäche	, I	.eid	je											10,5	0,32
4.	Öben, Stein	brü	фe,	e	anb	grı	ıben								36,4	1,13
5.	Ader, Gärter	n, \$	3än?	der	(ei	nfc	hlie	ßlic	h E	}au	mäc	fer)			597,46	18,47
6.	Wiesen (einf	фlie	ßlic	ħ	Gra	1 3 =	un	b g	Bau	mgä	irte	n)			259,43	8,02
7.	Weiden .														1,9	0,06
8.	Weinberge .														465,39	14,39
9.	Waldungen														944	29,19
											Զուք	amı	men		3 234.08	- ha

Zujammen 3 234,08 ha

In kurzem wird die auch nach jener Erweiterung noch viel zu kleine Markung ber Stadt eine weitere, gewaltige Ausbehnung erfahren: Drei Eingemeindungsverträge find bereits abgeschlossen und warten, ba auch mit ber Amtskörperschaft Cannstatt, ber die drei Gemeinden angehören, eine Einigung erzielt worden ift, nur noch ber Bestätigung durch Gesetz. November 1901 fam die Bereinbarung mit Wangen, im Dezember 1902 mit Untertürkheim und im Oktober 1904 mit Cannstatt zustande. Alle brei Gemeinden sind im Neckartal gelegen. Sie werden ber Stadt einen Bevölkerungezuwachs von 34 625 Seelen (Cannftatt 26 497, Untertürkheim 4954, Wangen 3174) und einen Markungszuwachs von 2497 ha bringen,

und es wird also Stuttgart nach Vollzug ber Singemeindungen 216 088 Einwohner und eine Markung von 5731 ha haben.

Am einfachsten gestalteten sich die Verhandlungen mit Wangen und Untertürkeim. Diese beiden, links dzw. rechts vom Neckar gelegenen Gesmeinden stoßen mit ihren Markungen an diejenige Stuttgarts, ohne daß jedoch von irgendeiner Seite her bereits eine Überflutung der Grenzen plaßsgegriffen hätte oder auch nur in nächster Zeit bevorstände. Aber sie stehen schon längst in den engsten wirtschaftlichen Beziehungen zu Stuttgart, namentlich Wangen als Lieferant landwirtschaftlicher Erzeugnisse und menschslicher Arbeit für die Stadt, weniger Untertürkeim, das in den letzten Jahren sich gewaltig entwickelt und eine bedeutende Industrie, in der Hauptsache auf Kosten Stuttgarts, an sich gezogen hat. Bei dieser Gemeinde war es vornehmlich ihr großes Elektrizitätswerk, das der Stadt die Sinsgemeindung wünschenswert machte, da es eine wertvolle Ergänzung ihres eigenen Werks zu werden versprach.

Außerst wechselvoll und langwierig waren die Berhandlungen mit Cannstatt, das seit Jahren schon tatsächlich mit Stuttgart vereinigt ist, bessen volle Einverleibung in Stuttgart eine natürliche Folge der Ent-wicklung beider Städte ist und als solche vor sich gehen mußte. Der Vorteil für Stuttgart aus der Eingemeindung ist offensichtlich. Sie verdoppelt die überbaubare Fläche der Stadt und sichert ihr die Früchte der Außerungen ihrer Lebenskraft in ganz anderem Maße als bisher; denn daß Cannstatt, ohne Parasit zu sein, in der Hauptsache sein Wachstum und Empordlühen nicht so sehr eigener Kraft als vielmehr der Nachbarschaft der Hauptstadt verdankt, ist nicht zweiselhaft.

Beniger offensichtlich find die Borteile für die Stadt Cannstatt und sie schienen lange Zeit einem großen Teil ihrer Einwohnerschaft geringfügig gegenüber dem Verlust der Selbständigkeit der Stadt, und daraus erklärt sich auch der lange und heftige Widerstand. Aber daß solche Borteile vorhanden sind, ist unbestreitbar und daß sie groß sind, beweist am meisten eben die Tatsache, daß jener Widerstand aufgegeben wurde, daß Cannstatt in die Eingemeindung willigt; denn das Opfer der Selbständigkeit eines sehr alten, fräftigen Gemeinwesens ist ein außerordentliches, erklärlich nur durch ein außerordentliches Äquivalent.

Mit Recht wohl erwartet Cannstatt, das seinen Namen auch in Zukunft als Stadtteil beibehalten wird, daß die Eingemeindung mit der im Bertrag ausbedungenen Verbesserung der bisherigen, wirklich unzureichenden

¹ Nach der Zählung von 1900.

Einrichtungen für ben Berkehr zwischen ben beiben Städten eine Beriode mächtigeren Aufschwunges ber Stadt bzw. bes künftigen Stadtteils inaugurieren werbe, als unter ben bestehenden Berhältniffen je möglich gewesen wäre.

Die Reihe der Eingemeindungen ist hiermit wohl noch nicht abgeschlossen. Die Gemeinden Degerloch, Raltental und Botnang im Suben und Südwesten, Münfter im Nordosten der Stadt suchen ebenfalls ihr Beil im Aufgehen in Stuttgart, und es ift jedenfalls auch nur noch eine Frage ber Zeit, bis ihr Bestreben von Erfolg gekrönt sein wird. Bon einem bringenden Bedürfnis auf seiten Stuttgarts fann aber nach Bollzug ber vorermähnten Eingemeindungen nicht mehr die Rebe fein. Die Stadt legt benn auch kein allzu großes Interesse bafür an ben Tag und will sich namentlich feine Bedingungen vorschreiben laffen weder von ben Gemeinden felbst, noch von den Amtokörperschaften, zu benen sie gehören. Die Beziehungen biefer Gemeinden zu Stuttgart find allerdings fehr eng. Deger= loch, auf den füdlichen Sohen von Stuttgart gelegen, schließt die Villen= folonie der Stuttgarter Bevölferung in sich und bilbet offensichtlich weit mehr als die meiften anderen Bor= bzw. Nachbarorte von Stuttgart schon jett einen Teil ber Stadt, obgleich die gemeinschaftliche Markungsgrenze noch nicht überbaut ift. Die anderen brei Gemeinden stehen zu Stuttgart rein, Degerloch wenigstens teilweise im Berhältnis von Arbeiterwohngemeinde jum Betriebsort.

Bei ben württembergischen Mittelstädten ist, wenn man bloß rein äußerlich das Verhältnis des angebauten zu dem noch nicht angebauten Teil der Markung betrachtet, überall die Ausdehnungsmöglichkeit auf eigenem Gebiet vorhanden. Die Größe der Stadtmarkungen schwankte am 1. Dezember 1900 bei den einzelnen Städten zwischen 6,53 qkm (Ludwigssburg) und 38,61 qkm (Tuttlingen); im Mittel der 13 Städte betrug sie 22,64 qkm. Die überdaute Fläche (Haussund auß dei 4 Gemeinden (Schwenningen, Tuttlingen, Heidenkeim und Splingen), zwischen 2 und 4 % dei 6 Gemeinden (Tübingen, Reutlingen, Heilbronn, Ravensburg, Gmünd und Göppingen), zwischen 4 und 6 % dei 2 Gemeinden (Cannstatt und Ulm), über 6 %, (13,25 % dei Ludwigsburg.

Die überbaute Fläche ift nirgends ungewöhnlich dicht bewohnt. Während im Landesdurchschnitt ein Wohngebäude von 6,9 Menschen bewohnt ist, kommen auf eine bewohnte Baulichkeit in den 8 Gemeinden von 10 000—20 000 Einwohnern 11,3, in den 5 Gemeinden von 20 000—50 000 Einwohnern 13,8 Bewohner. Um höchsten ist die Belegungsziffer dei Ludwigsburg, nämlich 16,7, am niedersten dei Heidenheim mit 8,21. Ist dei

Ludwigsburg die Zahl an sich schon nicht hoch, so erscheinen die dortigen Wohnverhältnisse in noch günstigerem Lichte, wenn man die starke Garnison in Betracht zieht und weiter noch erwägt, daß im Jahre 1893 auf einen Einwohner 49,7 qm an Haus- und Hofräumen kamen, während die entsprechende Ziffer im Durchschnitt der 13 Gemeinden nur 37,5 ist. Ludwigsburg hat also eine besonders weiträumige Bauweise, über deren volkschygienische Bedeutung hier kein Wort zu verlieren ist.

Trot der für die Ausdehnung scheinbar genügenden Größe der Markung hat bei einigen Städten bereits eine Überflutung ber Grenze ftattgefunden: Ulm und Neuulm, Beilbronn und Bödingen, Eglingen und Obereglingen, Cannstatt und Stuttgart find gang ober boch nahezu vollständig gusammengewachsen. Ludwigsburg, auf beffen Verhältniffe sogleich näher eingegangen merden mird, hat bereits die Eingemeindung zweier benachbarter Dörfer vollzogen. Es find dies die erften Fälle von Eingemeindung außerhalb ber Landeshauptstadt, aber es wird wohl nicht mehr allzu lange mähren, bis weitere folgen. Die Gemeinde Bödingen petitioniert schon seit lange um den Anschluß an Heilbronn. Bis jest hat sie noch kein williges Gehör gefunden. Tropbem der Heilbronner Rangierbahnhof ganz auf Böckinger Markung gelegt werden mußte, hat Seilbronn kein fehr erhebliches Interesse an ber Eingemeindung jenes Dorfes, benn die Stadt kann fich fortan nach anderer Richtung hin genügend ausdehnen, und fie fürchtet wohl nicht mit Unrecht einen wenig erfreulichen Ginfluß auf ihre Finangen aus ber Berschmelzung mit der nicht glänzend gestellten Arbeiterwohngemeinde Bodingen.

Bang ähnlich liegen bie Verhältniffe auch bei Eklingen. Befonders ungunftig ift Ulm gestellt, wo die Stadtmarkungegrenze teilweise zugleich Landesgrenze ift. Die Stadt hat sich auf das rechte Donauufer ausgedehnt und bafelbft die 1900 rund 9 500 Einwohner gahlende Stadt Neuulm ent= stehen laffen, die aus dem Nachbarschaftsverhältnis ungleich mehr Vorteile zieht als Ulm, denn Ulm gibt nicht etwa feine Arbeiterbevölkerung dorthin ab, sondern in der Hauptsache Angehörige der beffer situierten Bevölkerungsfreise, die vielfach die billigeren Wohnungen Neuulms aufsuchen. Nachdem nunmehr die Niederlegung der Stadtumwallung beschloffen und bereits im Gange ift, wird sich die Stadt namentlich nach Westen ausbehnen. Dort haben fich bereits Kollifionen mit der benachbarten Gemeinde Söflingen ergeben, die aber jett ihre Löfung in der Eingemeindung diefer Gemeinde finden: im Dezember 1904 murde ein Vertrag abgeschlossen, dem= zufolge Söflingen mit Wirkung vom 1. Oktober 1905 ab in Ulm aufgeht. Ulm erhält damit einen Markungszuwachs von 1448 ha und einen Bevölkerungezuwachs von 3393 Einwohnern. Das Interesse an dieser Gin=

gemeindung lag zunächst auf seite Söflingens; benn die Ulmer Grenze entfernt sich nach dieser Richtung ziemlich weit von der Stadt, während anderseits Söflingen bereits seine Markungsgrenze gegen Ulm überschritten hat. Aber eben dieser letztere Umstand und der weitere, daß der zu erswartende Gang der Dinge offenbar auf eine Bereinigung der Gemeinden hinwies, begründete ein lebhaftes Interesse Ulms an der Entwicklung Söflingens und damit auch an der Eingemeindung.

Ein bemerkenswertes Beispiel für bie Bedeutung einer genügend großen, gestalteten Markung bietet Ludwigsburg. Die Stadtmarkung günstia ließ im Norden, Nordweften, Weften und Guben feine Ausbehnung ber Stadt mehr zu und doch mar ein Ausbehnungsbedurfnis nach biefen Richtungen — in viel geringerem Mag nach ber Seite bin, wo sich bie Markungsgrenze weiter von ber Stadt entfernte - vorhanden. Gine Erweiterung bes bort gelegenen Bahnhofs 3. B. ware nicht zu bewerkstelligen gewesen ohne ein Übergreifen auf die hart anstoßenden fremden Markungen. Trot der Ungunft der Markungsverhältnisse dehnte fich benn auch wirklich, weil eben hier die Lage am gunftigsten mar, die Stadt nach diesen Richtungen aus. Aber biefe nur tatfachlich, nicht auch rechtlich zur Stadt gehörigen Bauguartiere maren in einer überaus üblen Lage. Ihre Markungs= gemeinden benütten fie zwar als willfommene Steuerquellen, ließen es aber fo ziemlich an allem fehlen, was ein Gemeinwefen seinen Angehörigen ge= meinhin zu leiften pflegt; benn ein weiteres als ein steuerliches Interesse am Aufblühen diefer von ihnen gang losgetrennten Ortsteile konnten fie und alle mirtschaftlichen und perfönlichen Beziehungen nicht haben. wiesen die Bewohner an die Stadt, ber fie fich angeschloffen hatten. Jenes einzige Intereffe ihrer Stammgemeinde aber stand und fiel mit beren Untätigkeit in bezug auf fie; benn bie Schaffung ber erforberlichen Einrichtungen, wie Wafferverforgung, Kanalisation, Stragenbeleuchtung, Feuer- und Sicherheitspolizei usw. mare natürlich bei ber großen räumlichen Trennung mit unverhältnismäßig hohen Koften verknüpft gewesen. auch foweit ber gute Wille gur Befferung ber vorhandenen Übelftande feitens ber Markungsgemeinde vorhanden mar, scheiterte seine Ausführung an bem paffiven Wiberftande ber Stadt, ohne beren Mitmirfung bam. Bereitwilligfeit zur Geftattung ber Mitbenutung ihrer Einrichtungen, 3. B. Die Schaffung einer Kanalisation für die betr. Ortsteile, ausgeschlossen mar. hatte eben feine Urfache, das Wachstum folder Anhängsel, die außerhalb ihrer Einflußsphäre gelegen maren, zu förbern. Im Gegenteil, ihr Interesse wies sie barauf hin, bie Berhältniffe sich so auswachsen zu lassen, daß ihre Ungunst ihrem eigenen Ausdehnungsbedürfnis dienstbar gemacht werden

Das für Eingemeindungsangelegenheiten gültige Recht zeichnet sich nicht gerade durch große Klarheit und Schärfe aus. Bis vor nicht allzulanger Zeit schien eben der Fall, daß einer Gemeinde, namentlich einer der Mittel-

städte ihre Markung zu eng werde, so sehr außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit zu liegen, daß an eine erschöpfende gesetzliche Regelung der Sache nicht gedacht wurde.

Die Berfassungurkunde von 1819 sieht nur den Fall der Anderung der Oberamtsbezirke, nicht auch der Gemeindebezirkseinteilung, vor und schreibt hierfür, weil damit zugleich eine Beränderung der Wahlbezirke für die Landtagswahlen verbunden ist, die Betretung des Gesetzebungsweges vor. Auch das Berwaltungsedikt von 1822, die Hauptgrundlage des Gemeindeverwaltungsrechts, enthält über den Zusammenschluß verschiedener Gemeinden keine Vorschriften.

Es find hiernach folgende Fälle auseinanderzuhalten:

- I. Die Eingemeindung hat eine Anderung der Oberamtsbezirkseinteilung zur Folge.
- II. Sie bewirkt keine berartige Beränderung.

Im ersteren Fall, ber mohl nur für Stuttgart praktisch ift, ift, wie gefagt, ein Spezialgeset erforberlich. Für ben zweiten Fall fehlen besondere gefetliche Normen. Die Grundfate hierfür find vielmehr nur in einem Ministerialerlaß (vom 14./19. Oftober 1839) niedergelegt. Eine Ber= änderung der bestehenden Gemeindebezirkseinteilung, sei es, daß hierdurch die Bahl ber Gemeinden vermindert wird oder gleichbleibt, hat hiernach in der Regel im Wege freier Bereinbarung zwischen ben beteiligten Gemeinden zu erfolgen. Der Erlaß geht aber bavon aus, bag nach § 62 ber Verfaffungsurkunde, wonach die Gemeinden "die Grundlagen des Staatsvereins" find, die Ginteilung des Staatsgebiets in Gemeindebezirke auf dem Organisationsrecht der Staatsgewalt beruhe, daß eine Anderung darin also keine rein interne Angelegenheit der beteiligten Gemeinden sei und daß daher die Bereinbarung ber staatlichen Genehmigung bedarf, ber Genehmigung durch die Rreisregierung. Sie foll an die Borausfettung gebunden fein, daß der bisherige Verband "nach den örtlichen Verhältnissen wo nicht entschieden nachteilig, boch in der Art ohne Nuten ift, daß eine Bereinigung der Intereffen ber Orte aus Gründen, welche nicht bloß vorübergehender Natur find, voraussichtlich nie zustande kommen wird". Wenn es sich um bloge Abtrennung einzelner Parzellen und Zuweisung an eine andere Gemeinde handelt, so muß der zurückbleibende Berband diejenigen Mittel behalten, welche die not= wendigen Bedingungen der Gründung einer felbständigen Gemeinde find, b. h. die Markung muß noch einen hinreichenden Umfang haben und die Abtrennung barf namentlich nicht eine berartige Schwächung ber finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Folge haben, daß die Bestreitung des notwendigen Gemeindeaufwands dadurch in Frage gestellt wird.

Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so kann die Eingemeindung, wenn sie dem öffentlichen Wohl förderlich scheint, auch gegen den Willen der dadurch aus ihrem Gemeindeverband loszureißenden Staatsbürger versfügt werden. In diesem Fall entscheidet nicht die Kreisregierung, sondern das Ministerium des Innern über die Zulässigkeit der Eingemeindung.

Hinsichtlich ber Kosten ber Trennung und ber Auseinandersetzung ber Bermögensverhältnisse und dem zurüchleibenden Gemeindeverband sollen, falls eine gutliche Einigung nicht zustande kommt, folgende Grundsätz gelten:

- 1. Geschieht die Trennung auf den einseitigen Wunsch einer Parzelle, so hat diese die Kosten der Trennung zu tragen und ihren bisherigen Ansteil an den Besoldungen der unentlaßbaren Gemeindediener bis zu ihrem Ubgang fortzuleisten.
- 2. Geschieht die Trennung auf den gemeinschaftlichen Wunsch der beteiligten Gemeinden, so sind die durch die Trennung verursachten Kosten
 nach dem Steuersuß zu verteilen, während die durch die erforderlichen Organisationsänderungen verursachten Ausgaben von jeder Gemeinde für sich
 getragen werden.
- 3. Das gemeinsame Vermögen ist, falls nicht besondere Rechtsverhältnisse eine Ausnahme von der Regel begründen, nach dem Verhältnis des Steuersfapitals zu teilen, aber nur, wenn die abgetrennte Parzelle eine selbständige Gemeinde werden will. Andernfalls, d. h. wenn sie einer anderen Gemeinde zugeteilt werden soll, braucht ihr die verkleinerte Gemeinde keinen Anteil an ihrem Vermögen einzuräumen.

Jebe Beränderung ber Gemeindebezirkseinteilung wird im Regierungs= blatt bekannt gemacht.

Dies ist im wesentlichen der Inhalt des Ministerialerlasses von 1839, aber die neuere Praxis hält sich nicht mehr streng an seine Bestimmungen. Anläßlich der Beratung der Vereinigung von Stuttgart und Gaisburg hat der Staatsminister des Innern in der Kammer der Abgeordneten erklärt, daß die Vorschriften jenes Erlasses zum Teil veraltet seien und den Besdürsnissen der Gegenwart nicht vollständig Rechnung tragen. Das Ministerium trägt insbesondere Bedenken, Gemeindebezirksveränderungen gegen den Willen der Beteiligten von sich aus vorzunehmen, und das mit Grund; denn daß die Regierung nicht das Recht hat, ohne gesetzliche Ermächtigung das Gebiet einer Gemeinde ohne deren Willen zu beschneiden oder ihr gar ihre Selbständigkeit ohne weiteres wegzudekretieren, während sie z. B. nicht einmal ein unbestrittenes Recht hat auf Einstellung auch nur des geringfügigsten Ausgabepostens in den Gemeindeetat, mag seine Zweckmäßigkeit auch noch so einleuchtend sein, ist doch eigentlich kaum zweiselhaft, und es wird denn

auch jett, wie aus bem Fall Ludwigsburg = Kornwestheim hervorgeht, selbst bei bloßer Ubtrennung einzelner Markungsteile gegen den Willen ihrer seit= herigen Markungsgemeinde ein Gesetz für notwendig erachtet.

Was die vermögensrechtliche Auseinandersetzung betrifft, so sind die Schwierigkeiten gering, wenn es sich um die Eingemeindung ganzer Gesmeinden innerhalb eines und desselben Oberamtsbezirks handelt. Die kleinere Gemeinde geht einfach in der größeren auf und tritt in alle ihre Rechtsverhältnisse ein; eine vermögensrechtliche Sonderstellung eines Stadteteils wäre mit der Einheitlichkeit des Verbands unverträglich und würde wohl merkwürdige Zustände schaffen. Es kann sich bei einer Eingemeindung nur um den Erlaß von Übergangsbestimmungen handeln, durch die der Verschmelzungsprozeß begünstigt werden soll: Ausdehnung der städtischen Einrichtungen auf den neuen Stadtteil, Aufrechterhaltung der für die frühere selbständige Gemeinde erlassenen Ortsstatuten, die auf ihre Verhältnisse und nur hierauf zugeschnitten sind, namentlich Beschränkung der Gültigkeit einzelner städtischen Ortsstatuten auf das alte Stadtgebiet für bestimmte Zeitdauer und dergl.

Schwieriger gestaltet sich das Verfahren im Fall der Loslösung einer Gemeinde aus ihrem disherigen Amtskörperschaftsverband, d. h. dann, wenn die beiden Gemeinden in verschiedenen Oberamtsbezirken liegen. Hier steht die Regierung auf dem Standpunkt, und die Stände teilen ihn auch, daß eine Ausgleichung der sinanziellen Folgen der Bezirksänderung zwischen der vergrößerten Gemeinde und der Amtskörperschaft stattzusinden hat, daß, wenn die Differenz zwischen der Steuerleistung der vom Verband losgelösten Gemeinde und der Gegenleistung der Amtskörperschaft im Durchschnitt mehrerer Jahre seither eine für die Amtskörperschaft günstige war, zwar nicht die volle kapitalisierte durchschnittliche Jahresdisserenz, aber doch eine billige Absindung durch Barzahlung oder Schuldübernahme zu leisten ist.

Dasfelbe ift ber Fall bei Zuteilung einzelner Markungsteile an eine andere Gemeinde.

Man macht gegen diese Absindung geltend, daß der Wegfall der Steuersleistungen einer ausscheidenden Gemeinde bzw. Parzelle nicht etwa einen der Amtskörperschaft bzw. Gemeinde zu vergütenden Schaden verursache, daß die Steuern nicht Gefälle darstellen, die ausgenutt werden dürsen ohne Rücksicht auf die Zwecke, die mit den dadurch beschaften Mitteln verfolgt werden sollen, daß, die Amtskörperschafts und Gemeindesteuern gedacht seien als Leistung gegen Gegenleistung und daß hiernach unter normalen Umständen dem verkleinerten Amtskörperschafts bzw. Gemeindeverband aus der Berstleinerung ein Schaden überhaupt nicht erwachsen könne. — Diese Arqustand

mentation ift nicht einwandfrei. Auch im Kommunalsteuerwesen gilt ber Sat "Leiftung nach Gegenleiftung" feineswegs unbeschränkt. Der Grundfat ber Leiftung nach ber Leiftungsfähigkeit herrscht baneben. Die Lostrennung einer Gemeinde oder eines Markungsteils kann baber fehr mohl eine dauernde Erhöhung ber Steuerlaften bes verkleinerten Berbands zur Folge haben, ohne daß dem alten Berband eine Berfäumnis feiner Pflichten gegenüber dem losgelösten Teil zur Last gelegt werden kann. Unter diesen Umständen darf man fich wohl die Frage vorlegen, ob es der Billigkeit entspricht, die Koften für die Befriedigung des Ausdehnungs- bzw. Anschlußbedürfnisses einer Gemeinde oder eines Teils einer folden einer hieran nicht intereffierten Körperschaft aufzuladen. Je nach der Beantwortung diefer Frage erledigt fich auch ber weitere Einwand, daß bie Bahlung einer Abfindungssumme eine Doppelbesteuerung der austretenden Gemeinde bzw. Barzelle in sich schließen würde; denn wenn man es für richtig hält, daß derjenige Teil, bei bem das Interesse an der Eingemeindung liegt, und nicht der andere die mit der Eingemeindung verknüpften Opfer zu tragen hat, so wird man auch vor jener Konsequenz nicht zurüchschrecken.

Auch in Zukunft wird es wohl bei dieser Praxis der Entschädigung des durch die Eingemeindung in feiner Steuerkraft geschwächten Teiles sein Bewenden behalten. Die Motive zum Entwurf der Gemeindeordnung, worin die gange Materie der Eingemeindung auf einen festen Rechtsboden gestellt werden foll, fprechen fich 'zwar babin aus, bag bas Besteuerungsrecht als solches regelmäßig keinen Gegenstand ber Entschädigung bilbe. Dieser Sat blieb aber in der Rommission der Kammer der Abgeordneten nicht unan= gefochten, und ber Minister bes Innern erklärte ber Kommission gegenüber, daß ein Rechtsanspruch der in ihrem seitherigen Besteuerungsrecht verkurzten Gemeinde auf Entschädigung zwar nicht bestehe, daß es aber eine Forberung der Billigfeit sei, wenn die Gemeinde, von welcher ein Teil ihres Gebiets abgetrennt worden fei, für einen reinen Steuerausfall möglichst schadlos ge= halten werde, wie denn überhaupt bei der ökonomischen Auseinandersetzung unter ben Gemeinden Billigkeiterucksichten in weitem Umfang platgreifen müffen.

IV. Berhältnis der Städte zu den umliegenden Landgemeinden.

Wie bereits ermähnt, wollen die nächstbevorstehenden Eingemeindungs= fälle Beilbronn-Bödingen und Eglingen-Dbereglingen, fowie auch Stuttaart-

Münfter, Botnang, Kaltental, bis zu einem gewiffen Grad auch Degerloch. im Gegensatz zu ben übrigen genannten Stuttgarter und Ludwigsburger Fällen, die hauptfächlich durch die Reffeln veranlaßt maren, welche der Stadt burch ihre allzu ungunftig gestaltete Markung angelegt waren und die zu fprengen für die Stadt ein Gebot unabweisbarer Notwendigkeit mar, unter wefentlich anderem Gesichtspunkt betrachtet werben. Die Eingemeindung foll den kleinen Gemeinden nach ihrer Absicht Hilfe gewähren gegen die ihnen aus der Nachbarschaft der betreffenden Städte, deren jede eine bebeutende Industrie in ihren Mauern beherbergt, entspringenden Nachteile. — Trotbem, wie gefagt, eine übergroße Konzentration industrieller Anlagen in ben mürttembergischen Mittelstädten bis jett nicht stattgefunden hat, werden auch feitens vieler anderer, ben Induftrieftabten benachbarter Gemeinden ähnliche Rlagen laut über Benachteiligung burch die ftädtische Industrie. Es tritt eben auch in Württemberg die Erscheinung zutage, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Induftriearbeiter seinen Wohnsitz außerhalb der Stadt in ben umliegenden Ortschaften nimmt bam. daß die Landbevölferung ihre Arbeitskraft in den Dienst der städtischen Industrie stellt, aber draußen wohnen bleibt. Weniger die Lebensmittelpreise, die in der Umgebung der größeren Städte, namentlich auch Stuttgarts, nicht ober nicht wesentlich niedriger sind als in den Städten, als vielmehr die Wohnungspreise sind es, welche die Arbeiter aus der Stadt treiben oder nicht hineinziehen laffen. Wohnungen mit brei Zimmern kofteten nach einer bem Sauptfinangetat für 1901 beigegebenen Statistif in Stuttgart 464 Mf. 1, in Ulm 314, Heilbronn 343, Eflingen 285, Cannstatt 385, Reutlingen 284, Ludwigsburg 273, Göppingen 310 Mf., in ben Gemeinden 4-5000 Einwohnern burchschnittlich 209 Mf., in den kleineren Gemeinden 177 Mf.

Ein weiterer Grund für die Arbeiter, außerhalb der Betriebsgemeinde, auf dem Lande zu wohnen, liegt darin, daß sie so die Möglichkeit haben, in ihren Freistunden sich durch einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb Nebenverdienst zu verschaffen und zugleich ihre Familienglieder zum Miterwerb heranzuziehen; die weitgehende Parzellierung des ländlichen Grundbesißes in Württemberg begünstigt dieses Bestreben in hohem Maße.

Im Jahre 1900 wurden 8579 Personen gezählt, die in Stuttgart

¹ Mm 8. Dezember 1904 kofteten in Stuttgart von 651 ausgeschriebenen dreis zimmerigen Wohnungen nur 15 % weniger als 400 Mk., 19,7 % 400—499 Mk., 45 % dagegen 500—599 Mk. und 20,3 % 600 Mk. und mehr; der angegebene Durchsschnittspreiß ist also keineswegs zu hoch.

arbeiten und auswärts wohnen: etwa 70 % bavon kamen aus Orten im Umfreis von 10 km (Weglänge). Über den ganzen mittleren Teil des Landes, ja sogar darüber hinaus erstreckt sich das Gebiet, das in Stuttgart regelmäßig beschäftigte Personen beherdergt; 28 Oberamtsbezirke sind beteiligt, davon nicht weniger als 12 Grenzbezirke. 93,6 % waren unsselbständig, Arbeiter im eigentlichen Sinne, 6,4 % waren Selbständige, dzw. höheres kaufmännisches und technisches Personal.

Wefentlich geringer, nämlich 1001, war die Zahl der in Stuttgart wohnenden und auswärts beschäftigten Personen. Hiervon entsallen auf Arbeiter im eigentlichen Sinne $76\,^{\rm o}/_{\rm o}$, auf Unternehmer und höheres Personal $24\,^{\rm o}/_{\rm o}$; über $50\,^{\rm o}/_{\rm o}$ derselben hatten ihren Arbeitsort in Cannstatt und dem ganz nahe gelegenen Feuerbach.

In den 13 Mittelstädten waren nach der Lolkszählung von 1900 20 886 Arbeiter (16 600 männliche und 4 286 weibliche), welche außerhalb ihrer Betriebsgemeinde wohnten. Über 3000 folcher Arbeiter gählte man in Heilbronn und Göppingen, zwischen 2000 und 3000 in Eflingen, Cannftatt, Reutlingen, zwischen 1000 und 2000 in Ludwigsburg, Gmund und Ulm. Nach einer Ende 1899 in Heilbronn veranstalteten Sonder= erhebung wohnten von 7411 in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitsfräften beschäftigten Versonen 3736 dauernd, 112 die Woche über in Heilbronn, während nicht weniger als 3563 täglich ihren außerhalb Beilbronns ge= legenen Wohnsit auffuchten; von ihnen benutten 1326 Fahrgelegenheiten aller Art, mährend ber Rest ben Weg zwischen Wohn- und Arbeitsort zu Fuß zurudlegte. Weitaus die meisten dieser Arbeiter wohnten in den nächstgelegenen Ortschaften: bei 2408 betrug die Entfernung von der Beimat= gemeinde bis nach Heilbronn 5 km und weniger. Wie weit sich aber die von der Betriebsgemeinde Seilbronn ausgehenden Wellen ausbreiten, geht baraus hervor, daß 872 Arbeiter von Orten bis zu 10 km, 168 bis zu 20 km und 8 über 20 km Entfernung zur Arbeit nach Seilbronn famen.

Bom Standpunkt der Allgemeinheit aus ift das Borhandensein von Arbeiterwohngemeinden neben den Betriebsgemeinden nur zu begrüßen, denn der Bolksgesundheit ist das Zusammendrängen großer Arbeitermassen an einem Ort nichts weniger als förderlich, und mit Recht begünstigt der Staat diese Entwicklung durch Bervollkommnung der Berkehrseinrichtungen und Ausgabe billiger Arbeiterfahrkarten.

Auch die Städte haben natürlich kein Interesse daran, sich dieser Ausbreitung der Arbeiterschaft zu widersetzen; im Gegenteil, sie werden dadurch der Fürsorge dafür enthoben, ohne daß dem ein ersichtlicher Nachteil für sie gegenübersteht. Auf einem anderen Standpunkt stehen nun aber diejenigen unter den Wohngemeinden, die der Betriebsgemeinde am nächsten liegen und daher den größten Teil dieser Arbeiter beherbergen. Derselbe Grund, aus dem die Städte den Auszug der Industriearbeiter wünschen, macht ihnen deren Zuzug lästig. Sie beklagen sich darüber, daß diese Arbeiter zu den Gesmeindeanlagen wenig beisteuern, daß aber die Lasten, die sie der Gemeinde verursachen, diesem geringen Anteil an der Lastendeckung in keiner Weise entsprechen, der Armens, Straßens und Schulauswand steigere sich mit der Zunahme der Bevölkerung, ohne daß eine verhältnismäßige Steigerung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde stattsinde, und die ansässigen Gewerbetreibenden, Grunds und Gebäudebesißer werden in der Folge in immer wachsendem Maße belastet.

Es ift hier zunächst zu bemerken, daß die Gemeinden nach dem jetzt noch bestehenden Gemeindesteuergeset im wesentlichen auf Grund=, Gebäude= und Gewerbesteuer angewiesen sind. Das Einkommen aus Kapitalien, Renten, Dienst und Beruf ist ihnen nur in sehr beschränktem Maße zur Besteuerung überlassen: Gemeinde und Amtskörperschaft zusammen dürsen höchstens 1 % vom Einkommen erheben (Gemeinde 2/8, Amtskörperschaft 1/3). Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Steueruntergrenze zwar sehr tief, bei einem Einkommen von 350 Mk., liegt, daß aber eine ziemlich bedeutende Degression zugunsten der kleinen Einkommen aus Dienst und Beruf stattsindet in der Weise, daß als steuerdarer Betrag gilt dei Einkommen bis 850 Mk. 1/10, von dem Mehrbetrag dis 1700 Mk. 2/10, dis 2550 Mk. 4/10, dis 3400 Mk. 8/10, und daß erst der Überschuß über 3400 Mk. voll in Anrechnung kommt.

Wie gering der Ertrag der Dienst= und Berufseinkommensteuer in den Landgemeinden ist, geht daraus hervor, daß die zehn in erster Linie stehenden Oberamtsbezirke, Stuttgart eingeschlossen, fast 69 % des Landesbetrags ersheben, in 73,4 % der sämtlichen Gemeinden des Landes wird an Dienst= und Berufseinkommensteuer ein Betrag von weniger als 50 Mk. erhoben.

Die Schulkosten sind von den Gemeinden aufzubringen. Doch erhalten sie, mitunter sehr erhebliche, Staatsbeiträge. Als Beitrag zur Deckung bes Aufwands kann Schulgelb erhoben werden, und zwar in Landgemeinden bis zum Betrag von 1 Mk. 37 Pf. für ein Kind im Jahr.

Tatsache ift nun, daß in den den Industriestädten benachbarten Landsgemeinden die Einwohnerzahl teilweise außerordentlich rasch angeschwollen ist. Die Gemeinde Böckingen dei Heilberonn z. B., die selbst keine größere Industrie besitzt, ist von 1890 bis 1900 von 4244 auf 6617 Einwohner gestiegen, hat also um 56 % zugenommen. Die Zunahme von Großeislingen bei Göppingen beträgt im gleichen Zeitraum 29 %, Obereßlingen bei Eß-

lingen $41\,^{\rm 0/o}$, Betingen bei Reutlingen $33\,^{\rm 0/o}$, Altenstadt bei Geißlingen $35\,^{\rm 0/o}$, Münster bei Cannstatt $61\,^{\rm 0/o}$, mährend die Zunahme der Betriebs=gemeinden fast durchweg wesentlich geringer ist: Heilbronn $26\,^{\rm 0/o}$, Eßlingen $23\,^{\rm 0/o}$, Cannstatt $30\,^{\rm 0/o}$, Reutlingen $16\,^{\rm 0/o}$, Geislingen $24\,^{\rm 0/o}$, nur bei Göppingen ist sie größer $(35\,^{\rm 0/o})$.

Es ist nicht zu leugnen, daß dieser bedeutende Einwohnerzuwachs, der sich zum großen Teil aus Arbeitern und kleinen Angestellten, also aus wenig steuerkräftigen Elementen zusammensetzt, manche Nachteile für die betreffenden Arbeiterwohngemeinden zur Folge gehabt hat. Aber diese Nachteile werden vielsach überschätzt, und die Befürchtung, daß mit der Zeit solche Borortszgemeinden der Industriestädte für die Erfüllung der Gemeindeaufgaben unstauglich werden, ist offenbar übertrieben.

Einen wertvollen Einblick in die tatfächlichen Berhältnisse gibt eine 14 Gemeinden, die den Zuzug von Arbeitern aus den benachbarten Städten besonders nachteilig empfinden, umfassende Statistif, die von diesen Gemeinden im Jahre 1903 aufgestellt worden ist zur Begründung ihrer an die Kammer der Abgeordneten gerichteten Bitte um Aufnahme einer Bestimmung in das neue Gemeindesteuergesetz, wonach die Betriebsgemeinden den Arbeiterwohngemeinden Zuschüsse zu leisten haben.

Der nachfolgenden Betrachtung werden nur 13 dieser Gemeinden zu= grunde gelegt, da bei einer ganz abnorme Verhältnisse vorliegen.

Es geht baraus zunächst hervor, baß die Steigerung des Gemeindesschadens, b. h. der Differenz zwischen den Ausgaben der Gemeinden und den ihr aus anderen Einnahmequellen als aus den steuerbaren Grundstücken, Gebäuden und Gewerben zusließenden Einnahmen, m. a. W. der auf die Grundstücke, Gebäude und Gewerbe nach dem Steuersuß gelegten Umlagen, sast durchweg größer ist als die der Katastersumme. In einer Nachdarsgemeinde von Eßlingen ist die Belastung jener Kataster für Gemeindezwecke von 1880—1903 von 3,53 % auf 9,51 %, bei vier Gemeinden um Göppingen von 7,06 % auf 9,35 % gestiegen. Durchschnittlich hat eine Steigerung von 5,56 % auf 9,2 % Blat gegriffen.

Aber weber diese Steigerung noch die erreichte Höhe der Belastung der Kataster läßt einen Schluß zu auf eine wirklich übermäßige Beeinträchtigung der Gemeinden durch die benachbarten Industriestädte, wenn man bedenkt, daß im ganzen Land der Gemeindeschaden in beständigem Steigen begriffen ist, sich von 1880—1902 um 51 % erhöht hat und im letztgenannten Jahr im Landesdurchschnitt über 7 % der Kataster betrug. Dabei ist zu beachten, daß 111 Gemeinden im Jahre 1902 überhaupt keinen Gemeindeschaden umlegten. Von den übrigen 1798 Gemeinden überstieg bei 689 die Um=

lage $9^{\rm o/o}$ der Kataster, die Zahl der Gemeinden, die über $10^{\rm o/o}$ umlegten, ist von 1880-1902 von 101 auf 545 gestiegen.

Es wird nun allerdings von feiten der Arbeiterwohngemeinden ein= gewandt, daß ihr Gemeindeschaden mit demjenigen gewöhnlicher Landgemeinden nicht vergleichbar fei, da lettere erfahrungsgemäß die Rosten für Wafferleitungen, Feldbereinigungen ufm. unter bem Gemeindeschaben umlegen, mas angängig fei, weil baselbst, anders als in ben Arbeiterwohngemeinden, in der Regel nur Steuerzahler einer Kategorie vorhanden seien (nur Grundund Gebäudesteuerpflichtige), mährend bei den Gemeinden mit gemischter fteuerzahlender Bevölferung die betreffenden Rosten neben dem Gemeinde= schaben auf die speziell Beteiligten umgelegt werden muffen. wand ift aber nicht ftichhaltig. Einmal gibt es nach zuverläffigen Mit= teilungen nur verhältnismäßig wenige Gemeinden, die feine Wafferzinsen erheben, und diese wenigen sind meist Gemeinden von besonders gunftiger Finanglage, die nicht unter den hochbesteuerten zu suchen find. Was ferner die Belaftung des Gemeindeschadens durch Feldbereinigungskoften betrifft, so ift dem entgegenzuhalten, daß auch in rein ländlichen Gemeinden die Über= nahme folder Koften auf die Gemeinde keineswegs ganz allgemein ift. In einem so ausschlieglich landwirtschafttreibenden Bezirk wie Biberach sind nur 2 von 44 Gemeinden mit Feldbereinigungsschulden belaftet. wurde 3. B. in den Gemeinden Hofen und Offingen, Oberamts Cannstatt, mo 20 bzw. 6% ber Einwohner auswärts beschäftigte Arbeiter find, ber Gemeindeschaden durch Feldbereinigungskoften belastet. Es ist also nicht zuzugeben, daß die Steuerbelaftungsfäte der Arbeiterwohngemeinden mit benen anderer Gemeinden nicht vergleichbar find.

Sind so die allgemeinen Besteuerungsverhältnisse in den der Betrachtung zugrunde liegenden Gemeinden nicht gerade besonders günstig, so können sie doch, namentlich im Verhältnis zu denen anderer Gemeinden, nicht als so schlimm bezeichnet werden, daß von einer wirklichen Bedrängnis bei ihnen die Rede sein könnte.

Es wäre ja nun benkbar, daß trot ber nicht übermäßigen Höhe ber Gefamtausgaben der Gemeinden die mit ihrer Eigenschaft als Arbeiterswohngemeinden zusammenhängenden besonderen Ausgaben auf Kosten der

¹ Der Ortsvorsteher ber Gemeinbe Münster, in welcher 24 % der Einwohner auswärts beschäftigte Arbeiter sind, hat anläßlich der Erörterung der Frage der Ginsgemeindung von Münster nach Stuttgart erklärt, die finanzielle Lage der Gemeinde sei derart, daß sie ihren Verpflichtungen vollständig zu genügen vermöge, und daß beshalb von diesem Gesichtspunkt aus die Eingemeindung nicht dringend notwendig sei.

Befriedigung sonstiger Bedürfnisse einen unverhältnismäßig breiten Raum einnehmen. Das Ergebnis der Armenpflege bietet keinen Anhaltspunkt für eine solche Annahme. Eine einigermaßen konstante, aufsteigende Reihe weisen die Zahlen nur bei 2 unter den 13 Gemeinden auf, nur in dreien sind die Ausgabezissern für 1903 die höchsten seit 1880, nur in einer einzigen Gemeinde ist die Steigerung des Armenauswands größer als die der Einswohnerzahl.

Es mird nun allerdings geltend gemacht, daß diefer in normalen Zeiten nichts weniger als namhafte Armenaufwand unter ber Herrschaft industrieller Krisen rasch gewaltig emporschnellen werde, und es ist in der Tat dieser Befürchtung von einem folch verhängnisvollen Ginfluß auf Gemeinden, beren Einwohnerschaft sich bis zu 25 % aus auswärts beschäftigten Arbeitern zusammensett, nicht jede Berechtigung abzusprechen. Aber es barf bemgegenüber doch darauf hingewiesen werben, daß der Berlauf der jungften Rrife dieser Befürchtung nicht eben viel Nahrung zugeführt hat und daß bie augenscheinlich fortschreitende Dezentralifierung unserer Industrie ein allzuschlimmes Auswachsen ber mit ber Nachbarschaft ber Industrieftabte für bie Wohngemeinden verknüpften Nachteile hintanhalten dürfte. — Benn man ferner, wie dies häufig geschieht, die auffallend geringe Zunahme bzw. teil= weise Abnahme bes Armenaufwands nicht ber gunftigen Arbeitsgelegenheit, welche die Großstadt darbietet, zugute schreiben will, sondern den Wirkungen der Arbeiterversicherung, so wird dabei verkannt, daß letztere eben Lohnarbeit und Arbeitsgelegenheit voraussett, daß fie die Armenpflege da nicht ausschaltet, wo feine Arbeitsgelegenheit vorhanden ift.

Die Straßenbaukosten weisen in fast allen 13 Gemeinden eine entschiedene teilweise sehr beträchtliche Zunahme auf, aber es ist nicht zulässig, hieraus ohne weiteres zu solgern, daß diese Steigerung übermäßig, daß sie vorwiegend der Herstellung kleiner Arbeiterwohnhäuser zuzuschreiben ist und daß also, allgemein gesprochen, die Arbeiterwohngemeinden als solche unter einer unverhältnismäßigen Steigerung des Straßenauswands zu leiden haben. Bei 5 dieser Gemeinden ist die Zunahme dieses Gebäudekatasters beträchtlich höher als die des Straßenauswands; es kann daher bei ihnen in letzterer Beziehung nichts Ausfallendes gefunden werden. Und zwar sind hierunter gerade diesenigen Gemeinden, die am raschesten angewachsen sind und entschieden den Charakter von Arbeiterwohngemeinden tragen. Diese Tatsache spricht eigentlich allein schon genügend gegen das Borhandensein einer Gesetzmäßigkeit der vorzerwähnten Art. Dazu kommt noch ein weiteres. Nähere Erhebungen in den 4 Gemeinden um Göppingen, die zu den Mitunterzeichnern der erwähnten Eingabe gehören, haben ergeben, daß die wahre und hauptsäckliche

Schriften CXX. - 3meites heft.

Urfache ber Steigerung bes Strafenaufwands in ber Zunahme bes Last= fuhrwerkverkehrs (namentlich Holzsuhren), der Steigerung der Preise des Schottermaterials, sowie ber Kosten für deffen Beifuhr und Zubereitung und in der besseren Aflege der Straffen, also auf Gebieten liegt, die mit der Eigenschaft ber Gemeinden als Arbeiterwohngemeinden nichts gemein haben. Nur eine ber 4 Gemeinden führt als eine Steigerungsursache, aber nicht als die hauptfächlichste, die Berftellung gahlreicher Arbeiterwohnhäuser an. Dabei ist aber zu beachten, daß es nicht nur auswärts arbeitende Bersonen find, die diefe Bautätigkeit veranlagt haben. Es hat fich vielmehr in ben letten Jahren in der fraglichen Gemeinde felbst Industrie angesiedelt und das Gewerbesteuerkataster ist von 1895-1900 von 59400 auf 119600, bis 1903 auf 135 000 Mf. geftiegen. Da in allen 4 Gemeinden bie Bunahme bes Strafenaufwandes namentlich von 1895-1903 fehr beträchtlich, größer als in den übrigen Gemeinden ist, so wird man wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß auch ba, wo fich ein urfächlicher Zusammenhang amischen der Steigerung der Strafenlasten und dem Borhandensein gablreicher, außerhalb ber Gemeinde beschäftigter Arbeiter feststellen läßt, diese Steigerung feineswegs in ihrem Gefamtbetrag ber lettangebeuteten Gigenschaft ber Gemeinde zur Last fällt.

Eine bebeutende Steigerung haben die Schullasten in den Arbeiterswohngemeinden erfahren. Sie beträgt von 1880-1903 in einer der Gesmeinden über $400\,^{\rm o}/_{\rm o}$, in einer steht sie zwischen 300 und 400, in 2 zwischen 200 und 300, in 4 zwischen 100 und 200, in 3 zwischen 30 und $40\,^{\rm o}/_{\rm o}$.

Die Steigerung wurde hervorgerufen hauptsächlich durch vermehrte Außgaben für Lehrer und durch Schulhausbauten. Aber es ist zu berücksichtigen, daß in dem betreffenden Zeitraum die Lehrergehälter eine allgemeine Ershöhung erfahren haben, daß also die Zunahme der Personalausgaben jedensfalls nicht in vollem Umfang der Vermehrung der Schülerzahl zuzuschreiben ist. In einer Gemeinde, in der seit 1880 keine Vermehrung der Lehrerzahl und kein Schulhausbau stattgefunden hat, sind die Schulkosten um 65 % gestiegen.

Was die Schulhausbauten betrifft, so sind sie ohne Zweisel nicht durchweg bloß veranlaßt durch die Steigerung der Schülerzahl. Unter den Gemeinden sind welche, die zu Neubauten schreiten mußten, obgleich die Schülerzahl nicht sehr bedeutend gestiegen ist; in einer dieser Gemeinden ist sie sogar zurückgegangen. Die Anschauungen über die Erfordernisse, denen ein Schulhaus zu genügen hat, sind eben in den letzten 25 Jahren doch ziemlich andere geworden, und es ist daher schwer, aus der bloßen Tatsache,

daß in diesem Zeitraume in fast allen in Betracht gezogenen Gemeinden Neubauten hergestellt worden find, zuverläffige ziffernmäßige Feststellungen zu machen über den nachteiligen Einfluß des Wachstums der Industrie in ben benachbarten Städten auf die Schullaften ber einzelnen Wohngemeinde. Bu bemerken ist auch, daß die Zunahme der Schülerzahl nicht durchweg gleichen Schritt gehalten hat mit der der Einwohnerzahl, in 6 von den 13 Gemeinden vielmehr nicht unwesentlich kleiner ift als die der letteren. Smmerhin ware es angesichts der Tatsache, daß in einer Reihe von Gemeinden die schulpflichtigen Kinder von auswärts arbeitenden Eltern über die Sälfte ber Schülerzahl ausmachen, daß in fast sämtlichen Gemeinden von 1880 bis 1903 eine Vermehrung der Lehrkräfte stattfinden mußte und daß lettere in einer Gemeinde 100 % (3 auf 6), in zwei anderen 150 % (6 auf 15) und in einer 167% (3 auf 8) betrug, verfehlt, sich der Erkenntnis zu verschließen, daß in der Tat jenen Gemeinden ihre Gigenschaft als Arbeiterwohngemeinden eine erhebliche Erschwerung ber Schullaften gebracht, in einigen bavon zu wirklichen Mikständen auf Diesem Gebiet geführt hat. Namentlich Altenstadt bei Beislingen, Zuffenhaufen bei Stuttgart, Böckingen bei Heilbronn und einige Gemeinden um Göppingen leiden entschieden darunter; Zuffenhausen hatte zeitweilig Schulklassen von 120—150 Schülern, während 1899 im Landes= durchschnitt auf eine Volksschulklasse nur 60 Schüler kamen. Aber in steigendem Mage ift ber Staat beftrebt, hier ausgleichend zu wirken und ben Gemeinden burch Staatsbeiträge zu den Schulkoften Unterftützung angebeihen zu laffen. Bei alldem ist nicht zu vergessen, daß, wie oben erwähnt, die allgemeinen Besteuerungsverhältnisse in der Mehrzahl der Gemeinden nicht außergewöhnlich schlimm find und daß die Betriebsgemeinden den Wohn= gemeinden auch nicht zu unterschätzende Vorteile gewähren in erster Linie dadurch, daß die Einwohner der letteren Gelegenheit haben, ihre Arbeits= fraft nutbringend zu verwenden. Daß die auswärts Arbeitenden nicht nur Auzügler find, geht baraus hervor, daß im Sahre 1895 die Zahl ber Ortsgebürtigen in 7 von den 13 Gemeinden den Landesdurchschnitt von 66 % überschritt (in 6 über 70 %, in 3 über 60 %, in 3 über 50 %, in einer 49 %). Wenn man demgegenüber einwendet, daß durch den Zug zur Fabrik ber Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte entzogen werden, so mag dieser Einwand seine große Bedeutung haben für andere Gegenden. die Nachbarschaftsgemeinden der württembergischen Industriestädte fällt er nicht allzu schwer ins Gewicht. In fämtlichen 13 Gemeinden übertrifft die Bahl der Betriebe unter 2 ha, in benen die Arbeit des Unternehmers und feiner Familie die Sauptrolle fpielt, die der mittleren und größeren Betriebe zusammen ganz entschieden. Nur in einer der Gemeinden befand sich 1895

ein mehr als 50 ha umfassender Betrieb. Sechs der Gemeinden hatten keinen Betrieb mit mehr als 10 ha.

Daß bei solchen Grundbesitverhältnissen die Nähe der Industriestadt von einem großen Teil der landwirtschafttreibenden Bevölkerung der Wohnsemeinden nicht nachteilig empfunden werden kann, daß sie vielmehr einen ganz wesentlichen Vorteil für die Gemeinde bedeutet, ist klar. Dazu kommt als weiterer Vorteil die mit dem Wachstum der Wohngemeinden zusammenhängende Wertsteigerung der Grundstücke. In einer in der Nähe (aber nicht unmittelbar) von Stuttgart gelegenen Arbeiterwohngemeinde (Votnang) sind von 1899—1903 die Grunds und Bodenpreise um 57% gestiegen, während natürlich die Ertragskataster geblieben sind. Es kommt diese Wertsteigerung gerade den Hauptsteuerzahlern, den Grundsbesitzern zugute und dietet ihnen so ein gewisses Äquivalent gegen das Answachsen der Steuerlast.

Wenn man außerbem die Vorteile berücksichtigt, welche die Nachbarschaft ber Stadt bezüglich des Absayes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der erleichterten Kaufgelegenheit für Bedarfsgegenstände aller Art, der Möglichseit der Benutzung der Vildungsmittel der Stadt für die Wohngemeinden mit sich dringt und damit die von letzteren beklagten Lasten vergleicht, so ist man wohl zu dem Schluß berechtigt, daß von einer wirklichen Kalamität auf fraglichem Gediete in Württemberg, die jetzt wenigstens, im allgemeinen nicht die Rede sein kann.

Hetriebs= zu ben Arbeiterwohngemeinden normierender Bestimmungen.

Es hat zwar nicht an Bersuchen gefehlt, solche Bestimmungen zu formulieren und zu erlassen, aber sie haben bis jett noch keinen Ersolg gehabt. Bei der Aufstellung des Entwurfs für das neue Gemeindesteuergeset wurde die Frage, ob die Betriedsgemeinden den Arbeiterwohngemeinden Buschüsse zu leisten haben, erwogen, von der Regierung aber "schon wegen der Schwierigkeit der Ausführung" verneint. Der Berichterstatter der Steuerstommission der Kammer der Standesherren nahm den Gedanken wieder auf und beantragte die Aufnahme eines dem § 53 des preußischen Kommunalabgabengesetzs fast wörtlich gleichlautenden Paragraphen in das Gemeindesteuergesetz. Der Minister des Innern versehlte nicht, seinen Bedenken dagegen Ausdruck zu geben. Er wies darauf hin, daß die Bestimmung auf die Verhältnisse Preußens mit seinen großen Industriezentren zugeschnitten sei, daß die Durchsführung des § 53 auch in Preußen namhaste Schwierigkeiten gemacht habe, daß die Voraussezungen, unter denen die Beitragsleistung eintreten soll und ebenso das Maß dieser Beitragsleistungen so sestimmt seien

und nicht anders bestimmt werden können, so daß dem Verwaltungsrichter eine allzu große, diskretionäre Gewalt eingeräumt sei. Auch die Bestimmung über die Berücksichtigung der Borteile, welche die Wohngemeinden vor der Betriebsgemeinde haben, werde in der Praxis keine geringen Schwierigskeiten verursachen. Trozdem nahm die Kammer der Standesherren den Antrag an. Die Kammer der Abgeordneten dagegen teilte jene Bedenken gegen die Bestimmung, auch nachdem eine Reihe von Arbeiterwohngemeinden um Aufrechterhaltung des Beschlusses der ersten Kammer petitioniert hatte (siehe oben) und lehnte ihre Aufnahme in das Gesetz ab, worauf auch die Kammer der Standesherren den Baragraphen fallen ließ.

Wie bereits erwähnt, begünstigen Staat und Städte die Ausbreitung der Arbeiterschaft. Diese Begünstigung äußert sich bei den einzelnen Städten in verschiedener Weise, teils in Form positiver und aus eigener Initiative entsprungener Maßnahmen der Städte, teils in Form mehr oder weniger intenssiver Unterstützung der von anderer Seite ausgehenden Bestrebungen nach einer Steigerung der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land bzw. nach Berbesserung der Berkehrseinrichtungen. Im Verhältnis der Stadt zu der einzelnen Landgemeinde wird das Hauptinteresse an der Schaffung einer verbesserten Berbindung im allgemeinen stets dei letzterer liegen; anders dagegen, wenn die Interessen der Stadt denen einer Vielheit von Landorten gegenübergestellt werden. Die Stadt wird in der Regel nicht annähernd im selben Maße auf die Produzenten und Konsumenten und namentlich die Arbeiter einer speziellen Nachbargemeinde angewiesen sein wie dies umgekehrt der Fall ist, wohl aber ist sie, und zwar unbedingt, auf diesenigen der Gemeinden, z. B. des ganzen Nachbarbezirks angewiesen.

Hiernach richtet sich offenbar im großen ganzen die Berkehrspolitik der württembergischen Mittelstädte im Berhältnis zu den umliegenden Landsgemeinden.

Die Stadt Heilbronn stand an der Spite der Agitation für die Botwartalbahn (Beilstein—Heilbronn) und für eine normalspurige Zabergausbahn (Laufen a. N.—Güglingen), beides Nebenbahnen, die weniger dem Fernverkehr als dem Nachbarschaftsverkehr Heilbronns dienen. Dagegen hat sich die Stadt gegenüber den in jüngster Zeit hervorgetretenen Wünschen der einen beträchtlichen Teil der Heilbronner Arbeiter beherbergenden Dörfer Böckingen und Neckargartach auf Ausdehnung des Heilbronner Straßenbahnenetzes bzw. Herstellung je einer Straßenbahnlinie nach dort, darauf bes schränkt, ihren Einfluß auf die Straßenbahngesellschaft welche die Baus

¹ Nach bem Vertrag ber Stadt mit ber Straßenbahngesellschaft ift lettere verpflichtet, die Bahn in die Rachbarorte weiterzuführen, wenn der Gemeinderat es

G. Springer.

ausführung davon abhängig macht, daß ihr die beteiligten Gemeinden für die Kapitalanlage Sicherheit leiften und ein Zinserträgnis von 5% garantieren, zugunften jener Bünsche geltend zu machen. Un den Kosten wird sich die Stadt wenn überhaupt, so nur zu einem geringen Betrag beteiligen. Ebenso wurde seitens der Stadt verfahren, als vor einigen Jahren die Gemeinde Sontheim die Herschung einer Straßenbahnlinie durch die Heilsbronner Straßenbahngesellschaft veranlaßte.

Auch verschiedene andere Städte haben es nicht an Bemühungen fehlen laffen, ben Verkehr mit ben umliegenden Landgemeinden zu beleben und für ihre Industrie einen fräftigen Arbeiterstamm, einen fortbauernden, gesicherten Bufluß von Arbeitsfräften aus ben Landorten zu gewinnen. Namentlich ber lettere Gesichtspunkt leitete Göppingen und Gmund bei ihren bisher vergeblichen, nunmehr aber ber Berwirklichung entgegengehenden Bersuchen nach einer Berbindungsbahn zwischen beiden Städten, ferner die Stadt Beiden= heim bei ihren ebenfalls fruchtlofen Eingaben um Nebenbahnen nach Often (Nattheim) und Westen (Gerstetten). Mehr Erfolg hatte die Stadt Reutlingen, die nunmehr nach Südwest (Gönningen) und Südost (Münfingen, Schelklingen) zwei Nebenbahnen hat. Die Gemeinde Schwenningen versuchte nach Ablehnung ihres Antrags auf eine birekte Verbindung mit Donaueschingen, die namentlich auch ihren auswärts wohnenden Arbeitern ben Weg zum Arbeitsort zu erleichtern bestimmt mar, im Berein mit Donaueschingen regelmäßige Automobilfahrten zwischen ben beiben Bläten einzurichten. Der Plan zerschlug fich aber. Die Fahrgelegenheit mare jebenfalls von den Arbeitern kaum benutt worden; denn einen Ersat für Die Gifenbahn in der Bemältigung des Arbeiterverkehrs hatte fie der Roften wegen doch niemals bilben können. und so hätte das Automobil das bei fehlender Eisenbahn verbreitetste Arbeiterbeforderungsmittel, das Fahrrad, wohl nicht zu verdrängen vermocht.

Was Stuttgart betrifft, so bleibt bort in dieser Beziehung noch manches zu bessern. Die Stadt ist sowenig wie eine der Mittelstädte Inhaberin irgendwelchen Eisenbahnunternehmens. Der gesamte Nachbarschaftsverkehr vollzieht sich im wesentlichen, ohne daß die Stadt einen entscheidenden Einssluß auf seine Gestaltung hat, ihre besonderen Interessen wirksam zur Geltung bringen kann. Soweit der Staat diesen Verkehr in der Hand hat, besteht wenig Anlaß zur Klage: es wäre nur zu wünschen, daß er noch

verlangt und ein Beburfnis vorliegt. Kann über die Bedurfnisfrage eine Einigung zwischen der Stadtbehörde und der Unternehmerin nicht erzielt werden, so steht der Stadt das Recht zu, die betreffenden Linien selbst zu bauen oder von Dritten bauen oder betreiben zu lassen.

mehr Linien dafür in Betrieb hätte. Diesem Bunsch kommt die geplante Erbauung der linksuserigen Neckarbahn entgegen, die u. a. die Vororte Gaisburg und Bangen der Stadt näherbringen, auch der Stadt die Herstung einer großstädtischen Ansprüchen genügenden Engrosmarkthalle ermöglichen wird. Der in Aussicht genommene Umbau des Stuttgarter Bahnshofs wird ebenfalls nicht nur dem Ferns, sondern auch dem Nahverkehr in hohem Maße förderlich sein.

Im übrigen aber sind die Nachbarschaftsverkehrsverhältnisse Stuttgarts weit bavon entsernt, vollsommen zu sein. Die Stadt bemüht sich zwar nach Kräften um den Ausbau der Straßenbahn nach den Bororten, aber leider nicht mit dem gewünschten Erfolg; erst in jüngster Zeit ist sie in einem Prozeß, den sie mit der Straßenbahngesellschaft hierwegen führte, unterlegen. Ein Bersuch der Stadtverwaltung, der Stadt durch Erwerbung eines größeren Aktienbesitzes Einfluß auf die Gesellschaft, mit der sie auf sehr schlechtem Fuß und in fortgesetzen Rechtsstreitigkeiten steht, zu verschaffen, scheiterte, indem eine dahingehende Borlage wegen des hohen Preises der Aktien abgelehnt wurde.

Ebenfalls in den Händen einer Privatgesellschaft befindet sich die Filderbahn mit ihrem bedeutenden Bersonens, namentlich Arbeiterverkehr¹, einer Bahn, bei der bis vor wenigen Jahren geradezu klägliche Zustände herrschten, teilweise jetzt noch, allerdings wohl nur noch für kurze Zeit, herrschen. Bei dieser Bahn ist die Stadt in die Lage versetzt, ihre Interessen zu vertreten: Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gesellschaft ist ein Stuttsgarter besoldeter Gemeinderat.

Die bereits vollzogenen und bemnächst sich vollziehenden Eingemeindungen legen der Stadt schwere Verpflichtungen nach jener Richtung auf; denn eine organische Verbindung der Stadt mit ihren neuen Vororten ist in erster Linie bedingt durch Beseitigung der Verkehrshindernisse, und früher oder später wird sie sich eben doch entschließen müssen, sich unabhängig zu stellen und selbsthandelnd und eschaffend vorzugehen.

V. Besteuerungs= und Vermögensberhältnisse der Städte.

Über bie Besteuerungs= und Bermögensverhältnisse ber Städte gibt nachstehende Übersicht (S. 40) einigen Aufschluß. Dazu ist zu bemerken, daß in den

¹ Im Jahre 1902 wurden von und nach Stuttgart auf der Bahn 825 914 Persionen beförbert.

	Ge= meinbe= fcaben in %	-	en Ropf	Cuf den Kopf der Bevölferung tommt im Zahr 1903/04 an	ferung k 14 an	ommt tm	3ahr	Grundbeliß	befit	Sebänbe.				Bon	Von 100 Mt. Einnahmen ber
	Staats= fteuer aus Erund,	1	Staatssteuer aus	8	ftaatl. u. förper= fhaftl. Ein= tommensteuer aus	förper= Ein= euer aus				befit Wert	Rapitals besth	Gefamt≤ vermögen	Shulden	шашаю —	oe piteken
	Gebüu- ben u. Ge- werben 1903/04	Ge= werben	Grund, Ge= bäube, Ge= werben	meinde: fcaden	Kapi= talien und Renten	Dienst und Beruf	Ronjum= fteuern	Отове ha	Wert Will. Wif.	min. mt.	304 :	win wt.	mia. vit.	aus Steuern	aus dem Emeindes vermögen
Stuttgart	224	6,47	16,01	23,36	2,6	1,04	6,25	ıż	ca. 11	21	5,4 Miu.	55,32	39,04	44,6	5,35
Ulm	127	5,17	7,47	9,58	4,04	6,4	5,74	2 127	ca. 7	ca. 6	1/2 MiA.	2	5,46	40,7	13,14
Heilbronn.	234	68'9	9,92	23,48	90'2	3,4	4,55	ca. 1400	ca. 4	ca. 5	1,12 Min.	12	7,94	53,1	13,15
Eklingen	202	4,69	7,13	14,65	4,6	အ	3,87	1 032	ca. 2	0,86128	183 000	8,8	3,17	64,5	21
Cannstatt	212	4,00	60'2	15,44	5,5	3,6	3,64	123	1,403	2,286		5,87	4,19	50,5	12,3
Reutlingen	180	5,67	8,27	14,96	7,1	အ	3,79	1120	2,92	1,6	75 000	5,65	3,19	49,8	52,6
Ludwigsburg .	143	3,46	5,53	7,97	6'2	3,5	19'1	57	0,85	1,5.	11 400	3,8	1,35	51	16
Göppingen	205	5,97	8,49	17,52	3,7	2,7	2,02	478	1,88	2,6	30 000	5,5-6	3,15	62	14
Gmünd	151	4,28	6,32	69'63	4,2	2,9	4,05	783	1,91	4,12	34 099	6,03	2,72	45	38,5
Tübingen	182	2,19	4,43	7,95	6'2	5	4,08	550	1,3	8′0	74 000	3,708	2,58	50,7	26,5
Tutklingen	183	4,15	6,21	11,46	ဢ	1,9	1,61	a.	a.	٥.	126 000	ca. 5,8	1,05	56,5	9'01
Ravensburg	255	2,94	5,34	12,05	9	2,9	2,98	370	1	1,34	105 000	ca. 3,5	1,32	52,4	14,5
Heidenheim	185	6,95	8,83	16,44	5,3	4,4	1	1 250	0,4	1,3	223 000	ca. 4	1,09	99	16,61
Schwenn ingen .	285	3,66	5,54	15,84	1,8	1,9	1,9	735	ca. 5	1,2	1	7,1	1,73	9'69	18,3

1 786,45 ha Wasbungen. 2 Der Betrag kann zurzeit aus besonderen Gründen nicht angegeben werden.

meisten Städten noch zum Teil sehr beträchtliche bürgerliche Stiftungen für Armen=, Schul= und ähnliche Zwecke vorhanden sind. In Heilbronn z. B. beträgt das Reinvermögen sämtlicher städtischer Verwaltungen über 9 Mill. Um hat ein Stiftungsvermögen von 4,8, Exlingen 2,8, Reutlingen 2,5, Ludwigsburg 1,05, Gmünd 2,45 Tübingen 0,95, Göppingen 0,25—0,3 Mill., Heibenheim 0,1 Mill.

VI. Entwicklung der Berfaffung der Städte.

Rein theoretisch betrachtet hatten die württembergischen Städte bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein ausgedehntes Selbstverwaltungsrecht, ins sofern ihnen die Verwaltung so ziemlich aller Gediete menschlichen Zusammenslebens, die gemeinhin als Domäne der Gemeindeverwaltung betrachtet werden, durch eigene Organe in der Weise überlassen war, daß sie ausschließlich ein positives Versügungsrecht hatten, daß der Staat sich darauf beschränkte, in einer Reihe von Angelegenheiten Stellung zu den Beschlüssen der Gemeindevertretung zu nehmen, daß er weit mehr bloß ein Aussichtsse dzw. Einspruchsse und Genehmigungsrecht als ein positives Recht auf unmittelbare Verwaltung in Sachen besaß, die an sich als Gemeindeangelegenheiten zu gelten haben; der Kreis der Gegenstände, in denen staatliche Genehmigung der Beschlüsse der Gemeindevertretung eingeholt werden mußte, war zudem nicht groß, eher kleiner als heutzutage.

Dieses Selbstverwaltungsrecht war jedoch, wie angedeutet, eigentlich mehr nur theoretischer Natur. An der Spiße der Stadt stand ein aus Gericht und Rat bestehender Magistrat, dessen Mitglieder vom Gericht aus der Zahl der unbescholtenen, 25 Jahre alten, des Lesens und Schreibens kundigen, mit einem Magistratsmitglied nicht nahe verwandten Bürger auf Lebenszeit gewählt wurden; der Regierung stand ein Bestätigungsrecht nicht zu. Der Schwerpunkt der Berwaltung lag beim Gericht, das aus dem Oberamtmann, einem vom Landesherrn angestellten und besoldeten Staatssbeamten als Vorsitzendem, zwei, jährlich wechselnden, Bürgermeistern, von denen der eine das Rechnungswesen, der andere die Aufsicht über die Grundsstücke und Vorräte der Stadt zu führen hatte, und zehn weiteren Gerichtssverwandten bestand. Der Rat war gedacht als Vertretungsorgan der Bürgerschaft dem Gericht gegenüber. Außerdem sollten bei wichtigen Anslässen besondere Deputierte der Bürgerschaft zu den Magistratsberatungen zugezogen werden.

Bon einer wirklichen Vertretung ber Bürgerschaft gegenüber bem Gericht konnte aber im Ernft nicht gesprochen werden. Das Institut ber Bemeinbedeputierten ftand in weitaus ben meiften Städten nur auf bem Bavier. Der Rat, ebenso wie die Deputierten, mo solche eingeführt maren. wurden vom Gericht bestellt, also eben von bem Draan, bas übermacht werden sollte. Frgend eine gesetliche Klarstellung ihrer Befugnisse dem Gericht gegenüber mar nirgends gegeben. Sie konnten nicht allein zusammentreten und beraten, sondern nur mit dem Gericht gemeinsam tagen. hatten kein Recht, einen Gerichtsbeschluß aufzuheben ober in seiner Wirksam= keit zu hemmen. Es war nicht bestimmt, daß ihnen eine entscheibende Stimme in ber Beratung bes Gerichts zukomme. So mar also in Wirklichfeit bas einzige Berwaltungsorgan, bas Gericht, ein Kollegium, bei beffen Erganzung die gesetlichen Verwandtschaftshindernisse meist ganglich unbeachtet blieben und die breiten Schichten ber Burgerschaft ohne jeden Unteil waren, beffen Mitglieder ihr Umt in der Hauptsache ihren Privat= interessen nutbar zu machen suchten und dies am besten dadurch zu erreichen glaubten, daß fie fich mit dem Borfitenden, dem Oberamtmann, auf guten Ruß stellten, einem, wie gesagt, staatlichen Beamten, ber gwar ein Stimmrecht nur bei Stimmengleichheit befaß, aber namentlich infolge feines Ginfluffes auf die Besetzung sämtlicher Gemeindeamter, wie er ihm durch ben Wahlmodus verbürgt war, tatfächlich fast unbeschränkt dominierte und die Stadt fo aut wie allein regierte.

So stellte sich das Selbstverwaltungsrecht der Städte in der Praxis dar 1. Das nach dem Umsturz der altwürttembergischen Verfassung am Schluß des Jahres 1805 einsetzende absolute Regiment kam den weitverdreiteten Klagen über diese Zustände entgegen und machte dem halb oligarchischen, halb autokratischen System der Gemeindeverwaltung ein Ende, indem es stufenweise die formell noch bestehende Selbstverwaltung der Gemeinden einschränkte, ihnen zuerst die Besugnis der Besetzung der wichtigeren Gemeindesämter, dann auch das Recht der Vildung ihres Vertretungsorgans, des Magistrats, und durch ins einzelne gehende Vorschriften die Freiheit in der Verwaltung des Gemeindevermögens entzog. Der Oberamtmann blieb Vorssitzender des Magistrats, dessendse mitglieder von der Regierung auf Lebensszeit ernannt wurden.

¹ Bgl. Erbvergleich betr. Wieberherstellung der Landesversassung vom 27. Februar 1770, VI Claß § 3 u. 7, ferner Generalrestript vom 17. Juni 1795 und die anonnhme Schrift "Über die Unwirksamkeit und Gebrechen der württembergischen Magistratseversassung", 1797.

Der Regierungswechsel im Jahre 1816 brachte auch hier, wie in fo vielem anderen, einen tiefgreifenden Umschwung. Schon im Juni 1817 wurde die Bestellung eines aus direkten, nicht geheimen Bahlen hervorgehenden Vertretungsorgans der Bürgerschaft dem Magiftrat gegenüber angeordnet. Wahlberechtigt mar jeder volljährige Bürger ohne Rücksicht auf Bermögensbesit und Steuerzahlung; "nur Gantleute, Berschwender und diejenigen, welche wegen eines Verbrechens gerichtlich bestraft ober in einer noch unerledigten Untersuchung begriffen find", waren von der Abstimmung ausgeschloffen. Chenfo liberal mar auch bas paffive Bahlrecht. Die Bahlperiode betrug 2 Jahre. Die "Gemeindedeputierten" fonnten felbst qu= fammentreten und maren befugt, Antrage beim Magiftrat zu ftellen und, falls fie unberücksichtigt blieben, fich bei ber Gemeindeauffichtsbehörde ju beschweren. Bei wichtigeren Angelegenheiten konnten sie eine Bernehmung ber ganzen Bürgerschaft verlangen. Sie mußten vom Magiftrat über alle wichtigen Vorkommnisse unterrichtet und in einer Reihe von Angelegenheiten gehört werden. Im Fall der Meinungsverschiedenheit war ihnen der Refurs an die Auffichtsbehörde eröffnet. Außerdem ftand ihnen die Brufung ber Gemeinderechnungen, nötigenfalls mit Hilfe eines von der Gemeinde zu honorierenden Sachverftändigen zu.

war hiermit Ein gang bedeutender Schritt vorwärts geschehen, indem der jahrhundertelang zur Paffivität verurteilten Bürgerschaft wieder, wie ehedem, ein Anteil an der Berwaltung der Gemeindeangelegenheiten eröffnet mar. Richt lange behielt es hierbei fein Bewenden. Schon 11/2 Sahre nachher erschienen die Gbifte, betreffend die Organisation ber unteren Staatsverwaltung in ben Departements ber Juftig und bes Innern (31. Dezember 1818), von denen das erste die Gemeindeverfassung betrifft. Die bedeutungsvollste Neuerung, die es brachte, mar die, daß der Gemeinde bas Recht ber Bilbung ihres Borstandes, und zwar in vollfommenerem Maße als zuvor wieder zurückgegeben, die staatliche Ernennung der Magistrats= mitglieder beseitigt und beren Wahl ber Bürgerschaft übertragen murbe. An die Stelle der Oberamtmänner trat im Borfit des Gemeindevorstands, des Stadtrats, ein befonderer, von der Regierung baw. dem Ronige aus brei von der gesamten Bürgerschaft vorgeschlagenen Stadtratsmitgliedern auf Lebenszeit entnommener "Oberbürgermeister" bzw. (in Städten unter 5000 Einwohnern) "Stadtschultheiß". Dem Stadtrat, deffen Mitglieder auf Grund allgemeiner, gleicher, birekter, nicht geheimer Bahl ber Bürgerschaft zunächst auf 2 Sahre und im Fall ber Wiedermahl auf Lebenszeit bestellt wurden, stand der ebenfalls auf Grund allgemeiner, gleicher, direkter, aber geheimer Wahl auf 2 Sahre gewählte Bürgerausschuß gegenüber, beffen

Aufgabe die Königliche Verordnung vom 31. Dezember 1818, mit der die Stifte eingeführt wurden, folgendermaßen umschreibt: "In wichtigeren Fällen wird deinen Widerspruch ein Beschluß des Stadtrats in seiner Wirstung gehemmt, durch seine Zustimmung aber teils dessen Amtsgewalt ersgänzt, teils auch eine Kognition höherer Stellen entbehrlich gemacht."

Die Ebikte wurden, nachdem inzwischen die Verfassung eingeführt worden war, auf dem Landtage von 1820/21 von den Ständen durchberaten. Auf die hierbei gefaßten Beschlüsse, welche eine Reihe von Abänderungswünschen enthielten, erging der Abschied vom 30. Juni 1821, in dem der König verschiedene dieser Anträge genehmigte, namentlich den Kreis der der Rezgierungsgenehmigung unterstehenden Beschlüsse der Gemeindekollegien etwas verkleinerte, anderen aber seine Billigung versagte, so vor allem dem Antrag auf periodische Erneuerung des Gemeinderats, die dann das Gesetz von 1849 brachte, ferner den 1891 verwirklichten Wünschen, den Gemeinden die Wahl der Ortsvorsteher unbeschräften und nur mit Vorbehalt der landesherrlichen Bestätigung zu überlassen und im Falle der Meinungsverschiedenheit zwischen Gemeinderat und Bürgerausschuß die Stimmen beider Kollegien durchzausählen.

So abgeändert wurden die ersten drei Edikte von 1818 am 1. März 1822 als Verwaltungsedikt für die Gemeinden, Oberämter und Stiftungen erlassen, das mit seinen Novellen von 1849 und 1891 noch heute die hauptsächlichste Grundlage des württembergischen Kommunalrechts bildet. Es umfaßt übrigens nicht das ganze Gebiet des Gemeindeversassung und Verwaltungsrechts; es wird vielmehr durch eine Reihe von Spezialgesetzen ergänzt, von denen die wichtigsten sind: das Gesetz von 1853, betreffend die Verhältnisse der zusammengesetzten Gemeinden, von 1877, betreffend die Besteuerungsrechte der Gemeinden, von 1885, betreffend die Gemeindesangehörigkeit, und das Körperschaftsforstgesetzt von 1902.

Das Kommunalsteuergesetz hört am 1. April 1905 auf zu gelten; an diesem Tage tritt das Gesetz, betreffend die Besteuerungsrechte der Gesemeinden und Amtskörperschaften in Kraft. Auch die Tage des Verwaltungssedisks dürften gezählt sein: am 11. Juli 1902 wurde den Ständen der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung übergeben, der auf dem schon mit der Gemeindeverwaltungsnovelle von 1891 beschrittenen Weg der Differenziierung der Versassungssechts und Verwaltungsorganisation der größeren und kleineren Gemeinden fortschreitet und einen weiteren Ausdau des Selbstwerwaltungsrechts der Gemeinden bringen soll. Zurzeit wird der Entwurf in der Kammer der Abgeordneten beraten, es wird aber wohl noch längere Zeit anstehen, dis er Geset wird.

Die gesetlichen Bestimmungen über die Berfassung der Stadt Stuttgart weichen nur in geringfügigen Ginzelheiten von bem für bie anderen Städte gultigen Recht ab, und für die 200 000 Einwohner guhlende Stadt gilt in ihren Grundzügen biefelbe Berfaffung, wie fie für bas Stuttgart bes Jahres 1822 mit feinen 23-24 000 Einwohnern gegolten hat. Im einzelnen ist ja durch das Gesetz von 1849 und hauptsächlich durch das von 1891 manches geändert worden im Sinne der Anpassung des Rechts bes Verwaltungsebifts an die veränderten Verhältnisse der Stadt: aber biefe Underungen find nicht eben zahlreich und fehr einschneibend; bas Geset von 1891 wollte sich, soweit es die größeren Gemeinden betrifft, selbst nur als Borftufe zu einer besonderen Städteordnung betrachtet miffen. Daß ber bestehende Rechtszustand ihren Bedürfnissen nicht entspricht, hat die Stadt bzw. ihre Bertretung wiederholt jum Ausbrud gebracht, fo in ben Jahren 1873 und namentlich 1891 und 1899. Im letztgenannten Jahre bezeichneten die Vorstände der Städte mit über 10000 Einwohnern, an ihrer Spite ber Stadtvorstand von Stuttgart, Die Erlassung einer Städteordnung als eine dringende Notwendigkeit. Der Entwurf einer Gemeinde= ordnung fucht, wie gefagt, biefen Bunfchen nach einer unterschiedlichen Gestaltung bes Rechts ber größeren und kleineren Gemeinden Rechnung zu tragen. Er begegnet aber wenig Gegenliebe seitens ber Städte, namentlich seitens der Sauptstadt, deren Bertretung, entgegen den früheren Beschlüffen, ben übergang zu einer bem preußischen Recht sich nähernden Magiftrats= verfassung sich mit Macht widersett und es für genügend hält, das beftebende Recht in einzelnen Punkten umzugeftalten, namentlich burch Berleihung bes Initiativrechts an ben Burgerausschuß, Bermehrung feiner Mitaliederzahl, Statuierung der Öffentlichkeit seiner Verhandlungen u. a.

Dieser Wandel in den Anschauungen ist bemerkenswert, insbesondere auch beshalb, weil er zeigt, wie überwiegend der Einfluß eines Ortsvorstehers auf die Willensbildung der Stadt sein kann, wie ein mit Geist und Willensfraft ausgestatteter Mann sich Geltung zu verschaffen vermag, und wie einem solchen Stadtvorstand gegenüber die gewählte Vertretung der Bürgerschaft in komplizierten, selbst den wichtigsten Fragen lediglich dazu bestimmt ist, der Ansicht ihrer Vorsitzenden den offiziellen Stempel zu versleihen.

VII. Bürgerrecht.

Die Einwohnerschaft in ben Städten wie auch in den Landgemeinden gliebert fich in Burger und Nichtburger. Württemberg hat in dieser Sinficht eine eigenartige Entwicklung durchgemacht. Nach dem Bürgerrechtsgeset von 1833 und ben früheren Gefeten in ber Sache hatte ber Nichtburger keinerlei Recht auf Teilnahme an den Angelegenheiten der Gemeinde; die Gemeinde mar reine Burgergemeinde. Das Jahr 1849 brach mit diesem Suftem und machte einen bedeutenden Fortschritt hinüber gur Ginmohnergemeinde: das Gefet vom 6. Juli 1849 behielt zwar die Unterscheidung zwischen Bürgern und Nichtbürgern bei, verlieh aber allen Gemeindeeinwohnern, unter ber Boraussetzung ber Gegenseitigkeit sogar ben Nichtwürttembergern, bas aktive und mit einer Einschränkung 1 auch bas paffive Gemeindewahlrecht, falls fie in der Gemeinde wohnten und feit drei dem Wahltermin vorangegangenen Rechnungsjahren aus einem ber Besteuerung ber Gemeinde unterworfenen Bermögen ober Ginkommen Steuer entrichteten. Diese Umbildung der Bürger= in die Ginwohnergemeinde nahm ihren ftetigen Fortgang: das Aufenthalts- und Niederlaffungsrecht sowie das Recht zum Gewerbebetrieb und bas Recht bzw. die Anwartschaft auf Armenunterstützung lösten fich mit dem Eintritt Württembergs in das Reich vom Gemeindeburgerrecht los. Der verfaffungerechtliche Grundfat, bag ber Befit bes Staatsbürgerrechts durch das Gemeindeburgerrecht bedingt fei, mar nach Ansicht der württembergischen gesetzgebenden Faktoren ebenfalls durch Reichsgesetz (1. Juni 1870) beseitigt, die Berbindung des Rechts auf Teilnahme an den Landtagsmahlen mit dem Gemeindebürgerrecht schon durch Landes= gesetz von 1868 gelöft worden. Bom Inhalt bes Gemeindeburgerrechts mar also Stud für Stud abgebröckelt, und welcher Wertschätzung es sich erfreute, geht ichon baraus hervor, daß in verschiedenen Gemeinden, namentlich Städten, die Zahl der Bürger kaum 30 % der Einwohnerzahl auß-Um den durch die vielfachen Durchlöcherungen der Grundfäte des Bürgerrechtsgesetzes entstandenen unklaren und beshalb unbefriedigenden Rechtszuftand zu beffern, ging die Regierung anfangs ber achtziger Sahre daran, eine neue Kodifikation bes Gemeindebürgerrechts zu schaffen. Es boten sich zwei Wege für die Reform: der eine in der Richtung der feitherigen, zur Einwohnergemeinde zielenden Entwicklung, der andere zurud zur Bürgergemeinde unter Ausstattung bes Bürgerrechts mit neuem Gehalt. Der lettere murde gemählt "mit Rudficht auf die im Bolke lebende und be-

¹ Erwerb des Bürgerrechts nach der Wahl.

rechtigte Anhänglichkeit an die Institution des Bürgerrechts" und namentlich auch im Hindlick auf die in zahlreichen (1895) Gemeinden vorhandenen, teilweise nicht unbedeutenden Gemeindenutzungen. Man schreckte einerseits davor zurück, sämtliche Gemeindeeinwohner zur Teilnahme an den Rutzungen zuzulassen, anderseits "besondere abgeschlossene Rutzungsverbände innerhalb der Gemeinden" zu schaffen.

Nach dem Gemeindeangehörigkeitsgesetz von 1885 bildet der Besitz des Gemeindebürgerrechts die Voraussetzung für

- 1. das Recht der Teilnahme an den Wahlen zu den Gemeindeämtern;
- 2. die Berechtigung zur Teilnahme an den perfonlichen Gemeindenutzungen und Bürgerstiftungen;
- 3. den Schutz gegen die landesrechtliche Ausweisung aus der Gemeinde;
- 4. die Pflicht zur Annahme einer Wahl in den Gemeinderat oder Bürgerausschuß, nicht auch zu sonstigen Ehrenämtern.

Das Bürgerrecht wird erworben

- 1. burch Abstammung: eheliche Kinder erwerben mit der Geburt das Bügerrecht ihres Baters, uneheliche das ihrer Mutter. Ihr Bürgerrecht ist bis zur Vollendung ihres 25. Lebensjahres akzessorisch, sie nehmen bis dashin am Bürgerrechtserwerb und sverlust des Vaters bezw., wenn er gestorben ist oder im Fall unehelicher Geburt, der Mutter teil;
 - 2. durch Legitimation;
- 3. durch Verehelichung: die Ehefrau teilt vom Zeitpunkt der Eheschließung an das Bürgerrecht ihres Shemannes. Wird die She durch den Tod des Shemannes oder durch rechtskräftiges Urteil gelöft, oder wird die Shefrau vom Shemann böslich verlassen, so gelangt die Frau in den selbständigen Besitz des Bürgerrechts, das der Shemann zur Zeit der Lösung der She dzw. der böslichen Verlassung besessen hat;
- 4. durch Anstellung als Ortsvorsteher. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß auch noch andere Gemeindebeamte und Bedienstete, sosern sie die württembergische Staatsangehörigkeit besitzen, durch ihre Anstellung das Bürgerrecht erwerben;
- 5. burch Erteilung seitens bes Gemeinberats auf Ansuchen. Boraussetzung für die Erteilung ist, daß der oder die Nachsuchende das württembergische Staatsbürgerrecht besitzt, 25 Jahre alt ist und irgend eine Steuer aus einem der Besteuerung der Gemeinde unterworfenen Vermögen oder Ginskommen entrichtet, bzw. wenn eine folche Steuer gefordert würde, was ja in einzelnen kleinen Gemeinden nicht der Fall ist, zu entrichten hätte; endlich daß bei den Gesuchstellern nicht einer der Umstände vorliegt, wegen derer

ber Ausschluß vom Wahlrecht eintritt (siehe unten). Der Mangel eines Wohnsites in der Gemeinde ist kein Hindernis für die Erteilung des Bürger-Ein Rechtsanspruch auf Erteilung bes Bürgerrechts und ein Beschwerberecht gegen die Verfagung besteht, wenn nur diese Voraussetzungen zutreffen, nicht, die Entscheidung bes Gemeinderats ist vielmehr endgültig. Dagegen muß ber Gemeinderat das Bürgerrecht folden Bersonen auf ihr Anfuchen erteilen, die jenen Erfordernissen genügen, keinen Aufenthalts= beschränkungen im Sinne des § 39 St. G.B. und des § 3 Abs. 1 des Freizügigkeitsgesetzes unterworfen werden können und außerdem entweder seit minbestens brei Jahren in ber Gemeinde selbständig auf eigene Rechnung leben und irgend eine Steuer außer der Wohnsteuer bezahlt oder in der Gemeinde zu Beginn bes zulett vorangegangenen Rechnungsjahres ihren Wohnsit gehabt, felbständig auf eigne Rechnung gelebt und beshalb Wohnsteuer, sowie an Staats=, Amtskörperschafts= und Gemeinbesteuern aus Grundeigentum, Gebäuden und Gewerben für jenes Rechnungsjahr insgefamt 50 Mf. entrichtet haben, ein Betrag, der durch Ortsstatut bis auf 25 Mf. ermäßigt und bis auf 100 Mf. erhöht werben kann. Es können also auch auswärts Wohnende einen Unspruch auf Erteilung des Burgerrechts besitzen.

Zwangsweise Aufnahme in den Gemeindebürgerverband ist nicht zusläffig; doch sollen, so schreibt die Bollzugsverfügung vor, diejenigen, bei denen die Boraussetzungen für den Bürgerrechtserwerb zutreffen, alljährlich mittelst ortsüblicher Bekanntmachung aufgefordert werden, sich das Bürgererecht erteilen zu lassen.

Bur Entscheidung von Streitigkeiten über bas Bestehen eines Unspruchs auf Bürgerrechtserwerbung sind bie Berwaltungsgerichte zuständig.

Der weitaus häufigste Fall ber Bürgerrechtserteilung ist ber nach breisjährigem Aufenthalt bes Gesuchstellers. Die gesetzliche Bügerannahmegebühr beträgt hier 10 Mf., es ist aber ben Gemeinden offen gelassen, sie auf 5 Mf. zu ermäßigen, was in sämtlichen Städten außer Tuttlingen und Schwenningen geschehen ist. Die Bemühungen ber Arbeiterschaft um Herabstehung ber Gebühr sind in diesen beiden Fabrikstädten bisher erfolglos gesblieben. In den übrigen Fällen der Bürgerrechtserteilung ist eine ortsestautarisch festzusehende Gebühr von 10—50 Mf. zu entrichten. (Ugl. die Tabelle S. 49.)

Der Besit des Bürgerrechts bilbet, wie erwähnt, auch eine Boraussetzung für die Teilnahme an den Gemeindenutzungen, aber nicht die einzige.
Der Eintritt in den Kreis der hierzu Berechtigten ist nur den männlichen,
25 Jahre alten, im Gemeindebezirkt wohnenden, selbständig auf eigene Rechnung lebenden Bürgern gestattet, die entweder von einem nutungsberechtigten

Bürger abstammen ober bas ortsstatutarisch bestimmte Einstandsgelb bezahlt haben. Auch zum Genuß von Bürgerstiftungen sind nur diejenigen Bürger berechtigt, die, wenn das Ortsstatut dies vorschreibt, ein Einstandsgelb bis zu 100 Mk. entrichten. Außer den Nichtbürgern und Bürgern besteht also noch eine dritte Gruppe von Gemeindeeinwohnern in Gemeinden, in denen Bürgernutzungen gewährt werden 1, die der Nutzungsbürger und, wenn man will, noch eine vierte, die der stiftungsberechtigten Bürger.

Stadt	bei Recht nach	ür Bürgeri Sanfpruch vor ufenthalt	ohne Rechts- anspruch	Höhe bes ben Rechts- auspruch auf Bürger- rechtserteilung ver- leihenden Steuerbetrags
	Mf.	Mť.	Mt.	Mt.
Stuttgart	5	40	40	50
Ulm	5555555555555	40	40	50
Heilbronn	5	50	50	50
Eglingen	5	20	20	25
Cannstatt	5	10	15	25
Reutlingen	5	20	20	50
Ludwig&burg	5	10	10	50
Göppingen	5	20	20	50
&münd	5	30	30	50
Tübingen		40	40	50
Tuttlingen	10	30	30	30
Ravensburg	5 5	50	50	50
Beidenheim		30	30	50
Schwenningen	10	20	20	50

Wer im selbständigen Besitz bes Bürgerrechts sich befindet, wird in die Bürgerliste eingetragen, die in eine Abteilung für Anfässige und eine für Auswärtige zerfällt.

Das Gemeindebürgerrecht erlischt:

- 1. Mit bem Berluft ber murttembergischen Staatsangehörigkeit.
- 2. Durch Verzicht; ein folcher kann erst nach zurückgelegtem 25. Lebenssiahre und mit sosortiger Wirkung nur von benjenigen Bürgern erklärt werben, die außerhalb des Gemeindebezirks wohnen. Die Berzichterklärung der innerhalb der Gemeinde Wohnenden tritt erst nach Ablauf eines Jahres und nur dann in Kraft, wenn die etwa dagegen erhobenen Einsprachen des Gemeinderats oder Oberamts beseitigt werden konnten. Solange der Berzichtende auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung ein Gemeindeamt beskleibet, bleibt der Verzicht jedenfalls unwirksam.

¹ Bürgernutungen werden 3. B. gewährt in Heilbronn und Schwenningen. Schriften CXX. — Zweites Heft.

3. Durch (einmalige) Nichtbezahlung der sogenannten Rekognitionssgebühr, einer Gebühr von 4 Mk. (Männer) bzw. 2 Mk. (Frauen), die jeder über 25 Jahre alte, außerhalb der Gemeinde wohnende Bürger jährslich bezahlen muß. Wenn übrigens der Ausenthaltsort des betreffenden Bürgers der Gemeindebehörde bekannt ist, so ist der Verlust durch vorherige einmalige Mahnung bedingt.

Das Gesetz scheint es mit bieser, ben Grundsätzen der Bürgergemeinde wenig entsprechenden Borschrift geradezu darauf abgesehen zu haben, den Wegziehenden so rasch als möglich aus seinen Beziehungen zur Heimatameninde loszulösen.

- 4. Durch ben Erwerb bes Bürgerrechts in einer anderen württemsbergischen Gemeinde, sofern nicht das bisherige Bürgerrecht innerhalb der auf den Erwerd des neuen Bürgerrechts folgenden 3 Monate durch aussbrücklichen Vorbehalt gewahrt wird.
- 5. Bei Frauen durch Berehelichung mit einem Bürger einer anderen Gemeinde oder mit einem Nichtgemeindebürger.
 - 6. Durch Legitimation.

Die Gründe, welche geltend gemacht werden für das Abweichen von dem seitherigen Grundsat, allen steuerzahlenden Einwohnern, Württembergern und Nichtwürttembergern, falls sie seit mindestens 3 Jahren in der Gemeinde wohnten, das Gemeindewahlrecht einzuräumen, sind nicht besonders einleuchtend. Daß "die Anhänglichseit an die Institution des Bürgerrechts" weniger der Institution als solcher als vielmehr ihrem Inhalt gilt, beweist das Verhältnis der Zahl der Bürger zu der der Nichtbürger vor 1885. Ist dies aber der Fall, so wird dieser "Anhänglichseit" nicht zunahegetreten, wenn jener Inhalt ershalten und verallgemeinert wird, was wohl möglich ist, da er sich, anders als der des Staatsbürgerrechts, heutzutage erschöpft in einigen wenigen positiven, öffentlich rechtlichen Besugnissen. Und was die Scheu vor der Schaffung besonderer abgeschlossener Verbände der zur Teilnahme an den Gemeindenutzungen Berechtigten betrifft, so bestehen solche Verbände ja auch nach dem Geset von 1885.

Das Gemeinbeangehörigkeitsgesetz bebeutet gegenüber bem bis 1885 in Geltung gestandenen Recht einen entschiedenen Rückschritt. Es wurde das durch allerdings die Möglichkeit der Erlangung des Wahlrechts insofern erweitert, als der Gemeinderat das Recht erhielt, alle bisher erst nach dreisjährigem Aufenthalt Wahlberechtigten auf ihr Ansuchen sosort nach ihrem Anzug in der Gemeinde zu Bürgern zu machen und ihnen damit das Wahlsrecht zu verleihen und indem solche Personen, die im Gemeindebezirk Grundseigentum oder Gebäude besitzen oder ein Gewerbe betreiben und daraus eine

gewisse Steuersumme entrichtet haben, schon 1 Sahr nach ihrem Anzug zum Bürgerrechtserwerb zugelaffen murben. Aber indem man biefe Erleichterung mit Bedingungen umgab, benen ber Unbemittelte fich nicht wohl unterwerfen wird und die auch dem Wohlhabenderen den Wert der früheren Erlangung bes Bürgerrechts zu überfteigen scheinen, machte man fie illusorisch und belud sich gleichzeitig mit dem Odium, auf indirektem Wege den mohlhabenderen Klassen ein Brivilegium in Gemeindewahlsachen verschaffen zu wollen. Der tatfächliche Buftand ift ber, bag in weitaus ben meiften Fällen das Bürgerrecht Versonen erteilt wird, die seit mehr als 3 Jahren im Gemeindebezirk wohnen, daß also jene Erweiterung ber Zulaffung zum Bürgerrecht praktisch so gut wie bedeutungslos ist 1. Neben dieser Erweiterung hat nun aber bas Gefet infofern eine Ginfchränkung gebracht, als es den Erwerb des Burgerrechts und damit des Wahlrechts auch für die mehr als 3 Jahre Anfässigen an Förmlichkeiten und Kosten knüpfte, benen fich die nach altem Necht Wahlberechtigten nicht ausgesetzt faben und die mancher auf sich zu nehmen scheut. Es ist nicht leicht einzusehen, marum in einer Zeit, ba ber Anteil ber Ortsgebürtigen, ber Alteingeseffenen an ber Gesamtbevölkerung in ben Städten ftetig jurudgeht, ben Bugemanberten, bie in 10 von den 14 Städten die Mehrzahl der Einwohnerschaft ausmachen, ber Zugang zur Anteilnahme an ben Gemeindeangelegenheiten berart erschwert wird, wenn man nicht annehmen will, daß man bei Erlaffung bes Gesetzes die breiteren Schichten ber Bevölferung von ben Gemeindewahlen nach Möglichkeit fernzuhalten beabsichtigte. Bon diesem letteren Gesichtspunkt mare bie Rechtsänderung verständlich, aber er scheint nach ben Außerungen bes Ministers bei Beratung bes Gesetzes die Regierung nicht geleitet zu haben. Was insbesondere die Burgerannahmegebuhr betrifft, fo ift dem vielgehörten Argument, daß wer fie nicht aufwenden wolle, damit beweise, daß er die mit dem Burgerrecht verknüpften Befugnisse gering achte und feine Intereffelofigkeit an den Angelegenheiten der Gemeinde bekunde, schlechterbings keine Berechtigung zuzuerkennen. Abgefehen von anderem muß betont werben, daß es, wenn man nur folchen Personen Anteil an der Gemeindeverwaltung einräumen wollte, die ihr Interesse daran durch Bahlung einer bestimmten Gebühr erweisen, nur konfequent mare, auch ben Abkömmlingen von Bürgern einen folden Beweiß abzuverlangen; benn die

¹ In Stuttgart 3. B. waren im Jahre 1901 von 991 Bürgerrechtserwerbern 989, die auf Grund mindestens dreijährigen Aufenthalts Anspruch auf Erteilung hatten; in Tuttlingen ist seit 1885 nur ein Fall vorgekommen, wo das Bürgerrecht nicht auf Grund dreijährigen Aufenthalts erteilt wurde; in Heidenheim sind nur zwei derartige Källe bekannt.

Bermutung eines angestammten höheren Interesses bei biesen Personen als bei ben Zugewanderten ist kaum haltbar.

Interessant ist, mas die Motive zu diesem Bunkt sagen: "Der Erwerb bes neuen Bürgerrechts kann prinzipiell mit keinen Lasten verbunden werden, wenn das Wahlrecht den unbemittelten Rlaffen, welches der Art. 3 bes Gefetes vom 6. Juli 1849 geschaffen hat, ungeschmälert gelaffen merden mill." Tropbem wird die Erhebung von Gebühren, wenn auch geringer 1, vorgeschrieben. Sie follen ein Erfat für die Mühemaltung ber Behörben sein. Dies mutet einen eigentumlich an, wenn man bebenkt, daß einerfeits eine rege allgemeine Anteilnahme ber Einwohnerschaft an ben Gemeindeangelegenheiten im öffentlichen Interesse gelegen ift, mas auch ber Entwurf anerkannte, indem er die zwangsweise Erteilung bes Bürgerrechts vorsah, und anderseits, daß ein weit höheres Mag von Inanspruchnahme ber Behörden im klaffischen Land ber Beschwerde gebührenfrei ift, und zwar auch in Fällen, wo nicht das geringste öffentliche Interesse im Spiel steht. Ebensowenig wie hierdurch ift die Gebührenerhebung durch die Rücksicht auf die Gemeindefinanzen gerechtfertigt, da ihr Betrag im Verhältnis zu ben Gesamteinnahmen ber Gemeinden verschwindend ift. Hier nur die Zahlen der 6 größten Städte: Nach den Etats für 1903/04 belief er sich in Stuttgart auf 4500 Mk., in Ulm auf 800 Mk., in Seilbronn auf 500 Mf., in Cannstatt auf 400 Mf., in Eglingen und Reutlingen auf nur 200 Mf.

Man kann sich unter diesen Umständen des Eindrucks nicht erwehren, daß ein gutes Stück Pedanterie in dem Gesetz steckt und dies auch dann, wenn man beim Gesetzgeber die Absicht der Berkümmerung des Wahlrechts der unteren Klassen annimmt, denn die Erschwerungen, die das Gesetz hierin geschaffen hat, waren nicht bedeutend genug, um besonders tiefgehende Wirstungen nach dieser Richtung hervorzubringen. Namentlich die Anhänger der Sozialdemokratie, denen die Vorschriften vornehmlich zu gelten den Anschein haben, lassen sich, unterstützt von ihrer Parteikasse, dadurch meist nicht abhalten, durch den Erwerd des Bürgerrechts sich dzw. ihrer Partei Einfluß auf die Gemeindeangelegenheiten zu verschaffen, und wenn die Sozialdemokratie in den städtischen Kollegien nicht mehr Vertreter hat als tatsächlich der Fall ist (siehe unten), so ist dies sicherlich weniger eine Folge der mit dem Bürgerrechtserwerb verknüpften Umständlichkeiten und Auslagen als der Forderung einer gewissen Dauer des Ausenthalts in der Gemeinde, auf die ja nicht wohl verzichtet werden kann.

¹ Die vom Entwurf vorgesehenen Gebühren waren niedriger als die des Gesetzes.

Der bestehende Rechtszustand auf diesem Gebiet ist also nicht sehr befriedigend. Er wird durch die in Gang befindliche Reform der Gemeindeversassung nicht wesentlich berührt werden.

Was das Verhältnis der Jahl der Bürger zu der Gesamteinwohnerzahl betrifft, so ergibt sich 1 aus der Gegenüberstellung der Jahl der Reichstags= wähler zu der der Gemeindewähler, daß es sich in den Städten zwischen 10 und $20\,000$ Einw. ungefähr zwischen $40\,^0/_{\rm o}$ (Ludwigsburg) und $61\,^0/_{\rm o}$ (Tuttlingen), in den Städten zwischen 20 und $50\,000$ Einw. zwischen 37,9 (Ulm) und $55\,^0/_{\rm o}$ (Reutlingen und Eßlingen) bewegt. In Stuttgart kommen auf 1000 Reichstagswähler 418, in 7 von den 14 Städten weniger als 500 Gemeindewähler.

VIII. Gemeinsames über Gemeinderat und Bürger= ausschuß.

1. Einleitung.

Das württembergische Gemeindeverfassungsrecht hat mit bem französischen Recht die fast vollkommene Gleichstellung ber Städte und Landgemeinden gemein. Im übrigen fteht es auf bem Boben bes Syftems ber Magiftrats= verfassung; benn es hat einen kollegialisch organisierten, periodisch gewählten Gemeindevorstand, den Gemeinderat, dem ein zweites gewähltes Rollegium, der Bürgerausschuß, als Kontrollorgan gegenübersteht. Diese Magistrats= verfassung weist aber verschiebene, bem württembergischen Recht eigentümliche Merkmale auf, vor allem die Lebenslänglichkeit des Ortsvorstehers und die periodische birekte Dahl bes Gemeinderats, die Bestellung bes Gemeinde= vorstands und der zu seiner Kontrolle berufenen Vertretung der Bürgerschaft durch benfelben Wählerfreis auf Grund genau besselben Wahlrechts. Berfassung trägt unverkennbare Spuren einer nicht ganz organischen Umbildung an fich. Solange die Gemeinderatsmitglieder auf Lebenszeit gewählt wurden, mas bis 1849 ber Fall mar, fügte fich bie Lebenslänglichkeit feines Borsigenden, des Ortsvorstehers, und das Borhandensein einer besonderen "Bertretung ber Bürgerschaft gegenüber bem Gemeinderat", bem Syftem vollkommen ein. Mit Ginführung des neuen Modus der Bestellung des Gemeinderats aber erlitt diese Folgerichtigkeit einen empfindlichen Stoß.

Die Abschaffung ber Lebenslänglichkeit der Mitglieder des Gemeinde=

¹ Genaue Zahlen fehlen.

rats bei Belassung ber Lebenslänglichkeit des Amts des Vorsitzenden mußte naturgemäß den Einfluß des letzteren wesentlich stärken, dementsprechend die Stellung des Gemeinderats als des eigentlichen Verwaltungskörpers erschüttern und sie der einer Schranke für die Willensbetätigung des Ortsvorstehers, der eines Kontrollorgans für ihn, nähern. Dieser Funktion des Gemeinderats war natürlich die direkte Wahl in hohem Grade förderlich und ansgemessen, aber die Bestellung eines besonderen Bürgerausschusses als Kontrollsorgan für den Gemeinderat war dieser veränderten Sachlage nicht mehr recht angepaßt.

Die Gemeindereform bringt hierin eine tiefgreifende Anderung, indem fie die Lebenslänglichkeit bes Ortsvorsteheramts, die viel Selbstherrlichkeit und Gewalttätigkeit, aber auch viel Sachkunde und Festigkeit in die Gemeindeverwaltung hineingetragen hat, aufheben wird.

2. Aktives und passives Wahlrecht.

Nach Art. 12 bes Gemeindeangehörigkeitsgesetzes von 1885 steht, vorbehältlich der Bestimmung des § 31 St.G.B., das Recht der aktiven und passiven Teilnahme an den Wahlen zum Gemeinderat und Bürgerausschuß denjenigen männlichen Bürgern zu, die im Gemeindebezirk wohnen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und daselbst Steuern aus einem der Besteuerung dieser Gemeinde unterworfenen Vermögen oder Einkommen oder wenigstens Wohnsteuer entrichten oder, wenn sie gesordert würden, zu entsrichten hätten.

Das aktive und paffive Wahlrecht ift entzogen benjenigen Bürgern:

- 1. welche unter Vormundschaft stehen;
- 2. welchen die bürgerlichen Ehrenrechte ober die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ümter aberkannt worden ist (§§ 32—36 St.G.B.), während der Dauer des Berlusts dieser Rechte;
- 3. gegen welche wegen eines Verbrechens ober Vergehens das Hauptverfahren eröffnet ist, wenn nach Entscheidung der Strafkammer des Landgerichts als wahrscheinlich anzunehmen ist, daß die Verurteilung die Entziehung der Wahl- und der Wählbarkeitsrechte zur Folge haben werbe;
- 4. über beren Bermögen bas Konkursverfahren eröffnet ist, während ber Dauer bes Verfahrens;
- 5. welche ben Fall eines vorübergehenden Unglücks ausgenommen eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im laufenden

¹ Die Bohnsteuer ist eine Kopfsteuer, die jeder im Gemeindebezirk wohnende und selbständig auf eigene Rechnung lebende Einwohner zu bezahlen hat.

ober letztvergangenen Rechnungsjahr bezogen und diese zur Zeit der Wahl nicht wieder erstattet haben;

- 6. welche, obwohl sie mindestens 4 Wochen vorher speziell gemahnt wurden, mit Bezahlung ihrer Steuern aus einem der letztvergangenen 3 Rechnungsjahre mehr als 9 Monate nach Ablauf des Rechnungsjahrs, in dem sie fällig geworden sind, noch ganz oder teilweise im Rückstand sind und auch keine Stundung dafür erhalten haben, bis zur Vereinigung des Rückstands;
- 7. welche ihrer Verpflichtung zur Annahme einer auf sie gefallenen Wahl in den Gemeinderat oder Bürgerausschuß und zur Ausübung dieses Amts trot wiederholter Aufforderung und Bestrafung nicht nachgekommen und deshalb ihrer Wahl- und Wählbarkeitsrechte vom Gemeinderat zeitweise verlustig erklärt worden sind.
- 8. Bei ben Wahlen zum Bürgerausschuß ruht ferner bas passive Wahlrecht ber Gemeinberatsmitglieber und ber auf Lebenszeit ober auf einen fe stbestimmten Zeitraum angestellten Gemeinbebeamten.

Das Gemeindemahlrecht ift hiernach fehr liberal; benn es ist einfach je der unbescholtene, selbständig auf eigene Rechnung lebende Bürger ohne Rücksicht auf sein Vermögen mahlberechtigt. Es wird ja allerdings burch bie Vorschriften über ben Burgerrechtserwerb einigermaßen eingeschränkt, aber, wie ermähnt, find diefe Ginschränfungen nicht befonders schwerwiegender Natur. Bu gunften bes Besites gelten nur wenige Bestimmungen. Einmal ift ben Wohlhabenberen ber Bürgerrechtserwerb erleichtert, weiterhin find ben in ber Gemeinde Wohnenden biejenigen Burger gleichgestellt, Die mit Staatssteuer aus Grundeigentum Gebäuden ober Gemerben im Mindest= betrag von 25 Mf. veranlagt find und endlich - es barf hiervon wohl in biefem Busammenhang gesprochen werden — ift benjenigen Gemeindesteuer= pflichtigen, die ein Viertel ber gefamten, auf Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe fallenden Gemeindeumlagen ober mehr zu bezahlen haben, ein gemiffer, nicht unwesentlicher Einfluß bei ber Aufstellung bes Sahresetats eingeräumt. Was die erste Vergünstigung betrifft, so ist schon bemerkt worden, daß sie praktisch wenig bedeutungsvoll ift, die beiden anderen find, wie leicht begreiflich ift, zwar in kleinen, nicht aber in großen Gemeinden von Belang.

3. Die Wahl.

Alljährlich, im Dezember, findet eine Wahl für eines der beiden Kollegien statt, in den ungeraden Jahren die für den Gemeinderat, in den geraden die für den Bürgerausschuß. Der Wahltag ist in jeder Gemeinde

burch Beschluß ber beiben Kollegien bleibend bestimmt, doch mird er natürlich einige Zeit vor der Wahl stets besonders wieder bekanntgegeben. Es ist überall ein Werktag; die Bemühungen der sozialdemokratischen Kollegialmitglieder einzelner Städte, einen arbeitsfreien Tag (Weihnachtsseiertag) zum Wahltag zu machen, haben zu keinem Ergebnis geführt.

Einige Beit vor ber Bahl wird bie Bahlerlifte aufgestellt, mas in ber Beife geschieht, bag bie aus bem Stadtvorftand, bem Obmann bes Burgerausschuffes, dem Stadtpfleger und einem Ratsschreiber bestehende Rommission zusammentritt, auf Grund der Ginwohnermeldelisten nebst den bazu gehörigen Aften die Bürgerliften erganzt, die erforderlichen Erhebungen über bas Borliegen von Tatfachen, die bas Ruhen des Wahlrechts bemirken bzw. bas Wahlrecht ausschließen, nötigenfalls burch Anfragen bei ben in Frage fommenden Behörden anstellt und bann die hiernach als mahlberechtigt Er= mittelten in eine besondere Liste einträgt, und zwar in eine Abteilung derselben Die Anfässigen, in eine zweite die auswärts Wohnenden. Die Wählerlifte muß mindestens 8 Tage vor dem anbergumten Wahltag fertiggestellt sein und bann einige Zeit auf bem Rathaus ober einem anderen geeigneten Lokal zu allgemeiner Ansicht ausgelegt werden. Über Ginsprachen gegen die Wählerlifte entscheidet der Gemeinderat, und zwar jedenfalls vor Schluß der Dahlhandlung. Die Ginsprachefrist endigt frühestens mit bem Schluß bes britten Tages vor der Bahl. Gegen die Entscheidung des Gemeinderats ift weitere Beschwerbe an bas Oberamt zuläffig, Die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Die Verfäumung der Ginsprachefrist hat übrigens für den zu Unrecht in die Lifte nicht Aufgenommenen den Verluft des Wahlrechts für die bebetreffende Wahl nicht unbedingt zur Folge. Er wird vielmehr auch am Wahltag noch zum Beweis zugelaffen, daß er aus offenbarem Verfeben ber Rommission nicht in die Liste aufgenommen worden sei.

Frgendwelche nennenswerten Unstände hat die beschriebene Art der Aufstellung der Wählerliste nirgends zutage gefördert.

Die Wahl erfolgt in allen Städten über 10000 Einwohnern in mehreren Abstimmungsräumen, und zwar entweder so, daß einzelne Wahlsbezirke mit je einem besonderen Wahlraum gebildet werden (so in versschiedenen der großen Städte, namentlich auch in Stuttgart), oder daß der Anfangsbuchstade des Geschlechtsnamens der einzelnen Wähler darüber entsscheidet, wo der Betreffende abstimmt. Für jeden Wahlraum wird eine Wahlkommission gebildet, die aus dem Ortsvorsteher oder seinem Stellsvertreter bzw. einem von ihm zu bestellenden Wahlkommissar (z. B. einem städtischen Beamten) als Vorsitzenden und je einem vom Gemeinderat und Bürgerausschuß aus seiner Mitte gewählten Mitglied besteht.

Die Abstimmung ist geheim, jedoch ohne die Sicherungsmittel bes Wahlkuverts und Folierraums. Auch der Entwurf der Gemeindeordnung sieht letztere nicht vor, dagegen sollen sie nach den Kommissionsbeschlüssen der Kammer der Abgeordneten im neuen Gesetz vorgeschrieben werden, ohne daß übrigens zur Begründung hierfür konkrete Fälle hätten bezeichnet werden können, in denen das bisherige Wahlversahren zu Mißständen geführt hätte.

Die einzelnen Wahlkommissionen öffnen die bei ihnen abgegebenen Stimmzettel, zählen die Stimmen und teilen das Ergebnis berjenigen Wahlskommission mit, in der der Ortsvorsteher oder sein Stellvertreter den Vorsithat, worauf letzterer das endgültige Wahlergebnis ermittelt.

Eine Nachwahl bei ungenügender Wahlbeteiligung wird nicht vorgenommen. Die diesbezügliche Gesetzesvorschrift ist in den größeren Städten durch Ortsstatut außer Kraft gesetzt. Sine Bestätigung der Wahl durch die Staatsbehörde sindet nicht statt. Beschwerden gegen die Gültigkeit der Wahl werden in erster Instanz vom Oberamt, in zweiter und letzter von der Kreisregierung entschieden.

Die Wahl ift eine direkte Listenwahl ohne Stimmenhäufung; es kann also jeder Wähler so viel verschiedene Namen auf feinen Wahlzettel setzen, als es zu Wählende find. Dieses System verdient natürlich bei Städten von der Größe der murttembergischen entschieden den Borzug vor dem ber Wahl von Abgeordneten ber einzelnen Stadtbezirke. Immerhin barf nicht unbeachtet bleiben, daß es felbst eine fehr beträchtliche Minderheit von ber Vertretung in ben Gemeindekollegien vollständig ausschließen kann, was bei Bezirksmahlen nicht in gleichem Mage ber Fall ift. So brachte bei ber letten Gemeinderatsmahl in Göppingen (1903) die Sozialdemofratie keinen Kandidaten durch, obaleich sie die stärkste Bartei baselbst ist und ben 722 unabgeänderten Stimmzetteln ber vereinigten Deutschen (nationalliberalen) Partei und Volkspartei 485 Stimmzettel entgegenstellen konnte; noch bemerkensmerter ift bas Wahlergebnis in Emund, mo fich zwei Wählergruppen geschlossen gegenüberstanden: das Zentrum einerseits und die übrigen Parteien anderfeits. Das Berhältnis ber unabgeanderten Stimmzettel ber beiben Gruppen war 835 : 722, und die Folge war, daß von der zweitgenannten Gruppe nicht ein Bertreter gemählt murbe. — In Bukunft, d. h. wenn ber Gemeinde= ordnungsentwurf Gefet wird, wird in benjenigen Städten, welche die Magistrateverfassung des Entwurfs bekommen, eine folde Majorifierung nam=

 $^{^1}$ Bei den Gemeinderatswahlen 1903 haben in fünf Städten weniger als 50 % der Wähler abgestimmt, und es hätten alsv nach dem Gesetz Nachwahlen stattfinden müssen.

hafter Wählergruppen, die übrigens auch heute nicht gerade die Regel bilbet, nicht mehr möglich sein, da die Einführung des Proportionalwahlspstems vorgesehen ist. — Bei Beratung des Entwurfs wurde die Befürchtung laut, daß dieses System den Einfluß der politischen Parteien auf die Gemeindes wahlen verstärken, die Parteigegensäße in die Gemeindeverwaltung verspslanzen werde; demgegenüber ist jedoch zu bemerken, daß schon jetzt in einer Reihe von Mittelstädten die Gemeindewahlen im wesentlichen von den politischen Parteien gemacht werden. Sigentliche Kommunalparteien mit besonderen Programmen sind noch in keiner dieser Städte hervorgetreten.

Was die Stellungnahme der politischen Parteien zu den Gemeindemahlen betrifft, so pflegen in ben meniasten Städten reine, b. h. nur Barteiangehörige enthaltende Barteimahlzettel aufgestellt zu werden. Das Kompromiß spielt eine außerorbentlich große Rolle, und auch wo feine eigentlichen Wahlbündnisse geschlossen werden, fommen häufig Vertreter ber verschiedensten Richtungen auf ben offiziellen Parteiwahlvorschlag. Darin äußert fich ber aunstige Einfluß ber verschiedenartigen Vereinigungen, die sich neben ben politischen Parteien mit ben Gemeindemahlen beschäftigen. Das Berhältnis ift übrigens meist so, daß diese Bereinigungen Anschluß bei benjenigen politischen Barteien suchen, der die überwiegende Mitgliederzahl angehört, nicht umgefehrt, und in ben wenigsten Stabten nehmen sie eine wirklich bedeutende Stellung bei ben Wahlen ein, aber willfommene Bundesgenoffen find sie den Parteien jedenfalls, und daher werden ihnen unter Umftänden gerne Ronzessionen gemacht. Als solche Bereinigungen sind zu nennen: Bürgervereine (Ulm. Eklingen, Cannstatt, Reutlingen, Smund, Tubingen, Tuttlingen, Beibenheim), ftädtische Bezirksvereine (Ulm, Heilbronn, Cannftatt, Tuttlingen), Sandmerkervereine (Reutlingen), Wirtsvereine (Ulm und Reutlingen), Weingärtner= vereine (Beilbronn, Reutlingen), Güterbefitzervereine (Cannftatt), Konfumvereine (Tuttlingen), evangelische und katholische Arbeitervereine (Heilbronn, Gmund und Ravensburg). Ein Mieterverein hat außerhalb Stuttgarts noch nirgends an ben Wahlen offiziell Anteil genommen. Bemerkenswert ift, wie in Ludwigsburg bie Wahlvorschläge zustande kommen. Vor der Wahl wird eine allgemeine Bürgerversammlung von einem in einer früheren Bersammlung bestellten Vorsitzenden einberufen. In dieser Versammlung fann jeder Anwesende Vorschläge für die Wahl machen. Über diese Vorschläge wird abgestimmt, und doppelt so viel Namen, als Site in ben Gemeindekollegien erlebigt find, kommen nach ber Reihenfolge ber Stimmenzahl, die auf die einzelnen Namensträger fallen, auf den Wahlvorschlag, der dann bekannt gemacht wird, und aus dem die Wahlvorschläge ber einzelnen Varteien zusammengestellt werben.

Bon seiten der lokalen Parteipresse, der Lokalpresse überhaupt, geht in den

Mittelstädten wenig Einfluß auf die Gemeindewahlen und die Gemeindeverwaltung aus. Selbständige Artikel über Gemeindeangelegenheiten sind kaum je irgendwo zu finden; in einer Reihe von Städten sindet nicht einmal eine genaue Berichterstattung über die Verhandlungen der Gemeindekollegien statt, geschweige denn eine kritische Besprechung derselben. In Wahlzeiten beschränkt sich in den meisten Mittelstädten die Lokalpresse darauf, ihren Inseratenteil für Wahlaufruse, und zwar der Regel nach aller Parteien, zu öffnen.

Auch in Stuttgart werden die Gemeindewahlen in der Hauptsache von ben politischen Barteien gemacht. Die parteilosen Gruppen, Die sich damit befaffen, find nicht mächtig genug, um gang felbständig für fich vorzugeben. Immerhin ftellen die vierzehn ftabtifchen Begirts- baw. Burgervereine, ber Mieter- und ber Hausbesitzerverein sehr beachtenswerte Kaktoren bei den Wahlen dar, mit denen die Parteien ernftlich zu rechnen haben. Es finden denn auch regelmäßig vor den Wahlen Unterhandlungen ftatt zwischen den Parteien und jenen Vereinigungen, die dann zur Folge haben, daß reine Barteizettel für die Regel nicht ausgegeben, sondern daß Namen ausgewechselt werden. bie unter Umständen weitgehende Konzessionen ber einzelnen an der Abmachung beteiligten Seiten bedeuten, daß auch Männer gemählt merben, bie auf feine bestimmte Partei eingeschworen find. Über die Stärke ber ein= zelnen Barteien und Bereine ergibt die Bürgerausschußwahl von 1902 einige Unhaltspunkte, ba in jenem Jahre bie Zersplitterung ber Bahler besonders groß mar. Es maren fünfzehn Site zu befeten; babei murben gehn Bahlzettel mit zusammen 38 Kandidaten vorgeschlagen. Unabgeänderte Zettel wurden abgegeben von der Sozialdemofratie 3628, von der Deutschen Partei 1930, Bolkspartei 1016, Konfervative 791, Zentrum 492, Bereinigte dreizehn Bürgervereine 687, Hausbesitzerverein 470, Handwerkervereinigung 340, Mieterverein 170, Karlsvorstadt 32.

Die Bürgervereine haben sich auf kein bestimmtes Programm festgelegt, nehmen vielmehr, wie anderwärts auch, von Fall zu Fall Stellung zu den einzelnen Fragen. Dagegen hat ein Programm insbesondere der Mietersverein, der sahungsgemäß sich mit der "Betätigung der Vereinsinteressen bei der Bauentwicklung der Stadt" befaßt und bei den Gemeindewahlen Stellung nimmt. Er verlangt von der Gemeinde: "1. Festhalten des der Gemeinde gehörigen Grundeigentums und dessen planmäßige Vermehrung und Hingabe desselben in Privathände nur in einer Rechtsform, welche jede Ausbeutung durch Privatspekulation ausschließt; 2. tatkräftige Unterstützung aller wirklich gemeinnützigen Bestrebungen zur Besserung der Wohnungsverhältnisse, insbesondere durch Förderung der Baugenossenschaften." Vom Staat erwartet er: "1. Ausgestaltung der Grunds und Bodensteuer unter schärferer Herans

ziehung des unbebauten Baugrundes; 2. Einführung der Zuwachssteuer, d. h. einer Steuer auf den Wertzuwachs des Baugeländes, welcher ohne Zutun des Eigentümers durch seine Lage und danach durch die Arbeit der Gemeindegenossen entsteht." Dem sehr rührigen Verein ist es bereits geslungen, sich sowohl im Gemeinderat als im Bürgerausschuß eine Vertretung zu verschaffen.

Der Wahlkampf ist meist kurz aber lebhaft. Wirkliche Wahlagitationsversammlungen werden eigentlich nur von der Sozialdemokratie veranstaltet, bei der auch mehr als bei anderen Parteien die Presse in den Dienst der Sache gestellt wird. — Was das Ergebnis der Wahlen, mit anderen Worten die Jusammensetzung der bürgerlichen Kollegien betrifft, so ist bemerkenswert, daß die stärkste Partei der Stadt, die bei den Landtagswahlen über mehr als 50 % der Wähler versügt, im Gemeinderat nicht mehr als 4, im Bürgerausschuß nur 3 (von jetzt an nur noch 2) von 24 bzw. 27 Sitzen hat, und daß die Volkspartei, auf die bei den letzten Landtagswahlen nur 9,46 % der abgegebenen Stimmen gefallen waren, im Gemeinderat 10, im Bürgerausschuß 12 Vertreter hat. Solche Ergebnisse kann das Listenwahlsspstem zeitigen.

4. Wirkungen des Wahlrechts.

Spielen fo bei den Wahlen die Parteigegenfätze auch überall eine große Rolle, so treten fie doch, jedenfalls mas die burgerlichen Parteien betrifft, innerhalb der Gemeindekollegien mehr oder weniger, vielfach vollständig zurück, und eine fraktionsartige Absonderung, Barteibesprechungen vor den einzelnen Abstimmungen, grundfätlich geschloffene Abstimmungen ber Un= gehörigen der einzelnen Parteien kommen eigentlich nur in Stuttgart und auch da nicht regelmäßig vor. Einmal ist die Mitgliederzahl der Rollegien hierfür viel zu gering. Sie beträgt bei beiden Rollegien ein= schließlich ber Vorsitenden in Ulm, Seilbronn, Eglingen, Reutlingen und Göppingen je 19, in Cannstatt, Ludwigsburg, Gmund und Tubingen je 17, in Tuttlingen und Ravensburg je 15, in Beibenheim und Schwenningen je 13. Auch in Stuttgart befinden sich nicht mehr als 27 Mitglieder in jedem der beiden Rollegien. Ein weiterer Grund ift, daß die bürgerlichen Parteien erft in neuester Zeit betaillierte Kommunalprogramme aufzustellen und kommunalpolitische Fragen in ihren Parteiversammlungen zu erörtern beginnen, daß es also ben einzelnen Parteigenoffen in vielen Fragen an einer von ber Partei offiziell vorgezeichneten Marschroute fehlt. In Schwenningen 3. B. stimmten Deutsche Partei und Bolkspartei gegen, in Seilbronn für die Abschaffung des Volksschulgeldes und der Konsumsteuer (Fleischsteuer). In

Schwenningen und Tuttlingen wurde von den bürgerlichen Parteien der Untrag auf Berabfetung ber Bürgerannahmegebühr abgelehnt (fiebe oben), in ben anderen Städten angenommen. Etwas geschloffener treten im allgemeinen die sozialbemokratischen Gemeindevertreter auf, die vor einigen Rahren in verschiedenen Städten ihren Einzug auf das Rathaus gehalten haben. Sie fehlen gegenwärtig nur noch in Ulm, Ludwigsburg, Tübingen und Ravensburg, wo die Partei zu schwach vertreten ist, als daß sie mit Aussicht auf Erfolg in ben Gemeindewahlkampf eintreten könnte 1. Heil= bronn, Eflingen, Cannstatt und Schwenningen haben je 3, Göppingen und Tuttlingen je 2, Reutlingen, Emund und Beidenheim je 1 Sozial= bemofraten im Gemeinderat. Im Bürgerausschuß haben Eglingen, Canftatt und Schwenningen je 2, Reutlingen 1 Sozialdemokraten. Übereinstimmend wird ihnen bas Zeugnis erteilt, baß fie ber Gemeindevertretung fehr aut anstehen, ein Element des Fortschritts darstellen, das häufig äußerst mohltätig wirkt, und daß sie praktisch mitarbeiten an den Gemeindeangelegen= heiten. In Beilbronn 3. B. stimmten fie für die Erhöhung der Gehälter auch ber höheren Beamten, in Göppingen für Erhöhung bes Schulgelbes an ben höheren Schulen, indem fie ihre abweichenden Grundfate praftischen Ermägungen unterordneten.

Die Wirkungen bes Gemeinbewahlrechts auf die foziale Glieberung, die berufliche Zusammensetzung der Gemeindekollegien geht aus der nachsfolgenden Übersicht (S. 62) hervor.

Bemerkenswert ist die zahlreiche Vertretung des Groß= und Kleingewerbes und das ziemlich starke Zurücktreten der gelehrten Beruse. Ürzte
fehlen bedauerlicherweise fast überall. Rechtsanwälte sinden sich in 7 Gemeinderäten und 6 Bürgerausschüssen. Da disher in den Mittelstädten noch
nirgends von der gesetzlichen Befugnis zur Anstellung besoldeter rechtsfundiger Gemeinderäte Gedrauch gemacht worden ist, die Ortsvorsteher ihrer
überwiegenden Mehrheit nach Verwaltungsdeamte sind und zahlreiche Verwaltungsakte eine Vertrautheit mit der Gerichtspraxis voraussetzen, wie sie
der Verwaltungsdeamte nicht haben kann, so ist klar, daß die Anwesenheit
von Männern, die in der juristischen Praxis stehen, in den Gemeindevertretungen von Vorteil sein muß, und sie wird denn auch allgemein als
solcher empfunden. Bon einem Advokatenregiment kann nirgends gesprochen
werden. Die in Frage stehenden Kollegialmitzlieder haben überall zu viel
gebildete Elemente neben sich, als daß ihnen die Gewandtheit im Gebrauch

¹ Ihre Kandibaten erhielten bei ber Landtagsmahl im Jahre 1900 in Ulm nur 16 %, in Lubwigsburg 11 %, in Tübingen 1,8 % aller abgegebenen Stimmen.

🥸	Q	ه ا	ာ	0	0		~	0	0	_	~	0	0	0	0	6
Pri≠ vatiers	8	<u> </u>	4		_	အ	4	7	_	-		_	4			98
	- q	-	0		0	0	0	0	0	0	-	-	0	0	0	1 2
Rebat: teure	- -	<u>-</u>		0	0	0	0			_	0	0	0	0	0	
				$\frac{\circ}{\sim}$	$\frac{\circ}{\sim}$	$\frac{\circ}{\sim}$	$\frac{\circ}{\circ}$	_	_	$\frac{\circ}{\circ}$	$\frac{\circ}{\circ}$	$\frac{\circ}{\sim}$	_	$\frac{\circ}{\sim}$	_ _	- <u> </u>
Höhere Privat= an= geftellte	q				_	_	_	_	_	_	_	_	_	_	_	
	ಚ	0		_	0	_	0		0	0	0	0	I	_	1	ಣ
Apos theter	p	0	0	0		_	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
### ###	8	0	1	0	_	0	0	_	_	_	_	_	_	_	<u> </u>	က
Úrzte	q			0	0	0	0	0	0	0	Ξ	0	0	0	0_	ಣ
	ď	1	0	0	0	0	0	0	0	0	_	_	_	0	0	
Rechts= anwälte	q	1	_	Τ	0	0	-	0	0	2	0	0	_	0	0	7
3% ec	æ	1	အ	0.1	0	0	0	0	-	0	_	0			0	10
Be: amte und Lehrer	р	4	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	7
ge m a ge	ಡ	0	0	1	_	0	0	0	0	0	_	0	0	0	22	ಬ
Ar= better	q	1	0	0	1	0	1	-	-	က	0	0	0	_	2	==
	В	ဒ	0	2	0	0	0	0	0	07	0	_	0	_	0	<u></u>
ebi=	q	0	0	0	0	0	0	_	0	0	0	0	_	0	0	2
Spebi= teure	ಜ	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	_	0	0	
Inieure	q	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	ಡ	1	_	0	0	_	_	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Bau= unter= nehmer	<u>a</u>	4	0	_	_	-	0	0	2	_	0	0	0	0	-	=
um: neh	ಡ	5	Τ	_	2	2	_	_	07	0	2	0	П	_	0	19
Wirte	q	0	0	_	0	1	2	0	0	0	I	0	0	0	2	2
238 t	æ		0	Τ	2	٢	_	0	Т	_	0	Н	0	0	_	10
uf. te	q	ಸ್	ಯ	4	1	4	4	2	2	П	2	4	1	2	0	35
Rauf= Leute	छ	ಬ	2	က	2	0	0	2	0	ಛ	07	က	-	0	0	23
Alein≈ geverbe= treibenbe	۵	4	2	9	2	4	ဢ	œ	_	ಸಾ	2	7	2	3	ဢ	20
Ale gewe treib	ಡ		_	အ	4	4	အ	တ	က	-	4	ಎ	2	4	က	39
	۾	က	3	က	œ	အ	2	22	9	2	2	4	က	ಋ	-	47
Fabri= kanten	8	ಣ	v	4	4	4	20	4	9	2	_	J.	4	02	23	56
th:	a	27	2	0	07	ဢ	2	0		0	2	0		П		17
Lands wirte infl. Gärtner u. Wein= gärtner	- -	- 2	0	_	2	2	4	3	2	0	ಣ	0	0	0	0	18
9 7 3							_									
						•		٠.		٠.	:	:		:	en .	
	I	4		Ħ			H	JIII	na La		_:	Ħ	1119	.≣	inge	=
		αατ		ron	gen	tati	ingi	igŝl	ingı		igen	inge	1 3 51	nĎe	ш	11116
	- 1	Stuttaart.	UIm .	Heilbroun	Eklingen .	Cannstatt .	Reutlingen	Ludwigsburg	Göppingen	Emünd .	Tübingen .	Tuttlingen	Ravensburg	Seibentheim .	Schwenn ingen	3սիսատеո
	1	៙	III	Ř	3	δa	ž	झ	නි	8	સ્ત્ર	ઇને	≆	يت	യ്	<u>&</u>

bes Worts, die sie vermöge ihres Berufs besitzen, einen überragenden Ginfluß auch in Dingen verschaffen könnte, die außerhalb der Sphäre ihrer Sachkenntnis liegen.

Techniker fehlen nur in Tuttlingen. Es besteht ja die Gesahr, daß Bauunternehmer namentlich in Stadtbauplansachen ihren Einfluß und ihre auf dem Rathaus erworbenen Kenntnisse mißdrauchen, und diese Gesahr ist nicht immer nur eine theoretische. Dem stehen nun aber nicht leicht zu überschätzende Vorteile gegenüber. Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß der im Dienst einer öffentlichen Verwaltung stehende beamtete Techniker leicht geneigt ist, anders, weniger sparsam vor allem, zu bauen als der Private, und so ist es zweisellos von Wert, wenn in den Gemeindes kollegien Leute vorhanden sind, die zu sachverständiger Kritik befähigt sind. Alle Städte sind zudem Gewerbeunternehmerinnen, und die Gemeindevertretungen sehen sich in der Lage, technische Betriebe zu verwalten und zu überwachen. Daß hierbei eine qualifizierte Sachkenntnis von Wichtigkeit ist, bedarf keiner besonderen Begründung.

Auffallend zahlreich sind die Techniker in den Stuttgarter Gemeindekollegien vertreten. Wenn man jedoch bedenkt, welch breiten Raum technische Fragen in der Stuttgarter Stadtverwaltung einnehmen, welche Schwierigskeiten der Stadtbauplan, die Stadterweiterung bei der Lage Stuttgarts bereitet, welch schwerwiegende Fragen nach letzterer Richtung hin zurzeit noch ihrer Lösung harren, so ist das Interesse der Techniker, besonders der Bauunternehmer, an der aktiven Teilnahme an den städtischen Angelegensheiten und das Interesse der Bürgerschaft, Sachverständige in die Gemeindes vertretung zu bestellen, begreislich.

Die geringe Zahl von Arbeitern in ben Gemeinbevertretungen ist nicht verwunderlich. Der Beruf des Gemeindevertreters ist mit dem eines Arbeiters aus naheliegenden Gründen schwer vereinbar. Daß es der Arbeiterschaft trothem nicht an Bertretern fehlt, erhellt aus der Zahl der Sozialdemokraten in den Gemeindekollegien.

Die Mannigfaltigkeit der beruflichen und sozialen Gliederung der bürgerlichen Kollegien in den Städten läßt kaum vermuten, daß man das Produkt eines so freisinnigen Wahlrechts vor sich hat, wie es das württems bergische ist, und sie scheint wohl geeignet, manche pessimistische Vorstellungen von den Wirkungen des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlerechts bei den Kommunalwahlen in ein anderes Licht zu rücken. Das Fehlen irgendwelcher nennenswerten Besitzprivilegien hat nicht verhindert, daß die besitzenden Klassen eine verhältnismäßig sehr zahlreiche Vertretung

¹ In Stuttgart sind mehr als die hälfte der Mitglieder jedes der beiden Kollegien Hausbesitzer.

fich errungen haben. Die Forderung eines dreijährigen Wohnsitzes in der Gemeinde als Bedingung für den Erwerb des Bürgerrechts baw. des Wahl= rechts hat sich als ein reichlich hinreichend wirtsames Mittel erwiesen, um ben Einfluß berjenigen Elemente auf die Gemeindeverwaltung gurudzudämmen, die mit den maßgebenden Berhältnissen noch nicht so vertraut sind, daß von ihnen eine dem mahren Wohl der Gemeinde entsprechende Mitarbeit erwartet Jebenfalls kann nicht zugegeben werben, daß diejenigen Bevölkerungstlassen, welche die Wirkungen einer minder sparsamen Wirtschaft weniger unmittelbar am eigenen Leib verspüren und daher leichter als andere geneigt find, kostspielige Experimente zu machen, unter ber Berrichaft bes geltenden Wahlrechts einen nachteiligen Ginfluß auszuüben und ihren einseitigen Interessen auf Rosten der Allgemeinheit Geltung ju verschaffen vermocht haben. Namentlich ift bies auf bem Gebiet ber Steuerpolitik nicht der Fall. Es ist ja in dieser Beziehung den württembergischen Städten keine fehr große Bewegungsfreiheit gelaffen, aber immerhin ift ihnen die Möglichkeit eröffnet, Lastenverschiebungen vorzunehmen; namentlich haben fie praktisch so gut wie freie Hand in der Erhebung oder Nichterhebung von Berbrauchsabgaben: von Bier, Fleisch und Gas (vom 1. April 1905 ab auch Cleftrigität), sowie ber Wohnsteuer. Lettere wird in allen Städten Die einzige Stadt, in der feine Ronsumsteuer erhoben wird, ift Beibenheim, wo feit 1881 fein Antrag auf Ginführung mehr gestellt worden ift, und wo in der Gemeindevertretung die Anhänger ber Deutschen Partei ber Bahl nach jedenfalls vorherrichen. In Göppingen, wo früher eine Berbrauchssteuer auf Bier und Aleisch erhoben wurde, erfolgte im Sahre 1899 die Aufhebung der Fleischsteuer zwar nicht einstimmig, aber doch unter Buftimmung von Mitgliedern fämtlicher Barteien, und auch die Gegner ber Abschaffung erklärten sich im Prinzip bafür und nur aus Gründen ber augenblicklichen Finanzlage bagegen. In Seilbronn wurde im Jahre 1899 die Fleischsteuer aufgehoben, sie mußte aber im Jahre darauf wieder eingeführt werben. Auch in anderen Städten hat es an Versuchen nicht gefehlt, die betreffenden Steuern abzuschaffen, bam. ihre Ginführung ju vermeiden, aber sie find an der Unmöglichkeit der Fluffigmachung anderer Geldmittel gescheitert und nur hieran, nicht etwa an einer grundsätlichen Billigung Diefer Steuerart feitens ber Mehrheit ber Gemeindevertretungen.

Ist so eine erfolgreiche, ungefunde Beeinflussung der Gemeindesteuerspolitik für die einseitigen Interessen der unbemittelteren Klassen durch deren spezielle Bertreter nicht nachweisbar, so erhebt sich die Frage, ob eine solche vielleicht seitens und zugunsten anderer sozialer Klassen stattfindet. Eine solche Beeinflussung könnte darin bestehen, daß entweder eine unbegründete,

bie vorherrschende Klasse bevorzugende Lastenverteilung vorgenommen, oder daß eine ungerechtfertigte Sparsamkeit geübt würde, oder endlich, daß die Tendenz bestünde, Maßregeln und Einrichtungen zu treffen, bzw. Ausgaben zu bewilligen, die nur den Bemittelteren, bzw. einzelnen Klassen berselben, zugute kommen.

Die erstere Annahmemöglichkeit ist bereits erörtert. Wohnsteuer und Berbrauchssteuern werben, wo sie eingeführt sind, nicht aus Prinzip, sondern nur in Ermanglung eines Besseren beibehalten. Stuttgart hat in der Hoffnung auf Ersat des Ausfalls durch die Ergednisse des am 1. April 1905 in Kraft tretenden Gemeindesteuergesetzs bereits die Abschaffung der Fleischsteuer auf diesen Termin beschlossen; die anderen Städte verhalten sich noch zuwartend, werden aber, wie aus den jüngsten Besprechungen der Frage in den Gemeindekollegien hervorgeht, jedenfalls in ihrer Mehrzahl ebensalls an die Beseitigung herantreten, sobald sich die Wirkung der neuen Gesetzgebung sicher überblicken und als günstig erkennen läßt. Bemerkenswert ist auch, daß die Volksschulgelder überall, außer in Tübingen und Schwenningen, abgeschafft sind; bei Schwenningen ist zu berücksichtigen, daß die Steuerlast außerordentlich hoch ist.

Für die letterwähnte Eventualität bietet die Durchsicht der ftädtischen Vorschriften und Stats lediglich keine Handhabe, wenn man nicht etwa, wie dies ab und zu geschieht, den Aufwand für die höheren Schulen hierher rechnen will, was naturlich nicht zulässig ist.

Eine genaue Prüfung ber Frage, ob eine unverhältnismäßige, auf Koften der Erfüllung sozialer Verpflichtungen der Städte gehende Niedershaltung der Gemeindeumlagen stattfindet, würde ein Eingehen auf die ganze kommunale Sozialpolitik erfordern, wozu hier nicht der Ort ist. Es dürfte der allgemeine Hinweis auf die Besteuerungss, Verschuldungss und Versmögensverhältnisse der Städte genügen, die Feststellung, daß mit wenig Ausnahmen eine ziemlich starke, über den Landesdurchschnitt teilweise nicht unwesentlich hinausgehende Belastung der Grunds, Gebäudes und Gewerbesteuerkataster vorliegt. Um geringsten ist diese Belastung in Ulm, aber dies ist gerade diesenige Stadt, die eine besonders umfassende und erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Ausgleichs der sozialen Gegensäße aufszuweisen hat.

5. Rechtswirkungen der Wahl.

Dem Wahlrecht bes Bürgers entspricht seine Pflicht zur Annahme einer auf ihn gefallenen rechtsgültigen Wahl zum Gemeinderat ober Bürger=

¹ Ein Antrag auf Abschaffung wurde noch nie gestellt. Schriften CXX. — Zweites Geft.

ausschuß, aber nur dann, wenn er am Plate wohnt; die auswärtigen Wahlberechtigten haben eine solche Verpflichtung nicht. Ferner sind ihr fraft Gesetzes nicht unterworsen die Reichs- und Landtagsabgeordneten, die aktiven Reichs-, Staats- und Hosbeamten, die im Kirchen- und öffentlichen Schuldienst Angestellten, die aktiven Militärpersonen und Militärbeamten sowie endlich die Angehörigen des Landjägerkorps und der Forst- und Steuerwache. Bedingt derechtigt zur Ablehnung der Wahl sind:

- 1. Mitglieder des Gemeinderats oder Bürgerausschusses;
- 2. frühere Mitglieder dieser Kollegien, und zwar von der Beendigung ihrer Mitgliedschaft an gerechnet so lange, als lettere gedauert hat;
- 3. Personen, die zur Ausübung der ihnen durch die Wahl übertragenen Funktionen nachweisbar körperlich unfähig sind;
 - 4. über 60 Jahre alte und
- 5. folche Personen, mit beren ökonomischem Fortkommen ober Beruf bie Mitgliedschaft in ben Gemeindekollegien unvereinbar ift (z. A. Arbeiter).

Der Befreiungsanspruch biefer Personen ist bedingt durch eine formelle Anerkennung seitens des Gemeinderats, im letterwähnten Fall auch des Bürgerausschusses; gegen die Entscheidung ist Beschwerde an die staatlichen Aufsichtsbehörden zulässig.

Wer, ohne hiernach berechtigt zu sein, sich weigert, die Wahl anzunehmen, kann dazu gezwungen werden durch vom Ortsvorsteher zu vershängende Ungehorsamsstrafen (Geldstrafen dis zu 36 Mk. oder Haft dis zu sechst Tagen). Fruchten auch wiederholte Bestrasungen nichts, so kann der Betressende vom Gemeinderat, sosern es sich um eine Wahl zum Bürgeraussschuß handelt, nach vorheriger Rücksprache mit letzterem, auf den Zeitzraum, für den er gewählt worden war, seines aktiven und passiven Gemeindewahlrechts für verlustig erklärt werden. Gegen diese Verfügung ist Beschwerde an die Staatsaufsichtsbehörden zulässig.

6. Rechtsverhältnife der Mitglieder der Gemeindekollegien.

Die Mitglieder der bürgerlichen Kollegien, die bei ihrem Amtsantritt vom Ortsvorsteher beeidigt werden, sind verpflichtet, ihre Umtsobliegenheiten gewissenhaft zu erfüllen, also namentlich zu den Sitzungen zu erscheinen, ihnen übertragene Referate zu übernehmen, etwa auf sie fallende Wahlen in die für einzelne Geschäftszweige niedergesetzten Kommissionen und Abeteilungen anzunehmen und sich überhaupt "durch ihr Verhalten in oder außer dem Amt der Achtung, die ihr Beruf erfordert, würdig zu zeigen". Die unentschuldigte und unentschuldbare absichtliche dauernde Untätigkeit eines

Kollegialmitgliedes hat dieselben Folgen wie die grundlose Bermeigerung der Unnahme ber Wahl, nur bag haftstrafe in biefem Falle nicht verhängt werden fann, und daß außer dem Berluft der Bahl und Bahlbarfeiterechte berjenige bes mangelhaft versehen Umts ausgesprochen wird. Es ist bies ber einzige Fall, in dem die Gemeindekollegien felbst gegen eines ihrer Mit= glieder unmittelbar einschreiten können. Überall sonst, wo ein Kollegial= mitglied fich einer Berletzung seiner Dienstpflicht schuldig macht, ist nicht das betreffende Rollegium felbst zur Berhängung einer Disziplinarmaßregel zuständig. Das Geset geht von dem Grundsat aus, daß die Rollegial= mitglieder nicht so fehr Mitglieder einer Art von parlamentarischer Körper= schaft, fondern Inhaber eines Gemeindeamts find, und es legt daher bie Handhabung ber Disziplin über sie bei leichteren Berfehlungen in erster Inftang in die Sand bes höchften Gemeindebeamten, bes Ortsvorftehers. in ben oberften Instanzen in Diejenige ber staatlichen Gemeindeaufsichtsbehörden, bei schweren Vergeben in diejenige eines Disziplinarhofes für Körperschaftsbeamte, welch letterer allein zuständig ift, die Dienstentlassung auszusprechen. Der Disziplinarhof besteht aus einem höheren Staatsbeamten als Vorsitzendem. awei Mitgliedern des Oberlandesgerichts, zwei höheren Beamten des Departements des Innern und zwei auf Lebenszeit angestellten Körperschaftsbeamten.

Eine zusammenhängende betaillierte Normierung der Nechtsverhältnisse ber Mitglieder der Gemeindekollegien ist weder im Berwaltungsedist noch in den Novellen dazu enthalten. Bon den maßgebenden da und dort zerstreuten Borschriften sind besonders die folgenden erwähnenswert.

Den Mitgliedern der Gemeindefollegien ift verboten, in Parteisachen Geschenke anzunehmen. Ferner ist ihnen untersagt, an Berkaufs=, Berpachtungs- und ähnlichen Verhandlungen, die ihrer Leitung ober Aufsicht unterstellt find, als Partei teilzunehmen. In Angelegenheiten, welche ein Mitalied oder bessen Bermandte oder Schwäger bis zum zweiten Grad ein= schließlich perfonlich berühren, darf das betreffende Mitglied der Rollegien an der Beratung nicht teilnehmen. So durfen 3. B. Aktionare, Borftands= und Auffichtsratsmitglieder von Gas-, Eleftrizitäts-, Stragenbahngefellschaften, bie Mitalieder der burgerlichen Rollegien find, bei Beratungen über Bertrage zwischen ber Gemeinde und ber Gesellschaft, Inhaber von Stadtobligationen bei Beschlüssen über Konvertierung usw. nicht mitwirken. Dagegen besteht feine Borfdrift, die den Mitaliedern verbietet, fich als Gewerbetreibende an Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde zu beteiligen. Auch der Ge= meindeordnungsentwurf enthält hierüber nichts. Der Grund hiervon ist barin zu erblicken, bag ein folches Berbot faktisch bem Ausschluß weiter Kreise des Mittelstands von der aktiven Teilnahme an der Gemeindeverwaltung gleichkäme; insbesondere ist wohl die Befürchtung nicht ganz ungerechtsertigt, daß Bauhandwerker und Bauunternehmer, deren Mitgliedschaft in den bürgerlichen Kollegien, wie schon bemerkt, durchaus wünschenswert ist, das durch abgehalten würden, bei den Gemeindewahlen zu kandidieren. Es bestehen ja allerdings Vorschriften für die Erzwingung der Annahme einer Wahl, aber erfahrungsgemäß werden solche, von denen zum voraus bekannt ist, daß sie nicht gewählt werden wollen, gar nicht als Kandidaten aufsgestellt.

Anderseits ist nicht zu verkennen, daß das Verbot der Teilnahme an der Beschlußfassung über die betreffende Angelegenheit nicht genügt, um Mißstände abzustellen. Sinmal wird das Gefühl der Kollegialität leicht dazu führen, in Grenzfällen wenigstens, dem Kollegialmitglied den Zuschlag zu erteilen, und selbst wenn bei Vergebung der Arbeiten und Lieferungen sachgemäß und unparteiisch versahren wird, ist doch dem Mißtrauen Tür und Tor geöffnet, wenn der Zuschlag an ein Mitglied der Behörde erfolgt, der die Entscheidung zusteht.

Mehr noch als diese Begleiterscheinung aber ist ein anderer Umstand bebenklich. Die Mitglieder ber Gemeindekollegien, in erster Linie die bes Gemeinderats, aber auch die bes Bürgerausschusses, stehen normalerweise in keinen unmittelbaren Beziehungen zu den Gemeindebeamten; aber doch ift ihr gegenseitiges Verhältnis berart, bag es letteren nicht gleichgültig fein kann, ob viele ober wenige Reibungspunfte vorhanden find. Dies verleitet manche minder einwandfreie Kollegialmitglieder, eine Art von Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen ihnen und den Gemeindebeamten als gegeben anzunehmen. Ift nun ein folches Kollegialmitglied bei einer Arbeit ober Lieferung für die Stadt beteiligt, fo ift es häufig nicht in der Lage, eine Doppelstellung richtig zu erfaffen, und infolgedeffen geneigt, dem ftädtischen Beamten, der ihn in seiner Eigenschaft als Unternehmer zu beaufsichtigen hat, nicht als Unternehmer, sondern als Borgesetzter gegenüberzutreten. Solche Fälle kommen vor, und schon manchen städtischen Beamten, namentlich technischen und gerade ben tüchtigften, die für ein solches Berhältnis das richtige Verständnis haben, ift ihr Dienst hierdurch verleidet worben. Diese Nachteile find berart, daß es zum mindesten sehr erwägens= wert ist, ob nicht etwa burch eine bestimmte Art ber Regelung bes Submiffionsmesens die Bedenken gegen das Berbot beseitigt merben können.

Die Mitgliedschaft in den Gemeindekollegien erlischt

1. mit Ablauf der Zeit, auf welche das betreffende Mitglied gewählt wurde:

- 2. infolge Amtsniederlegung, die einzutreten hat, wenn der Betreffende die Wählbarkeit verliert, oder wenn einer berjenigen Umstände bei ihm einstritt, infolge deren das Wahlrecht zeitweise ausgeschlossen ist, oder wenn er durch geistige oder körperliche Gebrechen wenigstens ein Jahr lang von der Versehung seines Dienstes abgehalten worden ist. Über die Notwendigkeit der Niederlegung entscheidet der Gemeinderat. Das Oberamt kann übrigens die Niederlegung auch von Amts wegen anordnen;
- 3. infolge freiwilligen Rücktritts, ber verlangt werden kann aus den Gründen, aus denen die Wahl ablehnbar ist, und der, wenn sonstige dringende Gründe vorliegen, auf Ansuchen von beiden Gemeindekollegien gewährt werden kann;
- 4. infolge Dienstentlassung auf Grund eines Urteils des Disziplinarsgerichtshofs für Körperschaftsbeamte. Die Einleitung des förmlichen auf Dienstentlassung abzielenden Berfahrens erfolgt durch die Kreisregierung auf Antrag des Gemeinderats oder von Dienstaufsichts wegen.

IX. Der Gemeinderat.

Vorstand der Gemeinde und ihr eigentliches Verwaltungsorgan ist der Gemeinderat. Es liegt ihm nach dem Gesetz ob, "die Rechte der Gemeinde vor den Staatsbehörden zu vertreten, gegen Mißbräuche im Innern und gegen Eingriffe von außen zu wahren, im Namen der Gemeinde zu beraten, zu beschließen, zu sprechen und zu handeln". Er ist ein Kollegium, dessen Mitglieder im Wege direkter Wahl (s. o.), und zwar, vom Vorsitzenden absgesehen, auf die Dauer von 6 Jahren gewählt werden.

Ganz speziell mit Rücksicht auf Stuttgart wurde durch die Berwaltungsnovelle von 1891 für die Städte über 10000 Einwohner die Möglichkeit
der Anstellung besoldeter Gemeinderäte geschaffen, aber nicht etwa mit der
Begründung, daß dem Gemeinderat neue, besonders qualifizierte Kräfte zugeführt werden sollen, sondern daß ein dringendes Bedürfnis dasür und nur
dasür bestehe, den durch das Wachstum der Bevölkerung und die hierdurch
verursachte Geschäftsvermehrung überlasteten Ortsvorsteher zu entlasten und
ihm Beamte zur Seite zu stellen, die in der Lage wären, an seiner Stelle
die ihnen im einzelnen Fall oder auf Grund sesssschen Vorschrift (Ortsstatut) zugewiesenen Geschäfte zu erledigen und den Vorsit in einzelnen
Gemeinderatsachteilungen und Kommissionen zu übernehmen. Es verlieh
benn auch nur aus sekundären Zweckmäßigkeitsgründen diesen Hilfsbeamten
des Ortsvorstehers Sit und Stimme im Gemeinderat. Die Entwicklung

ber Dinge hat aber biefe gesetzgeberischen Motive überholt. Die allgemeine Bunahme ber Berwaltungsgeschäfte macht fich nicht nur beim Ortsvorsteher fühlbar, sondern namentlich auch beim Gemeinderat. Die Gemeindevertretung ber Hauptstadt befakt sich ganz augenscheinlich heute intensiver als früher mit ben Geschäften, begnügt sich seltener als es früher ber Fall mar bamit, das ihnen vom Ortsvorsteher und den anderen Gemeindebeamten Borgetragene gutzuheißen, sondern bemüht fich in steigendem Mage, ihren Beschlüffen ihren Charafter aufzuprägen. Siedurch aber hat sich zu der früher konstatierten Überlastung bes Ortsvorstehers Diejenige bes Gemeinderats gefellt. Die Inanspruchnahme ber Gemeinderatsmitglieber Stuttgarts geht weit über bas Maß deffen hinaus, mas von einem Ehrenbeamten billigerweise erwartet werden fann. Ende ber 90 er Jahre wurde ermittelt, baß einzelne Gemeinderäte als folche bis ju 1988, einer fogar 2814 Stunden im Sahre beschäftigt gemesen maren. Der Buftand mare nun zweifellos noch unhaltbarer ohne die Mitarbeit ber befolbeten Gemeinderäte. Sie find nicht nur "potenzierte", d. h. mit Sit und Stimme im Gemeinderat ausgestattete Beamte, Hilfsbeamte bes Ortsvorstehers, sondern auch potenzierte, b. h. mit besonderer Sachkenntnis und erweiterten Bollmachten ausgestattete mirkliche Gemeinderatsmitglieder mit ber Aufgabe, ben ehrenamtlichen Mitgliedern ihre Geschäftslast und burch ihre Mitverantwortlichkeit für die Beschluffassung sowie durch die Bertrauenswürdigkeit, die ihnen ihre Borbildung und ihre eingehende berufsmäßige Beschäftigung mit ber Gemeindeverwaltung zu ver= leihen geeignet ift, die Abstimmung in schwierigen Fragen zu erleichtern.

Durch die Anstellung ber besoldeten Gemeinderäte barf die Zahl der unbesoldeten Gemeinderatsmitglieder nicht verringert werden; es fann also hierdurch das für die Mitgliederzahl vorgeschriebene gesetzliche Maximum von 24 überschritten werden, mas in Stuttgart auch geschehen ift. Die befoldeten Gemeinderäte werden nach dem Gefet von den zu einem Wahl= förper vereinigten Gemeindekollegien auf mindeftens 6 Sahre ober auf Lebenszeit gewählt; in Stuttgart beträgt die Unstellungsbauer 6 Jahre. Eine staatliche Bestätigung ber Wahl findet nicht statt. Das Geset schrieb indirekte Wahl vor, da es bavon ausging, bag bie befoldeten Gemeinderäte eben Gemeindebeamte feien, die ja (mit Ausnahme des Ortsvorstandes) famtlich vom Gemeinderat gewählt werden, und daß hierdurch eine beffere Bewähr für eine richtige Auswahl gegeben fei. Im hinblick auf die Mitgliedschaft ber zu Wählenden im Gemeinderat wurde jedoch die Mitwirkung bes Bürgerausschuffes vorgeschrieben. Bahlbar find nur folche Manner, die die aweite höhere Dienstprufung im Departement ber Juftig, bes Innern ober ber Finangen bestanden haben und im übrigen die zur Wählbarkeit für das

Umt bes Ortsvorstehers erforberlichen Eigenschaften haben (f. u.). Die Wahl von Ärzten und Technikern ist also ausaeschlossen. Bon ben beiben Stutt= garter befoldeten Gemeinderäten hat einer die Befähigung jum Richteramt, ber andere zum höheren Kinanzdienst. Sie führen nach dem Ortsstatut ben Borsit je in einer Reihe von Abteilungen und Kommissionen. Bon ben 14 Abteilungen bes Gemeinderats haben je 3 ben Stadtvorstand und ben erften, 6 den zweiten befoldeten Gemeinderat als Borftand. Sie erledigen ferner die in den Abteilungen anfallenden Geschäfte in eigener Berantwortlichkeit; außerdem haben fie die ihnen vom Gemeinderat und Stadtvorftand übertragenen Gutachten und Berichte auch aus folchen Geschäftstreisen zu übernehmen, die ihnen nicht zu felbständiger Bearbeitung zugewiesen find. So= weit nicht ber Stadtvorstand für fie eintritt, find fie gegenseitig vertretungs= berechtigt und everyflichtet, auch kommt ihnen die Stellvertretung des Ortse vorstehers zu. Die bei ber Beratung bes Gesetzes von 1891 geäußerte Befürchtung, daß das Inftitut ber besoldeten Gemeinderäte eine Erschütterung ber Stellung bes Ortsvorstehers zur Folge haben und baß eine Nivalität zwischen ersteren und letzterem entstehen möchte, hat sich nicht verwirklicht. Wohl aber wird geklagt, daß der große Ginfluß der befoldeten Gemeinderäte auf Kosten der gewählten Mitglieder erworben sei und daß durch sie das bureaufratische Element in ber Gemeindeverwaltung eine gewaltige Stärfung erfahren habe, die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts abgeschwächt worden fei. Diefen Rlagen ift eine gewiffe Berechtigung nicht abzuftreiten, aber bie befoldeten Gemeinderäte find für Stuttgart einfach unentbehrlich und Die Stadt ift gegenwärtig im Begriff, ihre Bahl burch einen zu vermehren.

Außerhalb Stuttgarts wurde noch nirgends von der gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch gemacht. In Heilbronn hat der Stadtvorstand im Jahre 1902/03 einen dahingehenden Antrag gestellt, aber als aussichtslos alsbald wieder zurückgezogen.

Bon ben gemählten Mitgliedern scheidet alle zwei Jahre ein Drittel aus und wird durch eine neue Wahl ersett, wobei die Ausscheidenden wiedersgewählt werden können. Die Wiederwahl ist fast überall die Regel, die Gesmeinderäte bekleiden ihr Amt zum großen Teil sehr lange, zuweilen Jahrzehnte hindurch; erst in neuerer Zeit hat in einigen Städten ein rascherer Mitzgliederwechsel Platz gegriffen. In Tübingen gehen die maßgebenden Parteien sogar so weit, daß sie ein ausscheidendes Mitglied grundsätlich nicht sofort wiederwählen. Aber diese Praxis ist durchaus vereinzelt. Die Besürchtung liegt ja nahe, daß ein zu seltener Wechsel eine gewisse Bureaufratisserung des Kollegiums zur Folge haben und die Initiative ertöten möchte, die von einem solchen Organ erwartet werden muß. Aber es scheint, daß die

Möglichkeit, nicht wiedergewählt zu werden, für viele Gemeinderatsmitglieder einen hinreichenden Unreiz zur Tätigkeit schafft. Außerdem stehen doch weitaus die meisten derselben, da ihr eigentlicher Beruf außerhalb des Gemeindedienstes liegt, in zu engem Zusammenhang mit dem praktischen Leben, als daß fie, wenn fie eine folche überhaupt je befessen haben, so leicht die Fähigkeit verlieren könnten, bessen Anschauungen im Kollegium zur Geltung zu bringen. Und schließlich fehlt ja doch der Wechsel nicht ganz. Nirgends wird, soweit es sich übersehen läßt, der bestehende Zustand als Nachteil empfunden, im Gegenteil. Es zeigt fich, daß die Geschäftskenntnis, welche die langdauernde Zugehörigkeit zum Gemeinderat manchem Mitglied gewährt, bem Gemeinwesen in hohem Mage zugute kommt. In Stuttgart ift ber Wechsel etwas häufiger als in der Mehrzahl der anderen Städte. Bon den 24 gemählten Gemeinderäten haben nur 6 fcon in der lettvorangehenden, nur 2 schon in der zweitvorangehenden Wahlperiode dem Kollegium angehört. Bei ber letten Gemeinderatsmahl (1903) murden übrigens bei 9 Gemählten 4 frühere Gemeinderäte wiedergewählt.

In den Mittelstädten ergänzt sich der Gemeinderat regelmäßig aus dem Bürgerausschuß, die Tätigkeit daselbst bildet gewissermaßen eine Probedienst-leistung, die Vorschule für den Gemeinderat. In Stuttgart sind immerhin 5 Gemeinderäte ehemalige Bürgerausschußmitglieder.

Solchergestalt sind die Wirkungen der birekten Wahl des Gemeindevorstands. Die Wählerschaft ist im allgemeinen vorsichtig und bestellt in der Regel nur solche, die schon einen gewissen Einblick in die Verwaltung bekommen und ihr Interesse daran betätigt haben.

Wird eine Stelle im Gemeinderat vor Eintritt des ordentlichen Wahlstags erledigt, so wird sie erst an diesem Zeitpunkt wieder besetzt, falls die Gemeindekollegien nicht eine frühere Wiederbesetzung für nötig erachten. Eine solche muß erfolgen, wenn die Zahl der Gemeinderatsmitglieder einsschlich des Vorsitzenden unter die Hälfte der Normalzahl sinkt.

Lom Eintritt in den Gemeinderat ist ausgeschlossen, wer mit dem Borstand oder einem anderen Mitglied des Gemeinderats im ersten oder zweiten Grad verwandt oder verschwägert ist.

Der Gemeinderat kann sich nur auf Berusen des Vorsitzenden verssammeln, und zwar ist letzterem hierin freie Hand gelassen; eine Vorschrift, wonach die Einberusung von einer gewissen Anzahl von Gemeinderatssmitgliedern verlangt werden könnte, besteht nicht. (Der Entwurf sieht eine solche vor.) Fast überall jedoch sind ein für allemal bestimmte Tage als Sitzungstage bestimmt, ohne daß übrigens darum die Einladung der Mitzglieder wegsiele, nur in Heilbronn ist sie durch Ortsstaut abgeschafft.

Der Gemeinderat kann nur in der Situng beraten und beschließen. Zum Zustandekommen eines Beschlusses ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der normalen Mitgliederzahl erforderlich. Der Borsitzende hat nur im Falle der Stimmengleichheit ein Stimmrecht. Die Abstimmung ersolgt mündlich, soweit nicht für einzelne Fälle geheime Abstimmung des schlossen wird. Für die Wahlen ist letztere vorgeschrieden. Die Verhandslungen des Gemeinderats in Gemeindeangelegenheiten sind öffentlich, soweit nicht die Öffentlichkeit für den Staat, die Gemeinden oder Einzelne nachteilig sein könnte. Bei Beratung von Personalsachen wird die Öffentlichkeit überall ausgeschlossen. Das wichtigste Mittel zur Verwirklichung des Öffentlichkeitsprinzips ist auch bei den Gemeinderatsverhandlungen die Presse, doch wird sie in verschiedenen Städten ihrer Ausgabe nur in sehr unvollsommener Weise gerecht (s.o.).

Der Gemeinderat verwaltet das Gemeindevermögen in vollem Umfana: feine Rahlung kann ohne besondere Anweisung baw. Genehmigung durch ihn erfolgen. Es wäre nun natürlich mit gang unverhältnismäßigen Umftanblichfeiten verknüpft, wenn jeder Koftenzettel vom Plenum "befretiert" werben Schon bas Gefet von 1849 bestimmte baber, bag hierfür, sowie für andere Geschäftszweige, bei benen es überflüssig erscheint, ben ganzen Apparat in Bewegung zu setzen, Abteilungen gebildet werden können, Die aus mindestens 5 Mitgliedern bestehen und die ihnen zustehenden Geschäfte an Stelle bes Gemeinderats erledigen können. So ist überall die Beforgung ber ber Gemeinde durch das Ausführungsgeset zur B.B.D. über= tragenen streitigen Gerichtsbarkeit einer besonderen Abteilung, dem Gemeindegericht überwiesen. Auch die Erledigung von baupolizeilichen Gegenständen. Ausstellung von Leumunds-, Bermögens- ufw. Zeugnissen, Die Schätzung von Grundstücken, die der Gemeinderat in Grundbuchsachen, in Fällen der Zwangsvollstredung in Grundstude, sowie in Rachlaß- und Teilungsfachen auf Antrag von Beteiligten ober auf Ersuchen von Behörden vorzunehmen hat, und die Ausübung der Funktionen des Gemeindewaisenrats erfolgt jastüberall burch eine ober verschiedene Abteilungen. Die gemeinderätlichen Beschlüffe über bie Bildung, den Geschäftefreis und die Zusammensetzung der Abteilungen bedürfen der Zustimmung des Bürgerausschuffes und ministerieller Genehmigung.

Neben den Abteilungen bestehen allerorts eine Reihe von ständigen und für einzelne Fälle eingesetzten Kommissionen mit der Aufgabe, die Beschlüsse Gemeinderats vorzubereiten.

In seinem Art. 15 bestimmte das Gesetz von 1849, dem ehrenamt= lichen Charakter der Gemeinderatsmitgliedschaft entsprechend, daß die Gesmeinderäte keinen Gehalt haben sollen. Doch ließ es den Bezug von gesetz- lich und rechtmäßig hergebrachten Gebühren für einzelne Berrichtungen zu.

Diefe namentlich aus Unterpfandesachen fliegenden Gebühren maren nicht unbeträchtlich und bedeuteten so annähernd ein Äquivalent für die sich stets steigernde Inanspruchnahme für den Gemeindedienst. Mit Infrafttreten bes Bürgerlichen Gefetbuchs aber fielen die aus ber Besorgung ber Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit fliegenden Gebühren meg. Dies hatte die Wirkung, daß in den größeren Städten die Teilnahme der Gemeinderäte an ben Sitzungen in einer gang bebenklichen Beife nachließ, daß es häufig schwer hielt, die zur Beschluffähigkeit erforderliche Mitgliederzahl zusammenzubringen und zusammenzuhalten, daß zu befürchten ftand, die Mitgliedschaft im Gemeinderat werde sich auf die gesetzliche Minimaldauer beschränken, langjährige verdiente Mitglieder werden die Wiedermahl ablehnen, daß die Mitgliedschaft ein Privileg ber Wohlhabenberen zu werden brohte. Die Vorsitzenden maren gegen ben Absentismus machtlos, da sie selbst anerkennen mußten, daß die Inanspruchnahme ber Mitglieder über das Mag beffen hinausgehe, mas dem Inhaber eines unbefoldeten Chrenamts zugemutet werden konnte. Um diesem vorhandenen bzw. drohenden Übelstand abzuhelfen, murbe, nachdem ichon ausgangs 1899 die Vorstände von 11 Städten eine entsprechende Betition eingereicht hatten, von der Kammer Abgeordneten im Juli 1901 ein Initiativgesetzentwurf eingebracht. Die I. Rammer ging ohne Debatte zur Tagesordnung über fie über, die II. übergab fie ber Regierung gur Berüdfichtigung, und im gleichen Sahre noch tam das Gefet zustande, durch das die Gemeinden ermächtigt murben, ortsstatutarische Bestimmungen über die Gemährung von Taggelbern bis zu 10 Mt. zu erlaffen. Bon biefer Ermächtigung haben bis Ende 1902 Gebrauch gemacht Ulm, Eklingen, Cannstatt (je 10 Mt.), Ludwigsburg und Göppingen (je 8 Mf.), Gmund, Tuttlingen und Heidenheim (je 6 Mf.).

Außer diesem Taggelb beziehen die Gemeinderäte für die Mitwirkung bei einzelnen Geschäften sowie bei auswärtiger Dienstleistung besondere Gebühren und Entschädigungen.

X. Der Ortsvorsteher und die sonstigen Gemeinde= beamten.

Vorsitzender des Gemeinderats ist der Ortsvorsteher, der "Stadtschultheiß", der in den meisten der Städte kraft spezieller königlicher Verleihung den Titel Oberbürgermeister führt. Er wird von der Bürgerschaft auf Lebenszeit gewählt. Diese einzig dastehende Vorschrift der Bestellung auf Lebenszeit hat im Laufe der Zeit schon viele Ansechtungen erfahren, zum ersten Male im

Jahre 1849 anläßlich ber Abschaffung ber Lebenslänglichkeit ber Gemeinderäte. Aber ber Führer ber Opposition selbst grub damals der Forberung das Grab, indem er sich zu der Anschauung bekannte, daß, solange nicht eine durchgreisende Revision aller auf den Ortsvorsteher bezüglichen Bestimmungen vorgenommen sei, die Frage als nicht spruchreif anerkannt werden müsse. Im Jahre 1864 wurde über einen gleichen Antrag auf Beseitigung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher auf einen Bericht Schäffles hin mit überwältigender Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen. Eine weitere Ablehnung brachte das Jahr 1868. Auch im Jahre 1891 noch sand der Grundsatz der Lebenslänglichkeit eine stattliche Mehrheit. Aber schon vier Jahre später stimmten in der zweiten Kammer von 71 Abgeordneten nur 8 für die Beibehaltung der Lebenslänglichkeit und gegen den Regierungsentwurf, und auch die erste Kammer sprach sich für die Entbehrlichkeit der seitherigen Bestimmung aus 1.

Als Hauptgrund für die Notwendigkeit der Lebenslänglichkeit murde ftets angeführt die einzigartig große "Summe der Rechtsattribute, Gerecht= fame und Befugnisse, welche unseren Gemeinden und ihren Organen, den Ortsvorstehern", zustehen. Diefer Grund ift feit 1. Januar 1900 menigstens zu einem Teil gefallen: Die Ortsvorsteher sind wesentlich entlastet worden baburch, daß den Gemeinden die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit abgenommen wurden. Der Entwurf der Gemeindeordnung wirft beshalb biefe württembergische Eigentümlichkeit ohne viel Worte über Bord, und bas von Rechts wegen. Das seitherige Recht hat zwar zu verhältnismäßig wenigen Auswüchsen geführt, und es ist nicht ganz sicher, ob in Zukunft bei periodischer Bahl ebenfo viele Festigkeit, wie fie die Unabhängigkeit ber Stellung gewährte, beim Haupt der Gemeinde zu finden sein wird wie seit= her, ob sich ebenso viele sachkundige, wirklich befähigte Männer wie seither bem Ortsvorsteherberuf zuwenden werden. Aber ber Blid auf andere Staaten, wo die periodische Wahl seit langem besteht, ohne daß an eine Underung auch nur gedacht wird, ist wohl geeignet, folche Bebenken ju gerstreuen. Jeben= falls erscheinen sie gering, wenn man bedenkt, daß eine stets über ben Städten schwebende Gefahr, unter Umftanden auf lange Sahre bazu verurteilt zu fein, ihr wichtigstes Umt in ben händen eines an Geift ober Charafter ober an beiben befekten Menschen zu feben und barunter zu leiben, durch die periodische Wahl beseitigt wird. Man verweise nicht barauf, daß auch ber Staatsbeamte auf Lebenszeit angestellt ist. Einmal gibt es wenige Staatsämter, Die an Bebeutung bem Amt bes Borftehers einer größeren

¹ Ein Geset kam damals aus besonderen Gründen nicht zustande.

Stadt gleichkomme. Zum anderen ist beim Staatsdienst, wo der Beamte auf Grund immer neuer Befähigungsnachweise allmählich zu verantwortungsvolleren, wichtigeren Posten aufrückt, die Wahrscheinlichkeit, daß ein Unfähiger
oder Unwürdiger in ein Amt gelangt, wo er wirklich Unheil stiften kann,
weit geringer als beim Amt des Ortsvorstehers, wo die allgemeine Wahl
die wunderlichsten Ergebnisse zeitigen kann. Zudem gibt es im Staatsdienst
Gelegenheit genug, ein Amt von einem ungeeigneten Inhaber zu befreien,
den Inhaber unschädlich zu machen. Der Ortsvorsteher dagegen ist nach
jetigem Recht unverrückbar, er ist tatsächlich der unabhängigste Beamte im Staat.

Die Bestimmungen über bas aktive Wahlrecht und bas Berfahren bei der Ortsvorstehermahl find diefelben wie für die Bahlen zu den Gemeinde= follegien, nur daß die Wahl von einem staatlichen Beamten, dem Oberamtmann, baw. in Stuttgart bem Stadtbireftor, anberaumt wird und unter feiner Leitung por fich geht. Wählbar ift jeder Deutsche, der bas 25. Lebens= jahr zurudgelegt hat, fofern er überhaupt die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Umter befitt (§ 31 Str. G.B.), und fofern keine ber Borausfetungen bei ihm zutrifft, die das Ruhen des gemeindeburgerlichen Wahlrechts begründen (fiehe oben S. 54 f.). Der Nachweis einer bestimmten Bilbungslaufbahn ift gefetlich nicht vorgeschrieben; tatfächlich aber verlangen neuerdings die Städte allgemein akademische Bildung von bem zu Wählenden. Bon den Borftänden der 14 Städte haben 8, darunter diejenigen ber zwei größten Mittelstädte, die Befähigung jum höheren Berwaltungsbienft, 3 (barunter Stuttgart) zum Richteramt, einer zum nieberen Verwaltungsbienft; einer ist aus der Laufbahn der niederen Technifer hervorgegangen (Gmund), einer war Lehrer (Schwenningen). Als gewählt gilt, wer verhältnismäßig bie meiften ber gultig abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den König, welche ohne Ansabe von Gründen versagt werden kann. Hat der Gewählte jedoch mehr als zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, so darf die Bestätigung nur dann versagt werden, wenn sich der Disziplinarhof sür Körperschaftsbeamte dahin ausgesprochen hat, daß der Gewählte zur Bestleidung des Amts untauglich ist. Dieses Bestätigungsrecht eröffnet natürslich der Regierung die Möglichseit, sich durch Fernhaltung von ihr aus irgendwelchen, z. B. politischen Gründen, mißliedigen Persönlichseiten einen gewissen Einfluß auf die Gemeindeverwaltung zu sichern; aber es wurde von diesem Recht stets ein sehr maßvoller Gebrauch gemacht. Eine Nichtsbestätigung aus politischen Gründen ist seit langen Jahren nicht mehr vorsgekommen und wird nach den Versicherungen des Ministers des Innern bei der Beratung des Gemeindevordungsentwurfs auch in Zukunft nur gegens

über von Sozialdemokraten, die ihre Gesinnung in besonders radikaler Weise zum Ausdruck bringen, Platz greifen. Dieses Bestätigungsrecht ist, wie angedeutet, auch im Entwurf festgehalten, und die Regierung kann sich nicht dazu verstehen — mit Recht wohl —, darauf zu verzichten, da der Ortsvorsteher nicht nur Vorsitzender des Gemeinderats bzw. Gemeindebeamter ist, sondern auch eine Reihe staatlicher Funktionen zu erfüllen hat.

Im Falle der Nichtbestätigung wird eine neue Wahl vorgenommen. Wird die Bestätigung hierauf abermals versagt, so ist die Regierung besugt, die erledigte Stelle nach Anhörung der Gemeindekollegien einstweilen durch einen von ihr zu bestellenden Amtsverweser verwalten zu lassen. In diesem Falle ist spätestens nach Ablauf eines Jahres eine neue Wahl anzuberaumen.

Die Stellung bes Stadtvorftands ift außerst vielseitig und einflußreich. Er führt ben Borfit nicht nur im Plenum bes Gemeinderats und in den gemeinschaftlichen Sitzungen beiber Kollegien, sondern in den Mittel= ftädten auch in den meisten, wo nicht allen Abteilungen und Kommissionen, in welch letteren ja naturgemäß die Hauptarbeit in den der Plenarberatung zu unterstellenden Angelegenheiten geleistet wird. Auch ist er fast überall regelmäßig Referent in allen Beratungegegenständen; alle Vorlagen werben von ihm ober in seinem Auftrag von den seiner unmittelbaren Dienstaufsicht unterstellten Gemeindebeamten bearbeitet, und zwar nach feinen Intentionen, benn eine ber feinigen konkurrierende unmittelbare Einwirkung anderer Rollegialmitglieder auf die Gemeindebeamten findet nirgends ftatt. ihm ichon hierdurch ein überragender Einfluß auf die Gemeindepolitik gefichert, fo kommt noch bazu, bag es in keiner ber Mittelftabte vorfommt, daß den einzelnen Kollegialmitgliedern, abgefehen vom Referenten, ber aber ja, wie gefagt, fast stets ber Stadtvorstand ift, die Aften jum Studium übergeben werden, daß alfo meift er allein eine mirklich grundliche Aftenkenntnis hat; benn ein umfangreiches Aftenmaterial auf Grund eines mündlichen Vortrags rasch aufzunehmen, namentlich wenn es sich um kompliziertere Angelegenheiten handelt, erfordert eine Schulung, wie fie gemeinhin unter ben Mitgliedern ber Gemeindekollegien nicht allzu häufig anzutreffen ist. So ist benn die Opposition gegen eine tuchtig und geschickt burchgearbeitete Vorlage von vornherein schwierig. Eine in Aussicht zu nehmende grundfätliche Gegnerschaft wird in vielen Fällen - und es wird tatfächlich auch fo gemacht — badurch zu beugen ober abzuschwächen sein, daß die Wortführer auf Betreiben des Stadtvorstands, dem dies natürlich nicht schwer fallen kann, in die betreffende Rommiffion gewählt werden, wo die Macht der Grunde unmittelbarer und ftarker in Wirksamkeit tritt als im Plenum. Die Kritif innerhalb der Gemeindevertretung ift in einer fehr viel ungünstigeren Stellung als in den Parlamenten, wo der Regierungsvorlage gegenüber die Volksvertretung Berichterstatter und Mitherichterstatter
aufstellt, die von ihrem Standpunkt die Sache ebenfalls erschöpfend behandeln, während hier gewöhnlich der Urheber der Vorlage auch zugleich
ber Referent ist. Zu beachten ist auch, daß das Gemeinderatskollegium nicht
zahlreich genug ist, als daß sich nicht ein sehr enges Verhältnis zwischen
den einzelnen Mitgliedern und dem Vorstand herausbilden könnte, wenn
letzterer wirklich seiner Aufgabe gewachsen ist, d. h. vor allem, wenn er
einen richtigen Blick für die Bedürfnisse des Gemeinwesens besitzt, dem er
vorsteht, und klug genug ist, diejenigen Zugeständnisse zu machen, die er
unbeschadet seiner Ziele machen kann.

Ein folches Bertrauensverhältnis ber Rollegien gegenüber bem Stadt= vorstand ist benn auch gegenwärtig tatfächlich allerorts festzustellen, und die gegenseitigen Beziehungen laffen nirgends bas geringfte zu munichen übrig. Der Stadtvorstand ist die eigentliche Seele ber Bermaltung, und im großen Bangen trägt fie bas Gepräge feiner Berfonlichkeit, wenn er auch im einzelnen zuweilen mit feiner Anficht nicht durchdringt. Damit ift natürlich nicht gefagt, daß die Rollegien nur Dekoration find. Einmal wirkt das Vorhandenfein einer gemählten Gemeindevertretung allein ichon in dem Sinne, bag von seiten des Ortsvorstehers alles möglichst gründlich behandelt wird; so= bann wirkt das eben berührte nahe Berhältnis von Gemeindevorsteher und Gemeindevertretern gegenseitig nur befruchtend. Außerdem murde den Tatfachen Zwang angetan, wenn jenem alle Initiative zugeschrieben werden Aber festzuhalten ist, daß das eigentlich treibende und schaffende mollte. Element in der Gemeinde, von deffen Perfonlichkeit das Bluben des Gemeinwesens gang wefentlich bedingt ist, der Ortsvorsteher ift.

Im ganzen gelten diese Sätze auch für Stuttgart, wenn sich auch natürlich im einzelnen manche Abweichungen ergeben, in der Hauptsache infolge der Anwesenheit besoldeter Gemeinderäte. Der Stadtvorstand ist Borsitzender nur in 3 von den 14 Abteilungen (siehe oben), und in den Abteilungen liegt noch mehr als anderswo der Schwerpunkt der gemeinderätlichen Tätigsteit, und zwar in solchem Maße, daß bei der Beratung des Entwurfs der Gemeindeordnung der mit den Berhältnissen genau vertraute ständische Berichterstatter außsprechen konnte, daß die nicht in den Abteilungen sitzenden Gemeinderäte totes Kapital und entweder das fünfte Rad am Wagen seien oder dadurch, daß ihnen der ganze Stoff wieder besonders vorgetragen werden müsse, die Arbeit erschweren und verlangsamen. Trot der hieraus scheindar solgernden wesentlichen Beeinträchtigung des Einflusses des Stadtvorstands auf die städtische Berwaltung ist in Stuttgart seine Stellung nicht

weniger einflußreich als anderswo; einmal find die Abteilungen, in denen er präsidiert, die weitaus wichtigsten; sodann sind die besoldeten Gemeinderäte, die in den übrigen wichtigeren Abteilungen den Borsitz führen, nicht nur seiner allgemeinen Dienstaufsicht unterstellt, sondern sie sind wirkliche Hilfsarbeiter für ihn und stehen in notwendiger engster Fühlung mit ihm. Alles, was wirklich von Bedeutung ist, geht durch seine Hand. Die Kollegien nehmen regen Anteil an der Berwaltung, aber, wie allein schon die Stellungsnahme der Gemeindevertretung zum Gemeindeordnungsentwurf zeigt (siehe oben) — und diesem Beispiel könnten sehr leicht andere angesügt werden —, ist auch in Stuttgart der Stadtvorstand das bedeutungsvollste Organ der Stadt.

Der Ortsvorsteher ist Vorsitzender des Gemeinderats, dancben aber auch Einzelbeamter der Gemeinde. Er leitet und beaufsichtigt die gesamte Gemeindeverwaltung, namentlich die Verwaltung des Gemeindevermögens, und erledigt in eigener Zuständigkeit diejenigen Geschäfte, die keine kollegiale Beschlußfassung erfordern, d. h. solche, bei denen es sich um keine sachliche Entschließung, insbesondere eine Verfügung über Rechte der Gemeinde handelt, oder sorgt dafür, daß sie durch Gemeindebeamte, soweit dies gesetzlich zuslässig ist, erledigt werden. Über diese Gemeindebeamten sowie die Gemeindebiener führt er die Dienstaussicht.

Er handhabt die Ortspolizei felbständig, namentlich auch die ihm übertragene Polizeistrafgewalt. Nur in Angelegenheiten, die mit Kosten für die
Stadt verbunden sind, sowie für Anordnungen, die auf die Dauer erlassen werden sollen, ist der Gemeinderat zuständig. Polizeiverordnungen werden von ihm erlassen, aber er bedarf hiezu, wenn sie fortdauernde Wirkung haben sollen, der Genehmigung des Gemeinderats.

In verschiedenen Städten wurde jedoch der Ortsvorsteher in Anwendung einer gesetzlichen Ermächtigung von diesen Geschäften entlastet, indem sie durch Ortsstatut besonderen Beamten ("Polizeiamtmann") zur selbständigen Behandlung übertragen wurden, so in Ulm, heilbronn, Cannstatt, Reutlingen und Tübingen. Auch Stuttgart hat seinen besonderen Bolizeiamtsvorstand.

Der Ortsvorsteher ist endlich örtliches Organ ber allgemeinen Staatsverwaltung und wird als solches in weitestem Maß in Anspruch genommen so daß häufig Klagen hierüber laut werden, und zwar vielfach gerechtfertigte.

Die Gemeinden befolgen die sehr vernünftige Politik, die Stellung ihrer Vorsteher materiell so auszugestalten, daß ihnen die Gewinnung wirklich tüchtiger Männer nicht schwer wird.

Die Bezüge der Stadtvorstände sind folgende: Stuttgart 18000 Mf., Ulm 15000 Mf., Heilbronn 15000 Mf., Eklingen 9500 Mf., Cannstatt 10 000 Mf., Reutlingen 8000 Mf., Ludwigsburg 7500 Mf., Göppingen 7600 Mf., Tübingen 7200 Mf., Tuttlingen 6000 Mf., Ravensburg 6600 Mf., Heibenheim 6000 Mf., Schwenningen 5000 Mf.

Zum Vergleich mag angeführt werden, daß die Räte an den Berwaltungskollegien und Landgerichten Gehälter von 5000—6000, Landsgerichtspräsidenten von 7500—8300 Mk. beziehen.

Alle Stadtvorftande haben Penfionsberechtigung fraft Gefetes.

Die Übernahme nicht öffentlicher Nebenämter, welche ein Sinkommen abwerfen, ist den Stadtvorständen in verschiedenen Städten verboten, in anderen nicht. Aber es wird von der im Fehlen des Verbots liegenden Gestattung in Erkenntnis der Unvereinbarkeit solcher Nebenbeschäftigung mit dem Hauptamt, nirgends Gebrauch gemacht.

Bei kurzer dauernder Verhinderung des Ortsvorstehers, der, wenn er sich über Nacht von seinem Amtssitz entsernt, der Staatsaussichtsbehörde, dem Oberamt, Anzeige zu machen hat, wird er durch das älteste anwesende Mitglied des Gemeinderats vertreten, sofern nicht er selbst oder das Obersamt einen anderen Stellvertreter beruft. Dauert die Verhinderung längere Zeit (über 8 Tage), so wird der Stellvertreter bzw. Umtsverweser vom Oberamt auf Vorschlag des Stadtvorstands nach Anhörung des Gemeinderats, bei Erledigung der Stelle nach Anhörung beider Kollegien bestellt.

Die Erledigung bes Amts tritt außer burch ben Tod ober burch Besitrafung (§ 31 und 33 Str.G.B.) bes Inhabers ein:

- 1. durch Niederlegung des Amts unter Berzicht auf alle etwaigen Ansprüche aus dem Amt;
 - 2. durch auf Ansuchen erfolgende Versetzung in den Ruhestand;
- 3. durch Amtsenthebung wegen Dienstunfähigkeit infolge geistiger ober körperlicher Gebrechen bzw. wegen langandauernder Erkrankung;
 - 4. durch Dienstentlassung wegen Disziplinarvergeben.

Der Antrag auf Amtsenthebung (Ziff. 3) bzw. Einleitung bes förmlichen, auf Dienstentlassung zielenden Disziplinarversahrens (Ziff. 4) gegen
den Ortsvorsteher kann von den bürgerlichen Kollegien bei der Kreisregierung
gestellt werden. Auf schriftlichen gemeinsamen Antrag der einsachen Mehrheit der Kollegien hat der dienstälteste Gemeinderat, nachdem er den Ortsvorsteher hiervon schriftlich benachrichtigt hat, die bürgerlichen Kollegien zu
gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung zu berusen und den Vorsit in
dieser Sitzung zu führen. Der betreffende Beschluß erfordert zur Gültigkeit
bei Amtsenthebung einfache Mehrheit, dei Dienstentlassung eine Mehrheit
von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, die zugleich der Mehrheit
fämtlicher Mitglieder beider Kollegien entsprechen muß. Gegen den Bescheib

ber Areisregierung können die Kollegien Beschwerde beim Ministerium des Innern einlegen.

Dem Stadtvorstand steht eine Reihe von Hilfsbeamten zur Seite, die meisten davon ohne akademische Vorbildung. Nur die Städte über 20 000 und zwei Städte über 10 000 Einwohner haben höher vorgebildete Gemeindebeamte. In Um hat der Stadtvorstand einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, der die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst besitzt. Soedann ist, wie schon erwähnt, in einigen Städten die Polizeiverwaltung höher geprüften Verwaltungsbeamten übertragen. Höhere technische Beamte sind vorhanden in Um (je ein Hochsund Tiesbauinspektor), Heilbronn (Tiesbauinspektor und Nahrungsmittelchemiser), Eslingen (je ein Hochsund Tiesbauinspektor), Kannstatt und Reutlingen (je ein Tiesbauinspektor), Navensburg (ein städtischer Oberförster). In neuester Zeit hat Um einen Stadtarzt, dem die Ausübung von Privatpraxis nicht gestattet ist, angestellt. Im übrigen sind höhere Beamte, Hygieniser, Tierärzte usw., die sich ausschließelich dem städtischen Dienste widmen, nirgends vorhanden.

Ein große Zahl höherer Beamter hat natürlich Stuttgart. Neben ben besoldeten Gemeinderäten stehen dem Stadtvorstand als Hilfsarbeiter zur Seite: 4 Sekretäre, von denen 2 die Befähigung zum Richteramt, 2 zum höheren Berwaltungsdienst haben; ferner sind eine Reihe höherer Bautechniker vorhanden, sodann ein ausschließlich für die Stadt beschäftigter Stadtarzt (Hygieniker), ein ebensolcher städtischer Chemiker und 5 Stadtstierärzte je mit Afsikenten, endlich ein skädtischer Oberförster.

Was die Vorbisdung der übrigen Beamten betrifft, so wird von den Technikern verlangt, daß sie die Werkmeisterprüfung, von den Berwaltungsbeamten, daß sie eine der niederen Dienstprüfungen im Departement des Innern, der Justiz oder der Finanzen, bei denen der Besitz der Berechtigung zum Einjährig = Freiwilligendienst Zulassungsbedingung ist, abgelegt haben. Bei der Berwaltung der technischen Betriebe der Städte werden in der Regel Kausseute verwandt.

Auch bei diesen Beamten, ebenso wie bei den Stadtvorständen, sind bie Städte in der Lage, sich tüchtige Männer zu erwählen, da es nie an Bewerbern sehlt. Einmal sind für nieder Geprüfte, namentlich Berswaltungsbeamte, beim Staatsdienst die Aussichten auf Vorrücken in besser bezahlte Lebensstellungen nicht gut, indem man erst in neuerer Zeit von der sonderbaren Praxis abzuweichen begonnen hat, Stellen, die nieder Geprüfte ebensogut oder besser ausfüllen können, mit höher Geprüften zu bessetzen. Sodann sind die Gehaltsverhältnisse den Gemeindeämtern im allgemeinen gut, jedensalls im Verhältnis zu denen der Staatsdeamten. Die Schriften CXX. – Zweites Heit.

Bezüge der höheren Techniker bewegen sich nach den Etats für 1903/04 zwischen 6250 (Heilbronn) und 3450 (Cannstatt); Reutlingen reicht 4750, Exlingen 4400 Mk. In Stuttgart gehen sie bis über 8000 Mk. hinaus. Die Gehälter der Polizeivorstände belausen sich in Stuttgart auf 8500 Mk., in Ulm und Heilbronn auf 5—6000, in Reutlingen, Cannstatt und Tübingen auf 3000, 3200, bzw. 3300; dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Stellen wenigstens in den letztgenannten drei Städten reine Durchgangsposten sind. Die Gehälter der übrigen Beamten, die meist in 4—5 Gehaltsklassen einzgereiht sind, bewegen sich in Stuttgart zwischen 2400 und 7000 Mk. (bei den eigentlichen Beamten), in Heilbronn zwischen 1600 und 4650 Mk., in Reutlingen zwischen 2000 und 4500 Mk., in Ludwigsburg zwischen 1800 und 4600 Mk., in Heibenheim zwischen 1500 und 4200 Mk. Innerhalb der einzelnen Gehaltsklassen greift Vorrückung nach dem Dienstalter Platz, meist von 3 zu 3 Jahren.

Die soziale Stellung auch ber nicht akademisch vorgebilbeten Beamten ist eine durchaus geachtete, von der ber höheren Beamten wenig ober nicht verschiedene.

All diese Umstände machen, wie gesagt, die städtischen Amter begehrt, aber nicht überall wird von dem im allgemeinen zahlreichen Angebot der richtige Gebrauch gemacht, nicht bei den mit höher Geprüften zu besehenden, wohl aber bei den übrigen Stellen. Bei der im Wege der Wahl durch den Gemeinderat erfolgenden Besehung spielt in den kleineren der Städte namentelich die Ortsgedürtigkeit und das Borhandensein eines Anhangs in der Bürgerschaft vielsach keine geringe Rolle, die Frage nach der Tüchtigkeit tritt in zweite Linie, und in einigen Städten ist kaum ein städtisches Amt mit einem Auswärtigen besetzt. Die städtischen Amter, die oberen sowohl als die unteren, sollen zur Versorung von Bürgersöhnen dienen. Daß die Folgen dieses Systems ungünstig sind, braucht nicht näher dargelegt zu merden.

Den anderen Städten ist ein berartiges System fremb; namentlich Stuttgart sieht mit großer Strenge auf die Tüchtigkeit bzw. Prüfungsnote bes Kandidaten; seit kurzer Zeit ist dort auch die für eine große Stadt eigentümliche Sitte abgeschafft, wonach die Bewerber sich bei den Kollegial= mitgliedern persönlich vorzustellen hatten.

Die Anstellungsbebingungen sind äußerst mannigfaltig in ben einzelnen Städten. Im Gesetz finden sich Bestimmungen nur für die Stellen des Stadtpslegers (Vermögensverwalter und Rechner) und des Ratsschreibers: sie sollen entweder auf Lebensdauer oder auf bestimmte Zeit, mindestens auf 3 Jahre, gewählt werden. Zu der sehr seltenen Anstellung.auf Lebens-

bauer ist die Zustimmung des Bürgerausschusses erforderlich. Die Regel ist die Anstellung auf bestimmte Zeit (3—10 Jahre) oder auf undestimmte Zeit in widerruflicher Weise und auf Kündigung. In Stuttgart erfolgt neuersdings keine Anstellung mehr, sowohl bei höheren als bei niederen Beamten, sosern nicht das Geset entgegensteht, auf längere Dauer als 3 Jahre. Nur in vereinzelten Fällen unterbleibt die Wiederwahl nach Ablauf der Amtssdauer bzw. erfolgt Kündigung, tatsächlich haben vielmehr die Beamten ihr Amt auf Lebenszeit inne. Alle Gemeindebeamten, die ihren Lebensunterhalt auf ihr Amt gründen, gehören der durch Geset von 1894 ins Leben gerusenen Pensionskasse für Körperschaftsbeamte oder einer besonderen städtischen Pensionsanstalt an.

Gesetliche Vorschriften über Zulässigkeit der Übernahme von privaten Nebenbeschäftigungen durch die Gemeindebeamten sehlen. Dagegen ist überall durch Ortöstatut sestgeset, daß den Beamten die Übernahme eines Nebensamts oder einer mit sortlaufender Belohnung verbundenen Nebenbeschäftigung, sowie der Betrieb eines Gewerbes verboten ist bzw. vom Gemeinderat ausstrücklich gestattet werden muß. Undere Nebenbeschäftigungen sind gestattet, sofern unter ihrer Ausübung der Beruf nicht notleidet.

Daß mit dem Wachstum der Städte und damit der Verwaltung die Spezialisierung und damit auch das Gewicht der Arbeiten des einzelnen Beamten, eben weil er Spezialist auf seinem Gebiet ist, zunimmt, ist einleuchtend, und es ist zweisellos, daß zahlreiche wertvolle Anregungen ihren Ausgang von dort nehmen und genommen haben. Von einem über das normale Maß hinausreichenden Einfluß der dem Stadtvorstand unterstellten Beamten kann jedoch dank der Persönlichkeit der einzelnen Stadtsvorstände nichts wahrgenommen werden.

Eine Bestätigung ber Gemeindebeamten durch die Regierung findet, von wenigen nicht nennenswerten Ausnahmen abgesehen, nicht statt.

XI. Der Bürgerausschuß.

Das Verwaltungsedift bestimmte, daß der zur "Vertretung der Bürgersschaft gegenüber dem Gemeinderat" berufene Bürgerausschuß auf 2 Jahre gewählt werde, daß alle Jahre die Hälfte der Mitglieder auszuscheiden habe, und daß die ausscheidenden Mitglieder nicht sofort, sondern erst nach Jahressfrist wiedergewählt werden können. Das Gesetz ging bei der kurzen Bemessung der Wahlperioden und dem Verbote der Wiederwahl von dem gewiß

richtigen Gebanken aus, bag einer möglichst großen Unzahl von Burgern Gelegenheit gegeben merben folle, in die Gemeindeverwaltung hineinzusehen. daß die Berwaltung möglichst wenig geheim sein solle. Bei der Kleinheit ber Stäbte und ber Ginfachheit ihrer Berhältniffe zur Reit bes Erlaffes bes Verwaltungsedikts mochte eine zweijährige Frist wohl genügen, um ben Bürgerausschukmitgliedern einen mehr als oberflächlichen Ginblick in die Gemeinbeverwaltung zu verschaffen und ihnen zu ermöglichen, auf Grund biefes Einblicks eine Kontrolle des Gemeindeverwaltungsorgans des Gemeinderats Aber in dem Mage, als die Städte anwuchsen und ihre Berauszuüben. waltung sich komplizierte, nahm die Möglichkeit ab, in derselben Zeit wie früher die zu einer erfolgreichen Tätigkeit erforderliche Vertrautheit mit ben Geschäften zu geminnen, und in bemselben Maß verminderte sich ber burch bie Aufhebung ber Lebenslänglichkeit ber Gemeinderäte und bie ba= burch bewirkte Umwandlung bes Gemeinderats zu einer wirklichen Bertretung ber Bürgerschaft ohnehin ichon zurudgegangene Ginfluß bes Bürger= ausschusses. Die Gemeindeverwaltungenovelle von 1891 schuf hierin einigen Wandel, und geltendes Recht ift jett, daß die Bürgerausschußmitglieder auf 4 Sahre gemählt werben, daß alle 2 Sahre bie Sälfte ber Mitglieber auß= scheibet und bag die Ausscheibenden wiedergemählt werden können. Die an bie Aufhebung bes Berbots ber Wiedermahl gefnüpfte Befürchtung, bag ähnlich, wie dies beim Gemeinderat der Kall mar, und meift noch ift, die ftändige Wiedermahl und damit die Lebenslänglichkeit des Umts zur Regel werde, hat sich beim Bürgerausschuß nur in geringem Maße verwirklicht; in ben größeren Städten jedenfalls ift von einer eigentlichen Regel keine Rebe, wenn auch die Wiederwahl nicht gerade eine feltene Ausnahme bilbet. Gegen eine zu häufige Wiederwahl bildet ber Umstand ein hinreichendes hemmnis, daß die Funktion eines Bürgerausschukmitglieds doch zu unbedeutend ift, um längerdauernde Befriedigung zu gewähren.

Der Bürgerausschuß wählt aus seiner Mitte auf die Dauer von zwei Jahren seinen Borsitzenden, den Obmann, und einen Stellvertreter. Die Wahl erfolgt nach dem Gesetz unter Leitung des der Sitzordnung nach ersten Bürgerausschußmitglieds, d. h. desjenigen Mitglieds der älteren Hälfte des Kollegiums, das dei der Wahl die meisten Stimmen erhalten hat. Auf Ersuchen des Bürgerausschusses kann der Ortsvorsteher die Leitung der Wahlshandlung ohne Stimmrecht vornehmen, und kommt dies in verschiedenen Städten vor. Der Obmann gibt dei Stimmengleichheit den Stichentscheid; im übrigen hat er ein Wahlrecht nur im Fall der Vereinigung des Gemeinderats und Bürgerausschusses zur Herbeisführung einer Beschlußfassung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Kollegien.

Der Obmann beraumt, nachdem er bem Ortsvorsteher Anzeige hievon gemacht hat, die Sitzungen bes Burgerausschuffes an, wozu er fämtliche Mitglieder einzuladen hat. In den Sitzungen führt er den Borfit. Frgendwelche Machtmittel bei Sandhabung ber Sitzungspolizei stellt ihm bas Gefet nicht zur Berfügung; wie schon erwähnt, ift ber Ortsvorsteher allein zur Berhängung von Ordnungsstrafen befugt. Im Berkehr mit dem Gemeinderat ist er der Wortführer; durch seinen Mund teilt der Bürgerausschuß dem Gemeinderat das Ergebnis feiner Beratung mit. Da es an Reibungsflächen zwischen Gemeinberat und Burgerausschuß ber Natur ber Sache nach nicht fehlt, fo hängt fehr viel von der Person des Obmanns ab, ob ein gebeihliches Berhältnis zwischen ben beiben Kollegien sich zu entwickeln und zu erhalten vermag. Diesem Gesichtspunkt trägt die indirekte Wahl bes Obmanns entschieden mehr Rechnung als der bis 1891 in Geltung ge= standene Modus seiner Bestellung, wonach bei der Bürgerausschußmahl jeder Wähler auf seinem Stimmzettel basjenige Mitglied zu bezeichnen hatte, bas er zum Obmann gewählt wissen wollte. Das Kollegium kennt ben Ge= schäftsgang, die für den Obmann erforderlichen Eigenschaften und die Bersonen, die diese Eigenschaften in sich vereinigen, viel besser und vermag sich baher weit leichter über Partei- und fonstige Rucksichten hinwegzusetzen als bie Maffe ber Wähler, die nur einen fehr unvollständigen Begriff von ber Tätigkeit bes Bürgerausschusses haben, weil hievon nicht viel in die Offent= lichkeit bringt; benn die Berhandlungen bes Bürgerausschuffes find nicht öffentlich; ein Protokoll darüber wird nicht veröffentlicht, ja meistens überhaupt nicht geführt.

Eine gültige Beschlußfassung kann nur im Plenum erfolgen; es ift hiebei die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder erforderlich. Ständige Abteilungen sieht das Gesetz nicht vor. Dagegen ist der Bürgersausschuß natürlich nicht gehindert, zur Vorbereitung einzelner Beschlüsse bessondere Kommissionen einzusetzen, was übrigens, von der Rechnungsprüfungsstommission abgesehen, in der Praxis sehr selten vorkommt.

Die Bürgerausschußmitglieder beziehen weder ständigen Gehalt noch Sitzungsgelder; nur für einzelne bestimmte Geschäfte, namentlich auswärtige, haben sie Taggelder anzusprechen.

Der Bürgerausschuß hat keinerlei Befugnis, die Gemeinde nach außen zu vertreten. Die ihm gesetzlich zugewiesenen Funktionen sind folgende:

1. Er hat im allgemeinen die Gemeindeverwaltung zu kontrollieren. Zu diesem Zweck steht ihm die Einsicht und Prüfung der Jahresrechnungen zu. Anläßlich der Entgegennahme des Berichts seiner hierfür eingesetzten Kommission über das Ergebnis der Prüfung kann sich der Bürgerausschuß

"über den Zuftand des Gemeindewesens überhaupt und dessen Verwaltung beraten, seine diesfallsigen Wünsche, Vorschläge oder Beschwerden den Besmerkungen über die Gemeinderechnung anhängen und mit solchen dem Gemeinderat übergeben". — Zur Entlastung des Rechners ist er nicht zuständig.

- 2. In einer Reihe von gesetzlich bestimmten Fällen hat er zu ben Beschlüssen bes Gemeinderats Stellung zu nehmen, ihnen durch seine Zustimmung Rechtswirtsamkeit zu verleihen. Diese Fälle sind nach dem Berswaltungsedikt folgende:
 - a) Feststellung bes Jahresetats;
- b) Beschlüsse über unvorhergesehene Ausgaben, deren Deckung durch Erübrigungen oder Überschüsse bei anderen Statstiteln nicht erfolgen kann;
- c) Abschluß von Berträgen über Gemeindeeinkunfte, welche nicht im Bege bes Aufstreichs geschehen;
- d) Abschluß von Verträgen irgendwelcher Art mit einzelnen Gliebern bes Gemeinderats ohne vorgängigen Auf= oder Abstreich;
- e) Gewährung von außerordentlichen Belohnungen, Berehrungen ober sonstigen Begünstigungen an einzelne Mitglieder des Gemeinderats;
 - f) Nachlaß unbestrittener und eintreibbarer Forderungen der Gemeinde;
- g) Alle Beschlüffe, wodurch der Gemeindeetat bleibend verändert, das Vermögen der Gemeinde und dessen Ertrag für die Zukunft vermehrt oder vermindert wird.

Weitere Fälle, in benen die Wirksamkeit von Gemeinderatsbeschlüssen durch die Zustimmung des Bürgerausschusses bedingt ist, sind in verschiedenen Gesetzen enthalten. Besonders erwähnenswert ist der Fall der Feststellung von Ortsbauplänen und namentlich der der Erlassung von Ortsstatuten (nicht Polizeiverordnungen).

3. Der Gemeinderat ist berechtigt, den Bürgerausschuß, so oft er es für erforderlich hält, zu Beratungen auch in Angelegenheiten, in denen seine Mitwirkung gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, heranzuziehen,.

XII. Verhältnis von Gemeinderat und Bürger= ausschuß.

Für alle Fälle, in benen ein Gemeinderatsbeschluß der Zustimmung des Bürgerausschuffes bedarf, schreibt das Gesetz vor, daß der Gemeinderat den Bürgerausschuß vor Abfassung des Beschlusses zur Beratung beizuziehen und

über feine Anfichten und Bunfche mundlich zu hören hat. Ergibt fich hiebei eine Übereinstimmung ber Anfichten beider Kollegien, fo wird zur Abstimmung geschritten, ein Gintrag über die Zuftimmung bes Burgerausschuffes in bas Gemeinderatsprotofoll gemacht und vom Obmann und ben zwei ältesten Mitaliedern des Burgerausschuffes unterzeichnet. Trägt der Burgerausschuß Bebenken, ber Ansicht bes Gemeinberats beizutreten, fo kann er sich Bebenkzeit vorbehalten und bie Frage in befonderer nicht öffentlicher Sitzung für sich beraten. hat er feine Stellungnahme festgelegt, so findet wieder eine gemeinsame Sitzung bzw. die Fortsetzung der unterbrochenen Sitzung ftatt, wobei ber Obmann ben Beschluß bes Burgerausschuffes nebst Grunden vorträgt. Läßt fich in ber hieran fich anschließenden gemeinsamen Beratung die Meinungsverschiedenheit nicht heben, so kann der Gemeinderat, nicht auch ber Burgerausschuß, beschließen, daß sich beibe Rollegien vereinigen. In diesem Rollegium, in dem der Stadtvorstand ben Borfit führt und ber Bürgerausschußobmann ftimmberechtigt ist, wird nach absoluter Mehrheit fämtlicher vertretenen Stimmen Beschluß gefaßt. Gine folche Bereinigung beiber Rollegien bzw. Stimmendurchzählung muß ftets erfolgen, "wenn es fich um die Erfüllung einer Berbindlichkeit ber Gemeinde ober einer gefet= lichen Obliegenheit ber Gemeindeverwaltung handelt". Ift in diesen letten Fällen bas Ergebnis ber Durchzählung ein negatives, fo trifft bie Gemeindeauffichtsbehörde an Stelle ber Gemeindefollegien die erforderliche Berfügung. Bievon abgesehen aber werden Konflitte zwischen ben Rollegien im Schof ber Gemeindevertretung zum Austrag gebracht. Die gunftigere Bosition babei hat der Gemeinderat; er kann den Widerstand des Bürgerausschusses beugen, mahrend andererfeits dem Burgerausschuß ein entsprechendes Macht= mittel zur Bahrung feines Standpunktes nicht zu Gebot fteht. Benn beibe Kollegien vollzählig und in sich einig find, so hat allerdings der Bürger= ausschuß die Mehrheit, da wohl sein Vorsitzender, nicht auch der des Gemeinberats ein Stimmrecht befitt. Aber Diefer Borgug, ben bas Gefet bem Bürgerausschuß einräumt, ift ohne viel praktischen Wert. Da nur ber Gemeinderat die Durchzählung verlangen fann, fo wird eine folche bann nicht vorgenommen werben, wenn fich ichon zum voraus berechnen läßt, bak fie ein für ben Gemeinderat ungunftiges Ergebnis haben wird, und es wird vielmehr die Beschlukfassung auf einen gelegeneren Reitpunkt verschoben werben, mas gewöhnlich nicht fehr schwer halt, ba bie Beteiligung an ben Sigungen feitens ber Burgerausschußmitglieder nicht mit ber Regelmäßigkeit und Bollzähligkeit zu erfolgen pflegt wie feitens ber Gemeinderäte.

Auch abgesehen bavon ist bas Berhältnis des Bürgerausschusses zum Gemeinderat weit entfernt von dem der Gleichberechtigung. Der Bürger-

ausschuß ist zwar in ben wichtigften Angelegenheiten ber Verwaltung zur Mitwirkung berufen, aber biese Mitwirkung ist eine rein erganzende, gewissermaßen nachträgliche. Nicht ber Bürgerausschuß ist es, ber auf ben Gebieten, die überhaupt feiner Einwirfung zugänglich gemacht find, die einzelnen Fragen aufrollt und ber Beschluffaffung ber Gemeinbeorgane unterstellt, sondern der Gemeinderat. Der Bürgerausschuß hat nur den Beruf, Stellung zu nehmen zu ben Beschlüffen bes Gemeinderats, nicht aber kann er ben Gemeinderat nötigen, Stellung zu feinen, des Bürgerausschuffes, Beschlüffen zu nehmen. Der Gemeinderat ift basjenige Organ in der Gemeinde, das, um ein neuerdings viel gehörtes Wort zu gebrauchen, der Bermaltung Ziel und Richtung gibt. Es fehlt bem Burgerausschuß bas Recht ber Initiative. Er fann zwar jederzeit Anregungen an den Gemeinderat geben und feine Anfichten und Bunfche zu ben verschiedensten Gegenständen außsprechen, aber einen Anspruch barauf, daß biefen seinen Anregungen und Bunfchen feitens bes Gemeinderats eine Folge gegeben wird, daß eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet und vom Gemeinderat beraten wird, daß der Gemeinderat auf die einseitigen Beschlüsse des Bürgerausschusses irgendwie eingeht, sie ausführt, besitzt er nicht. Das Berwaltungsedift spricht allerdings davon, daß der Bürgerausschuß, wenn er mit feinen Anträgen beim Gemeinderat kein Gehör findet, fich beschwerde= führend an die Gmeindeaufsichtsbehörden zu wenden berechtigt ift. Aber eine folche Beschwerde kann nur dann Erfolg haben, wenn fie eine Ungelegenheit betrifft, in der die Auffichtsbehörde einzuschreiten berechtigt ift, wenn sie sich also gegen eine Verletzung von Rechtspflichten ber Gemeinde richtet. Das Beschwerberecht bes Bürgerausschusses unterscheibet fich also von bemjenigen irgendwelcher privater Interessenten nicht und hat namentlich nicht die Wirkung, daß der Gemeinderat nun gezwungen werden könnte, sich mit Antragen bes Burgerausschusses, die ihre Entstehung reinen Zweckmäßigkeitserwägungen verdanken, auch nur oberflächlich zu befassen. Die betreffende Bestimmung bes Verwaltungsedikts hat keine andere Bedeutung als die, daß dem Bürgerausschuß, der im übrigen nach außen nicht handelnd auftreten kann, für biesen speziellen Fall eine folche Befugnis eingeräumt merben foll.

Der Bürgerausschuß war offenbar gebacht als parlamentarische Bertretung gegenüber bem anfänglich lebenslänglichen Gemeinberat, und in ber Tat hat seine Stellung zu letzterem manches gemein mit berjenigen bes Barlaments zur Staatsregierung. Der Gemeinberat ist alleiniger Inhaber ber Exekutive; die Aufgabe des Bürgerausschusses ist rein beschließender Natur. Der Zuständigkeit des Gemeinberats ist nichts verschlossen, was das

Gemeindeleben berührt; sie ist nur auf gewissen Gebieten eingeschränkt durch eine konkurrierende Zuständigkeit des Bürgerausschusses. Auf diesen Gebieten, auf welche die Mitwirkung des Bürgerausschusses beschränkt ist, sind die Willenserklärungen beider Kollegien insosern gleichwertig, als ohne ihre Übereinstimmung keine von beiden rechtswirksam ist. Der Bürgerausschuß ist zur Kontrolle des Gemeinderats wie das Parlament zu der der Regierung berufen. Beiden Kontrollorganen stehen als Mittel zum Zweck nur die Jahresrechnungen zu Gebote; der Gemeinderat ist so wenig wie die Staatseregierung verpstichtet, zu jenem Behuf Akteneinsicht zu gewähren. Bezüglich der Feststellung des Etats stehen sich Parlament und Bürgerausschuß, rein rechtlich betrachtet, gleich.

Aber es find andererseits berartige Differenzpunkte vorhanden, daß bem Bürgerausschuß ber Charafter einer mahren parlamentarischen Vertretung faum zugesprochen werden kann. Zunächst ift hiebei zu bemerken, daß, wie auch die Motive zum Gemeindeordnungsentwurf aussprechen, die Bahl ber Mitglieder viel zu gering ift, als bag von einem Stadtparlament bie Rebe fein könnte. Auch die mangelnde Öffentlichkeit feiner Verhandlungen läßt ben Eindruck nicht recht auffommen, daß man im Bürgerausschuß einen parlamentarischen Vertretungekörper vor sich hat. Namentlich aber ist zu beachten, daß dem Gemeinderat in der Majorifierung des Bürgerausschuffes ein Recht in die Sand gegeben ift, wie es ber Regierung im Berhältnis jum Barlament niemals zusteht. Das Recht der Regierung zur Auflösung des Barlaments unterscheidet sich grundfählich hievon. Regierung und Barlament sind vielmehr gleichberechtigte Kaktoren bei ber Willensbildung bes Weiterhin begründet das Fehlen der Initiative beim Bürger-Staates. ausschuß einen tiefgehenden Gegensat zu echter parlamentarischer Bertretung. Enblich fehlt bem Bürgerausschuß bas zur Ausübung einer wirksamen Kontrolle erforderliche Recht, Auskunfte vom Gemeinderat zu verlangen. Rufammenfaffend muß gefagt werben, daß bie Stellung, die bas Befet bem Bürgerausschuß zuweist, doch zu unbedeutend ift, als daß fie ber bes Parlamente auch nur annähernd gleichgeachtet werden fonnte.

Mit ber gesetzlich vorgeschriebenen Art bes Zusammenwirkens beiber Kollegien stimmt nun aber die tatsächliche kaum irgendwo ganz überein, und es herrscht in dieser Richtung trot der Einheitlichkeit der Gesetzgebung eine große Mannigsaltigkeit der Verhältnisse. In Stuttgart werden in den Fällen, in denen die Mitwirkung des Bürgerausschusses nach dem Gesetz notwendig ist, zunächst vom Gemeinderat allein vorläusige Beschlüsse gefaßt, die sodann dem Bürgerausschuß zu abgesonderter Vertretung überwiesen werden. Hierauf wird

in gemeinschaftlicher Sitzung endaültig Beschluß gefaßt. Um weitesten liegen die Geftaltungen auseinander in Beilbronn einerfeits und Smund andererfeits. In Heilbronn finden gemeinschaftliche Beratungen beider Kollegien nur auß= nahmsweise statt, beibe verhandeln vielmehr je getrennt für sich. Der Ge= meinderat faßt feine Beschlüffe und teilt fie bann schriftlich bem Burgerausschuß mit, ohne daß die gesetlich vorgeschriebene Borbesprechung zwischen ben Rollegien stattgefunden hätte. In ben gemeinschaftlichen Sitzungen werden in ber Regel nur die Beschlusse bes Burgerausschusses zu benen bes Gemeinderats verfündigt. Weitere Falle als die gesetlich vorgeschriebenen werden bem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung nicht unterbreitet. Zu irgendwelchen Unzuträglichkeiten hat diese scharfe Trennung beiber Rollegien nicht geführt. Zweifellos wird hiedurch eine Beeinflussung des Bürgerausschusses in der Brüfung der Gemeinderatsbeschlusse vermieden, ein selbständiges Urteil ermöglicht und die Stellung bes Burgerausschuffes als eines unabhängigen Kontrollorgans fommt hiebei jedenfalls fehr entschieden zur Geltung. Auch werden heftige Zusammenstöße beider Rollegien vermieden. Steht Unsicht gegen Unficht, fo findet feine lange Debatte ftatt. Der Burgerausichuß gieht sich zurud zu nochmaliger Beratung. Bleibt bann die Meinungsverschiedenheit noch bestehen, so wird durchgezählt, wenn bas Stimmenverhältnis dem Gemeinderat gunftig ift. Es wird übrigens fehr felten nötig, zu diesem Mittel zu greifen, meift werden die Meinungsverschiedenheiten durch gegenfeitige Konzessionen behoben; wenn aber durchgezählt wird, so wird diese Makregel vom Bürgerausschuß mit Gelaffenheit aufgenommen.

In Smund dagegen wird von der Bestimmung, daß der Gemeinderat ben Burgerausschuß zu seinen Beratungen beiziehen fann, wenn er es für notwendig hält, ein Gebrauch gemacht, der weit über die mit jener geset= lichen Bestimmung verfolgten Absichten bes Gefetgebers hinausgeht. Gemeinderat wird nie ohne den Bürgerausschuß zusammenberufen und mit wenigen Ausnahmen wird alles gemeinschaftlich beraten. Der Bürger= ausschuß hält auch seinerseits keine gesonderten Sitzungen. Meinungs= verschiedenheiten zwischen beiden Kollegien werden in der gemeinschaftlichen Situng, und zwar fo gut wie immer ohne Durchzählung behoben, ber Bürgerausschuß zieht sich nicht zu besonderer Beratung zurück. Wirkungen biefes Syftems betrifft, so werden fie als durchaus zufriedenstellend bezeichnet. Ronflitte zwischen ben Rollegien fommen kaum vor; ber Bürgerausschuß ist weniger ein Kontrollorgan als ein Teil, ber Gemeinderat eine Urt von Abteilung des Gefamtfollegiums.

Zwischen den Grenzen, wie fie durch das Berhältnis der bürgerlichen

Kollegien in den genannten beiden Städten gegeben sind, kommen in den übrigen Städten verschiedene Abstusungen vor. Gemeinsam ist bei den meisten die Tendenz, dem Bürgerausschuß eine etwas inhaltsreichere Stellung einzuräumen als es die gesetliche ist. Fast überall — nicht in Ulm z. B. — wird dem Bürgerausschuß das ihm vom Geset vorenthaltene Recht der Initiative stillschweigend zugestanden, und die gesetlichen Zuständigkeitsegrenzen werden meist zugunsten des Bürgerausschusses nicht ganz streng beachtet.

Von der Stimmendurchzählung wird nur in wenigen Städten, unter ihnen vor allem Ravensburg, ein umfangreicher Gebrauch gemacht. Meist wird die friedliche Beseitigung der Differenzpunkte dem Zwang vorgezogen, der in verschiedenen Städten vom Bürgerausschuß als Härte empfunden würde beziehungsweise wird. In Stuttgart z. B. kommt die Durchzählung so gut wie niemals vor.

Als ein vortreffliches Mittel zur Bermeidung folcher Konflikte haben fich die gemischten Rommissionen erwiesen. Sie dienen zugleich bazu, die Bürgerausschußmitglieder zur praktischen Arbeit für bas Gemeinwesen heranzuziehen und ihnen einen tieferen Einblick in bas Wefen ber Verwaltung zu verschaffen. In den Mittelstädten find bie meisten ber ständigen Kommiffionen gemischt. Sie find gewöhnlich zur Balfte aus Gemeinderats-, zur Balfte aus Bürgerausschußmitgliedern zusammengesett und stehen ber Regel nach unter dem Borsit bes Ortsvorstehers. Als solche Kommissionen sind zu nennen: Gas-, Waffer-, Elektrigitätswerkfommiffionen mit ber Aufgabe, Die Verwaltung biefer Betriebe zu leiten baw. baran mitzuwirken und fie zu überwachen, Anlehenskommissionen zur Borberatung von Anlehensfragen, Schulkommissionen, Finanzkommissionen usw. Besondere fozialpolitische Kommissionen sind nirgende vorhanden. Ihre Tätigkeit ift natürlich rein vorbereitender Natur. Im allgemeinen wird innerhalb ber Kommission nicht unterschieden zwischen Wegenständen, in benen ber Gemeinderatsbeschluß der Buftimmung bes Burgerausschusses bedarf, und folden, in benen bies nicht ber Fall ift. Die Rommission berät vielmehr über alle vorkommenden Un= gelegenheiten. Anders ift bies in Ulm, wo die für das Plenum nach dem Gefet geltenden Zuftändigkeitsgrenzen auch innerhalb der Kommission be= achtet werden, nicht bagegen in Seilbronn, so fehr im übrigen bort ber Burgerausschuß in ben gesetlichen Schranken gehalten mirb. In Ravensburg geht bas Bestreben, ben Bürgerausschukmitgliedern einen möglichst vollständigen Ginblick in die Gemeindeverwaltung zu gemähren, fo weit, daß fogar in die gemeinderätliche Defreturenabteilung Bürgerausschußmitglieder berufen werben.

E. Springer.

In Stuttgart vollzieht sich, wie schon bemerkt, die Verwaltungstätigkeit bes Gemeinderats in der Hauptsache in den Gemeinderatsabteilungen, in denen natürlich der Bürgerausschuß nicht vertreten ist und die ständigen Kommissionen, in denen, wenigstens teilweise, auch in Stuttgart Mitglieder des Bürgerausschusses sich befinden, treten an Bedeutung gegenüber den anderwärts bestehenden wesentlich zurück. Doch haben in einigen wichtigen unständigen Kommissionen Mitglieder des Bürgerausschusses Sitz und Stimme (Kommission für Erbauung eines Schlachthauses, Anlehenskommission).

Das Berhältnis ber Kollegien zueinander ist durchweg ein gutes, friedliches, namentlich sieht der Bürgerausschuß seine Aufgabe nicht etwa darin, die Beschlüsse demeinderats, zu benen er Stellung zu nehmen hat, wenn irgend möglich, zu bekämpfen; grundsätliche Opposition ist ihm, zur Zeit jedenfalls, überall fremd.

Trotbem bem Bürgerausschuß vielfach eine von der gesetlichen nicht unwesentlich abweichende Stellung gewährt, eine größere Ginflußsphäre eröffnet worden ist, hat er sich kaum irgendwo zu voller Ebenbürtigkeit mit bem Gemeinderat aufgeschwungen. Ginigermaßen mag hiebei ber Umftand mitwirken, daß diese Erweiterung feiner Befugnisse feine feste gesetliche Grundlage hat und daß der Gemeinderat daher an fich nicht gehindert ift, fie wieber jurudzuschrauben, bes weiteren, bag ber Burgerausschuß in Fällen ber Meinungsverschiedenheit boch ab und zu zu fühlen bekommt, daß ber Gemeinderat das eigentlich maßgebende Organ ift. Der hauptgrund bafür aber ist zweifellos barin zu erblicken, bag auch ber Gemeinderat birekt von der Bürgerschaft gewählt wird, daß er sich nicht weniger als ber Bürgerausschuß als eine mahre Vertretung berfelben anzusehen berechtigt ift und, wie die Dinge liegen, nicht nur als gleichwertige Vertretung, fondern als eine folche höheren Ranges. Daß biefe Unschauung herrscht, geht einmal aus der Wahlbeteiligung hervor, die bei den Gemeinderatsmahlen ftets größer ist als bei benen zum Burgerausschuß, ferner daraus, daß zwar Bürgerausschußmitglieder sehr häufig später in den Gemeinderat gewählt werden, der umgekehrte Fall aber niemals vorkommt: Für die Mitgliedschaft zum Gemeinderat wird von der Wählerschaft ein durch die Tätigkeit im Burgerausschuß zu erbringender Befähigungs= nachweis verlangt, für ben Bürgerausschuß nicht. Der Bürgerausschuß hat fich wohl zuweilen als treibendes Element, als Element bes Fortschritts erwiesen, so namentlich in Heilbronn 1, auch in Tuttlingen und wohl auch

¹ Es mußte übrigens zur Abschaffung bes Bolksichulgelbes ber Widerstand bes Bürgerausschuffes burch Durchzählung überwunden werden.

andernorts, aber im allgemeinen kann ihm dieser Ruhmestitel nicht zusgebilligt werden. Das maßgebende Organ, dasjenige, von dem die eigentsliche Initiative, und zwar bleibend und stetig, nicht nur gelegentlich ausgeht, ist der Gemeinderat.

XIII. Heranziehung der Bürger zu anderweiten städtischen Chrenämtern.

Nach dem Gemeindeangehörigkeitsgesetz von 1885 sind die Mitglieder des Gemeinderats und Bürgerausschusses verpflichtet, eine Wahl in die für einzelne Geschäftszweige niedergesetzten Deputationen und Kommissionen anzunehmen und dieses Umt während der Dauer ihrer Mitgliedschaft in den Gemeindekollegien zu versehen. Undere Personen haben eine gesetzliche Pflicht zur Unnahme solcher Ehrenämter nicht; sie sind nur, wenn sie ein solches Umt einmal angenommen haben, dazu verpflichtet, es während der festzgesetzten Dauer, höchstens aber 6 Jahre lang, zu versehen.

Lon ber hierin liegenden Ermächtigung der Gemeindekollegien, ihre Kommissionen usw. durch Berufung von anderen Personen als Kollegials mitgliedern zu besetzen dzw. zu verstärken, wird kein sehr umfangreicher Gebrauch gemacht, und nur wenige Städte haben in ihren Kommissionen und Deputationen, von einzelnen Schulkommissionen abgesehen, Mitglieder, die den bürgerlichen Kollegien nicht angehören: Ulm in seiner erweiterten Bausommission, in der "Kommission für die Arbeitss und Wohnungsvermittlungsstelle und das Arbeitersekretariat" sowie in der Theaterkommission, Heilbronn in der Bibliothekss, Gebäudesteuereinschätzungss, Quartierkommission, und einigen anderen, weniger bemerkenswerten Kommissionen, Cannstatt und Ludwigsburg in ihren Quartierdeputationen bzw. «Kommissionen.

Hiemit ift jedoch ber Kreis ber Gebiete, die dem Chrenamt erschlossen sind, nicht erschöpft. Jenseits der Zuständigkeit des Gemeinderats kann eine Mitwirkung von Chrenbeamten namentlich stattfinden bei der Schuls verwaltung und der Wohnungsaufsicht, jenseits seiner eigentlichen, gesetzlich oder autonom umschriebenen Aufgaben und losgetrennt von der Mitgliedsschaft zu ihm bzw. seinen Kommissionen, in der Armens und Waisenpslege.

Nach bem Bolksschulgesetz von 1836 und seinen Novellen wird die Aufsicht über die Volksschulen durch je eine besondere Ortsschulbehörde für jede Konfession (auch Ortsschulrat genannt) geführt, die aus höchstens drei der Ortsgeistlichen, ebenso vielen Lehrern der betreffenden Konfession und so vielen, von den Gemeindekollegien auf 3 Jahre aus der Schulzgemeinde zu wählenden Gemeindebürgern besteht, als Geistliche und Lehrer

zusammen der Behörde angehören; weiterhin ist Mitglied und neben dem ersten Geistlichen Mitvorsitzender in den Ortsschulbehörden der Ortsvorsteher. Wer durch Wahl aus den Schulgemeindegliedern berufen wird, ist nur dann zum Eintritt in die Ortsschulbehörde verpflichtet, wenn er Mitglied der bürgerlichen Kollegien ist.

Die Ministerialverfügung vom 21. Mai 1901, welche die Einrichtung einer besonderen Wohnungsaufsicht anordnet, weist die Auswahl der mit der Bornahme der Wohnungsaufsicht zu betrauenden Organe dem freien Ersmessen der Gemeinde zu.

Nach dem Ausführungsgesetz zum Unterstützungswohnsitzgesetz von 1873 steht die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege den bürgerlichen Rollegien zu, wobei jedoch der Gemeinderat durch den ersten Ortsgeistlichen jeder Konfession verstärkt wird und der Borsitz in dieser "Ortsarmenbehörde" dem Ortsvorsteher und dem Ortsgeistlichen der überwiegenden Konfession gemeinschaftlich zusteht. Aus Grund eines Beschlusses der bürgerlichen Kollegien kann eine besondere, dem Gemeinderat untergeordnete Deputation aus Mitsgliedern der bürgerlichen Kollegien geeignetensalls unter Zuziehung anderer Ortseinwohner für die Verwaltung der gesamten öffentlichen Armenpslege und ebenso Kommissionen für die Verwaltung einzelner Zweige oder Ansstalten der Armenpslege gebildet, auch für einzelne Bezirke der Gemeinde besondere Armenpsleger bestellt werden.

Der Gemeinderat endlich, der die dem Gemeindewaisenrat nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch obliegenden Verrichtungen wahrzunehmen hat, kann zu seiner Unterstützung bei der Beaufsichtigung der im Kindesalter stehenden Mündel ehrdare Frauen, die hiezu bereit sind, als Waisenpflegerinnen in widerruflicher Weise bestellen.

In den Ortsschulbehörden befinden sich von nichtsachmännischen gewählten Mitgliedern nur in einigen der größeren Städte solche, die nicht den bürgerlichen Kollegien angehören. Im allgemeinen überwiegt der Einfluß der Fachmänner, namentlich der Ortsschulinspektoren den der Gewählten ganz entschieden. Eine andere als mitberatende Tätigkeit entsalten letztere kaum, die eigentliche praktische Arbeit leisten in der Hauptsache die anderen Mitglieder.

Bei der Wohnungsaufsicht werden in den Mittelstädten nirgends ehrenamtliche Wohnungsinspektoren verwendet; in Stuttgart dagegen wurde der Bersuch gemacht, mit der Wohnungsinspektion ehrenamtliche Wohnungspfleger zu betrauen. Die Stadt ist zu diesem Zweck in 210 Wohnungspflegebezirke eingeteilt, an deren Spike je ein Pfleger steht, der bestimmte Kategorien aufsichtsbedürftiger Wohnungen ständig zu beaufsichtigen und nach jedem

Aufzug neuer Mieter, von dem er durch das Wohnungsamt Nachricht ershält, mindestens aber einmal jährlich zu besichtigen hat. Außerdem hat er im besonderen Auftrag diejenigen Wohnungen zu besuchen und zu kontrollieren, die ihm vom Wohnungsamt jeweils besonders bezeichnet werden. Über den Befund hat er Bericht zu erstatten.

Es hielt nicht sehr schwer, die erforderliche Anzahl von Pflegern zu bekommen, und zwar aus allen Schichten der Bevölkerung, namentlich auch der Arbeiterschaft. Aber die Erfahrungen sind nicht sehr günstig. Es hat sich gezeigt, daß die Grenze des dem Ehrenamt zugänglichen Tätigkeitsegebiets jenseits des Bereichs der Wohnungspflege liegt, daß hier das Ehrensamt versagt. Der Wohnungspfleger ist eben der Vorbote von obrigkeitlichen Zwangsmaßregeln, infolge dessen meist ein wenig willkommener Gast und als solcher Unannehmlichkeiten ausgesetzt, für welche die aus der Tätigkeit für das allgemeine Wohl sließende Befriedigung kein hinreichendes Üquivalent bietet. — Die Mehrzahl der Pfleger, die im Februar 1903 ihr Amt ansgetreten haben, ist bereits wieder zurückgetreten und man hört, daß die Stadt sich anschießt, berufsmäßige Wohnungspfleger anzustellen.

Umfangreicher ift die Berwendung von Shrenbeamten auf bem Gebiete ber Armenpflege, ber eigentlichen Domane ber ehrenamtlichen praktischen Tätigkeit. Bon den 14 Städten haben 7, Cannstatt, Reutlingen, Göppingen, Tübingen, Tuttlingen, Beidenheim und Schwenningen, eine auf die Mitwirfung freiwilliger Armenpfleger verzichtende Armenpflege. Die Armenverhältnisse sind eben dort, wie versichert wird, nicht so kompliziert, als daß fie den Mit= gliedern der Ortsarmenbehörde, namentlich dem Ortsvorsteher und den Geistlichen, nicht genau bekannt, daß besondere ehrenamtliche Hilfspersonen not= wendig waren. In Gmund und Ravensburg find es Mitglieder der burgerlichen Kollegien, die als folche Armenpflegerdienste leiften. In den übrigen Städten find freiwillige, nicht notwendig ben Gemeindekollegien angehörige ehrenamtliche Armenpfleger tätig. Solche Armenpfleger zu gewinnen bereitet nirgende namhafte Schwierigkeiten, und zwar rekrutieren fie fich nicht nur aus einzelnen Berufsklaffen. Die Angehörigen bes gewerblichen (im weiteren Sinne) Mittelstands überwiegen übrigens bedeutend; höhere Beamte und Offiziere find in nennenswerter, doch auch hier nicht bedeutender Zahl nur in Stuttgart vorhanden, sie werben, ba ihnen von ben Armen leicht von vornherein ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht werden könnte, da und dort nicht gern bestellt, dagegen machen die Lehrer und, namentlich außer= halb Stuttgarts, die Fabrikanten einen verhältnismäßig starken Prozentsat Arbeiter scheinen fich verhältnismäßig nicht in großer Zahl zur Berfügung zu ftellen. Die Städte Ulm, Eglingen und Ludwigsburg haben gar keinen unter ihren Armenpflegern, auch in Stuttgart treten sie stark zurück, in Heilbronn sind etwas über 6% berselben Arbeiter. Es wäre jedoch unzulässig, aus dieser schwachen Bertretung der Arbeiterschaft ohne weiteres auf mangelnden guten Willen zu schließen, es ist vielmehr zu bebenken, daß die Besetzung offener Stellen nicht auf Grund einer öffentlichen Aufsorderung, sondern unter der Hand geschieht und daß dabei manche Borurteile walten und, manchmal jedenfalls, die Parteistellung etwaiger taugslicher Arbeiter nicht underücksichtigt bleibt. Wo übrigens Arbeiter tätig sind, wird ihnen in ihrer Mehrzahl ein gutes Zeugnis ausgestellt. Man rühmt ihnen nach, daß sie nicht etwa zu milde urteilen, sondern einen besonders treffenden gerechten Maßstab anzulegen und auf die Unterstützten einzuwirken wissen. Alls im allgemeinen sehr gute Armenpfleger werden überall auch die Lehrer bezeichnet.

In Ulm werden seit kurzer Zeit, in Stuttgart und Ludwigsburg seit Jahren schon auch Frauen zur Armenpslege herangezogen, und zwar mit so gutem Erfolg, daß man der Einrichtung eine weitere Verbreitung wünschen möchte. Eigenschaften, von denen man mit Recht einen ungünstigen Einssluß auf die Armenpslege befürchtete, wie übertriebene Weichherzigkeit, Zimperlichseit, Geneigtheit, sich einschüchtern zu lassen, u. a., machen sich durchaus nicht in besonderem Maße geltend, jedenfalls weit weniger, als man vielsach anzunehmen geneigt war, weniger namentlich auch, als die bekannten, dem weiblichen Geschlecht eigentümlichen, für die Armenpslege besonders schäßenswerten Eigenschaften. Auch bei ihnen sind, soweit sich den Verzeichnissen entnehmen läßt, die verschiedensten Berufse und Gesellschaftse klassen vertreten.

Soviel sich bis jest übersehen läßt, bewährt sich die Heranziehung der Frauen ebenso wie zu der Armenpflege so auch zu der Waisenpflege. In Stuttgart, Ulm und Heilbronn hat sich das Bedürsnis herausgestellt, zur Unterstützung des Gemeindewaisenrats (Gemeinderats), der als solcher offenbar zu klein ist, um die ihm gesetzlich obliegenden Funktionen allein wahrnehmen zu können, von der gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch zu machen und besondere Waisenpflegerinnen zu bestellen. (In Stuttgart werden neben den weiblichen auch männliche Waisenpfleger in erheblicher Zahl verwendet.)

Es märe verfehlt, aus diesen wenigen Fällen, wo über den Kreis der Gemeindefollegien hinaus die Kräfte und Fähigkeiten der Einzelnen Gemeindezwecken nutbar gemacht werden, darauf zu schließen, daß überhaupt kein namhaftes Anwendungsgebiet vorhanden sei für das System, Bürger in einzelnen Zweigen des Gemeindelebens nicht bloß zur Mitberatung und Teilsnahme an der Beschlußfassung, nicht bloß zu einer Art von parlamentarischer

Kontrolltätigkeit mit minimaler Berantwortlichkeit, sondern zu unmittelbarer praftischer Arbeit heranzuziehen und ihnen Aufgaben zu übertragen, die andernfalls besondere Beamte auszuführen hätten. Schon früher murbe ermähnt, daß die Mitalieder der Gemeindekollegien felbst ihre Aufgabe in jenem erweiterten Sinne aufzufaffen haben. Es möge nur angeführt werben bie Tätigkeit ber Gemeinderatsmitglieder in Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Baufachen (Baufchau), in Feuerpolizeifachen (Ortsfeuerschau), in ber Rechtspolizei (Felduntergang), in Grundstücks- und anderen Käufen und Berkaufen der Gemeinde, bei der Berwaltung der kommunalen Gewerbebetriebe; überall hier greift bie Tätigkeit ber Gemeindevertreter über ben Sigungefaal hinaus. Aber man muß fich immerhin hüten, ben Umfang und die Bedeutung Diefer Tätigkeit zu überschäten. Bom Beraten und Beschließen abgesehen, liegt ohne Frage ber Sauptteil ber praktischen Ausführungs- und Vorbereitungsarbeit auf ber Berufsbeamtenschaft und nicht in den händen von Ehrenbeamten, und der Wert der Mitarbeit durch lettere ruht, vielleicht noch mehr als in fich felbst, barin, bag bie Burgerschaft eine Gemähr barin erblickt, daß ber fogenannte gefunde Menschenverstand, beffen Besitz man so gerne ben Berufsbeamten abzusprechen geneigt ist, in ber Bermaltung zur Geltung gelangt, daß fie das Gefühl bekommt, nicht gang ber Bureaufratie ausgeliefert ju fein. In einzelnen besonderen Gebieten aber ift bie Bedeutung bes Ehrenamts zweifellos weit höher ein= auschätzen, ist die Tätigkeit ber Ehrenbeamten als folche von größtem Wert und ber von Berufsbeamten ohne weiteres vorzuziehen. Sierher gehört vor allem die Armenpflege. Die Borzüge der ehrenamtlichen Armenpflege find zu bekannt, als daß fie hier aufgeführt zu werden brauchen, es genüat festzustellen, daß die Erfahrungen in den württembergischen Städten nichts befonders Bemerkenswertes bieten; fie geben überall babin, daß zwar ein nicht unbedeutender Prozentsat der ehrenamtlichen Armenpfleger namentlich mann= lichen Geschlechts ihrer Aufgabe sich wenig gewachsen zeigt, daß es aber boch die Mehrzahl ist, die sich ihrem Amt mit Gifer und Erfolg hingibt, und baß ihre Tätigfeit sich frei zeigt von jenem oberflächlichen Schematismus, in ben ber subalterne Berufsarmenpfleger so leicht verfällt, ber feine Aufgabe eben vielfach nicht fo fehr aus Liebe zur Sache und um eines ibealen inneren Borteils willen leistet als eben in Erfüllung seiner Dienstoflicht. — Daß übrigens die Anwendbarkeit des Systems des Chrenamts nicht un= begrenzt ift, wurde schon mit den Bemerkungen über die Wohnungsaufsicht in Stuttgart angebeutet.

XIV. Berhältnis der Städte zur Staatsregierung.

1. Abgrengung der Aufgaben.

Nach dem Gemeindeverfassungsgesetz und seinen Novellen hat die Gemeinde das Recht, alle auf den Gemeindeverdand sich beziehenden Ansgelegenheiten zu besorgen, ihr Vermögen und die in der Gemeinde vorshandenen Stiftungen, die für wohltätige oder sonst gemeinnütige Zwecke bestimmt und nicht ausschließlich kirchlicher Natur sind, selbständig zu verwalten und die Ortspolizei im Umfang des Orts und seiner Markung zu handhaben.

Weitere Tätigkeitsgebiete bzw. Pflichten sind den Gemeinden durch eine Reihe besonderer Gesetze eröffnet bzw. überwiesen worden, so vor allem die örtliche Armenpflege, das Volksschulwesen, bei dem den Gemeinden ein, allerdings sehr beschränktes Mitverwaltungsrecht entsprechend ihren bedeutenden sinanziellen Verpflichtungen eingeräumt ist, teilweise auch die öffentliche Gesundheitspflege und in Verbindung mit der Ortspolizei eine beschränkte Polizeistrafgewalt.

Der Wirkungsfreis der Gemeinden ist fehr umfangreich, und es sind ihnen im allgemeinen die Aufgaben zugewiesen, die sich überhaupt zur Erledigung durch ihre Organe eignen. Im einzelnen aber zeigen fich manche Besonderheiten, welche die Abgrenzung der staatlichen und kommunglen Zuftändigkeitsbereiche als wenig flar und instematisch erscheinen lassen. Ginerfeits ift ihnen manches entzogen, woran sie ein sehr unmittelbares Interesse haben, 3. B. auf bem Gebiet ber Baupolizei (Baukonzeffionen), andererseits find ihnen Obliegenheiten auferlegt worden, bei benen bas Interesse nabezu ausschließlich beim Staat liegt, z. B. die Berwaltung des Gerichtsvollzieheramts, die Mitwirfung bei ber Zwangsvollstredung wegen öffentlich-recht= licher Forderungen, die Schätzung der Gebäude und der Einzug der Berficherungsbeiträge für die staatliche Gebäudebrandversicherungsanstalt, die Mitwirfung beim Militarersatgeschäft, überhaupt für militarische Zwecke, Die Teilnahme an den Geschäften und Rosten für Bolks-, Bieh- usw. Bahlungen, Die Mitarbeit bei ben Landtags= und Reichstagsmahlen und bei ber Strafrechtspflege (Ortsvorsteher - Silfsbeamter ber Staatsanwaltschaft, Führung bes Strafregisters). Auch ber Einzug ber Grund-, Gebäude- und Gewerbefteuer für ben Staat und die Amtskörperschaften gehört an sich in diese Rategorie von Gemeindeaufgaben, wird aber vielfach als eine Art Privileg ber Gemeinden betrachtet. Es ist dies eine altwürttembergische, auch in der neuesten Steuergesetzgebung festgehaltene Einrichtung, wonach ber Staat biese

Steuern nicht unmittelbar von den Steuerpflichtigen erhebt, sondern den geschätzten Gesamtsteuerbetrag eines Oberamtsbezirks an die Amtskörperschaft ausschreibt, die ihrerseits ebenfalls überschlagsweise die Verteilung auf die einzelnen Gemeinden vornimmt; erst die Gemeinden wenden sich an den einzelnen Pflichtigen. Zweck dieser Einrichtung ist eine möglichste Berückssichtigung der individuellen Verhältnisse und Schonung des schonungsbedürftigen Zahlungspflichtigen, ein Zweck, der natürlich in den größeren Städten nur unvollkommen erreicht wird und erreichdar ist.

Es würde zu weit führen, das hiemit begonnene Verzeichnis der den Gemeinden übertragenen staatlichen Aufgaben zu Ende zu führen. Es soll nur noch hingewiesen werden auf die umfangreichen Pflichten, die auf die Gemeinden überwälzt worden sind durch die Ausführungsbestimmungen zum B.G.B. (freiwillige Gerichtsbarkeit), zu den Arbeiterversicherungsgesetzen, zur C.P.D. (Gemeindegericht), zur St.P.D. bzw. G.B.G. (Anfertigung der Schöffen- und Geschworenenlisten), durch das PStG., die Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetze.

Das hiemit gegebene Bild ber Inanspruchnahme ber Gemeinden für staatliche Zwecke ist jedoch unvollkommen. Es ist nicht außer acht zu lassen, daß die Gemeindebehörden darüber hinaus noch in sehr, teilweise zu aussebehntem Maße von den Staatsbehörden in Tätigkeit gesetzt werden sun Auskunfterteilung, Erhebungen, Zustellungen u. dergl. Das württembergische Recht ist durchaus von dem Grundsatz beherrscht, daß die Gemeindebehörde unterste Staatsbehörde im eigentlichen Sinn ist.

Der Kreis der Gegenstände, welche die Gemeinde freiwillig an sich ziehen fann, ift durch feine positive gesetzliche Bestimmung umgrenzt, jedenfalls nicht, soweit die Betätigung barin nicht mit Kosten verbunden ift. Es fann ben Gemeinden nicht verwehrt werden, Stellung zu Fragen bes öffentlichen Lebens zu nehmen, auch wenn ein unmittelbares Interesse ber Gemeinde bzw. der Gemeindegenoffen nicht in Frage fteht. Aber auch foweit Kosten daraus erwachsen, ist die Gemeinde nur durch die allgemeinen Borschriften über die Beobachtung möglichster Sparsamkeit und die Erhaltung bes Grundstocksvermögens, sowie endlich burch bie Bestimmung beschränkt, "daß keine ben allgemeinen staatswirtschaftlichen ober polizeilichen Grundfäten zuwiderlaufenden oder mit den Berhältnissen gegen andere Gemeinden und Staatsangehörige unverträglichen Magregeln" getroffen werben. "Als Grundregel," fagen die Motive zur Gemeindeordnung und wiederholen damit, was in verschiedenen Entscheidungen zu Spezialfällen ausgesprochen murbe, "kann erachtet werden, daß es Sache des freien Ermessens ist, welche Angelegen= heiten, vorausgesett, daß es sich um gemeinschaftliche Interessen der Ge=

meindeangehörigen oder doch eines nicht ganz beschränkten Teils berselben handelt, die Gemeinden in den Kreis ihrer Tätigkeit zu ziehen gewillt sind, soweit nicht dieses Ermessen durch ein gesetzliches Gebot oder Verbot begrenzt ist."

2. Die Staatsaufsicht im allgemeinen.

Die Aufsicht des Staats über die Gemeinde hat seit dem Erlaß des Bermaltungsedifts manche Underungen, Ginschränkungen erfahren. Bis zum Jahre 1849 bedurfte die Wahl der Gemeinderatsmitglieder und der Gemeindebeamten der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde, welche dieselben auch Die Leitung ber Gemeinberatsmahlen geschah burch ben Oberamtmann. Bei ber Ortsvorstehersmahl, die ebenfalls unter beffen Leitung por fich ging, mußte jeder Bahler ihm fein Botum mundlich zu Protofoll erklären. Im Jahre 1891 murde die Zahl ber Fälle, in benen die Beschlusse ber Gemeindekollegien ber Regierungsgenehmigung bedürfen, nicht unwesentlich vermindert, namentlich die außerordentlich dehnbare allgemeine Porschrift beseitigt, daß eine Genehmigung in allen Fällen erforderlich sei, "in welchen entweder das Interesse ber Gemeinde und ihrer Verwalter oder bas Interesse ber gegenwärtigen Bürgerschaft und ber fünftigen Glieber ber Gemeinde ober bas Interesse ber einzelnen Gemeinden und ber übrigen Staatsgenoffen geteilt ift." Auch die Bestimmung, Die langft außer Ubung gekommen war, daß in den Gemeinden erster Klasse alljährlich ein Ruggericht, d. h. eine umfassende Revision der Gemeindeverwaltung in allen ihren Zweigen abzuhalten fei, murde vollends aufgehoben. Dagegen be= beuten die Beftimmungen des Gefetes von 1891 über die Beftellung der Ortsvorsteher praktisch eine Verminderung der Rechte der Gemeinden; bis bahin maren von ber Wählerschaft brei Kandidaten zu bezeichnen, von benen die Regierung einen ernennen mußte, wenn er die gesetzlichen Gigenschaften hatte. Diese Bestimmung murde so gehandhabt, daß ein mirklicher Kandidat und zwei Strohmanner prafentiert murben, fo daß die Regierung bzw. ber König genötigt mar, ben von den Wählern gewollten zu ernennen. An die Stelle bavon ift nun bas freie ftaatliche Beftätigungsrecht getreten. Sievon abgesehen ist aber das staatliche Aufsichtsrecht im Laufe der Zeit zurückgeschraubt worden. Doch bleibt noch genügend Spielraum für bie Staats= behörden übrig, um Ginfluß auf die Gemeindeverwaltung üben zu können. Der Gebrauch, ber von ben Auffichtsrechten gemacht wird, ist übrigens ben größeren Städten gegenüber im allgemeinen magvoll; allerdings ift die Beschäftsbehandlung baselbst auch burchweg berart, daß nicht viel Anlaß für bie Staatsbehörden vorliegt, eine gegenfähliche Stellung einzunehmen.

In erster Linie sind die Oberämter, in Stuttgart eine besondere staatsliche Behörde, die Stadtdirektion, zur Führung der Aufsicht berufen; in einzelnen Angelegenheiten jedoch greift die betreffende Kreisregierung, ja selbst das Ministerium (in Stuttgart sehr häufig) unmittelbar ein. Selbst verwaltungsorgane als Gemeindeaufsichtsbehörden kennt das württembergische Recht dis jetzt nicht, doch sind solche im Entwurf der Bezirksordnung vorsgesehen.

Die Aufsicht tritt in Wirksamkeit gegenüber von Beschlüssen ber Gemeindekollegien, die sich als Überschreitung ihrer Befugnisse, als positive Rechtsverletzungen darstellen oder gegenüber von Unterlassungen, Nichterfüllung von Verpflichtungen der Gemeinde.

Das Eingreifen ber Aufsichtsbehörde kann erfolgen von Amts wegen ober auf Veranlassung durch den Ortsvorsteher bzw. den Bürgerausschuß. Im Zusammenhang hiemit steht, daß die Staatsaufsichtsbehörde Beschwerdesinstanz gegenüber der Gemeindeverwaltung ist.

Das Aufsichtsrecht äußert sich ferner, und dies ist sein praktisch bedeutsfamster Inhalt, darin, daß die Staatsbehörde in einer Reihe gesetzlich bestimmter Fälle den Beschlüssen der Gemeindekollegien durch ihre Genehmigung rechtliche Wirksamkeit zu verleihen bzw. durch ihren Einspruch die Aussührung zu hemmen berufen ist. Das Verzeichnis dieser Fälle, die da und dort zerstreut aufgeführt sind, ist reichhaltig, reichhaltiger wohl, als es bei den größeren Städten das praktische Bedürfnis erheischt. Die meisten davon beziehen sich auf die Finanzwirtschaft der Gemeinden (siehe unten).

Besonders intensiv sind die Aufsichtsbefugnisse auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung (siehe unten).

Endlich steht ber Regierung die Aufsicht über die dienstliche und außerdienstliche Führung der Mitglieder der Vertretungsorgane und über die Anaestellten der Gemeinde zu.

Die Aufsichtsbehörden haben hinreichend Mittel zur Berfügung, um die Aufsicht zu üben. Zunächst besitzen sie ein unbeschränktes Necht, Protokolle und sonstige Akten der Gemeinde einzusehen und zu diesem Zwecke einzuverlangen. Sodann sind die Gemeinden verpslichtet, die Aufsichtsbehörden auf Verlangen durch Berichterstattung über ihre Angelegenheiten zu unterrichten. Der Oberamtmann ist ferner berechtigt, "jeder Verhandlung des Gemeinderats in Gemeindesachen, welche seine Gegenwart erfordern möchte, auch unaufgefordert anzuwohnen. In keinem Fall darf aber durch die Gegenwart des Beamten die Freiheit der Veratung gestört oder das Stimmrecht der Ratsmitglieder beeinträchtigt werden", und er hat "die den Gemeinden und ihren Behörden eingeräumten Befugnisse zu

achten, die Leitung der Berhandlung, die Umfrage, die entscheidende Stimme ufw. bem Ortsvorsteher zu überlaffen". Die Fassung eines mit ben bestehenden Gesetzen verträglichen Beschlusses zu hindern, ift er unter feinen Umständen befugt. Gin weiteres Mittel ber Aufsichtsübung find bie Amtsvisitationen. Alle sechs Jahre wird in ben Gemeinden eine fogenannte Medizinalvisitation, d. h. eine Untersuchung ihrer gefundheitspolizeilichen Einrichtungen vorgenommen, und bei biefer Gelegenheit hat der Oberamt= mann die Amtsführung der Gemeindebehörden und den Zustand einzelner Zweige der Berwaltung überhaupt einer genauen Untersuchung zu unter-Auch gewährt die Rechnungs= und Kaffenkontrolle, die das Ober= amt führt, letterem manchen wertvollen Ginblick in die Ginzelheiten ber Verwaltung ber Gemeinden. Der Aufficht über die Gemeindebeamten im weiteren Sinne bient einmal vorbeugend bas ftaatliche Recht ber Bestätigung ber Ortsvorstehersmahl, nachträglich bie Disziplinarstrafbefugnis ber Regierung gegenüber ben Mitgliedern ber Gemeindekollegien und ben Ungestellten der Gemeinde.

Den Gemeinden steht gegen die Verfügungen der Aufsichtsbehörden als solcher in Gemeindeverwaltungssachen der Beschwerdeweg dis zu den Ministerien offen. Die Entscheidungen der letteren können nach dem Verwaltungserechtspflegegeset (§ 13) mit der Rechtsbeschwerde beim Verwaltungsgerichtschof dann angesochten werden, wenn die Verletzung eines subjektiven Rechts, idealer oder vermögensrechtlicher Natur, behauptet wird. Bestimmungen über Formen und Fristen für die reine Verwaltungsbeschwerde sehlen. Gegen Verfügungen der Aufsichtsbehörde in Polizeisachen wird ein Beschwerderecht der Gemeinden überhaupt nicht bzw. nur dann anerkannt, wenn letzteren eine mit vermögensrechtlichen Folgen verknüpste Leistung zugemutet wird. Sine besonders weittragende praktische Bedeutung hat diese Versagung des Beschwerderechts allerdings nicht, da die höhere Polizeibehörde jeder Denunziation über eine angebliche ungerechtsertigte Ausübung des Aufsichtserechts durch die ihr nachgesetzte Staatsbehörde stets Beachtung zu schenken und in ihre materielle Prüfung einzutreten pslegt.

Mangelhaft sind die Bestimmungen über die Art der zwangsweisen Durchführung von Anordnungen der Aufsichtsbehörde. Ein Recht der Zwangsetatisierung ist in Württemberg nicht ausgebildet. Dagegen besansprucht die Regierung das Recht für sich, die erforderlichen Maßregeln selbst auf Kosten der Gemeinde zu treffen, wenn letztere sich weigert, gesetzmäßigen Anordnungen der Aufsichtsbehörde nachzukommen. Aber die Eristenz dieses Rechts ist, soweit es sich nicht um polizeiliche Angelegenheiten handelt, zum mindesten sehr zweiselhaft. Eine positive gesetzliche Ermächtigung der

Aufsichtsbehörden zu solchem unmittelbaren Eingreifen in das Selbst= verwaltungsrecht der Gemeinden ist nur konstatiert für Volizeisachen, nicht aber in anderen Gemeindeangelegenheiten. Schon diese Tatsache legt ben Schluß nabe, daß ein solches Recht allgemein nicht besteht, um so mehr als ber betreffende Gesetzesartikel 1 bas Berfahren bei Ungehorsam nicht nur gegen polizeiliche, sondern auch gegen andere Anordnungen regelt. Dazu fommt noch, daß das Berwaltungsedift in § 64 bestimmt, daß die Aufsichtsbehörden bei Ausübung der Aufsicht in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht eingreifen burfen, und in § 90, daß ber Oberamtmann bei Brüfung ber Beschlüffe ber Gemeindekollegien in die Berwaltung bes Gemeindevermögens nicht selbsthandelnd eingreifen dürfe. Bon einem klaren Recht der Staatsbehörden, beffen Borhandensein hauptfächlich mit feiner Unenthehrlichkeit und der daraus folgernden Unwahrscheinlichkeit, daß es der Gefetgeber ber Auffichtsbehörde habe vorenthalten wollen, zu beweisen verfucht wird, fann hienach feine Rebe fein. Die Staatsbehörben hüten fich daher auch, davon Gebrauch zu machen, und ziehen vor, zu dem einzigen, gesetlich zweifellos zuläffigen Mittel zu greifen, nämlich mit Strafen gegen die widersetlichen Mitglieder der Gemeindevertretungen vorzugeben und damit einen indirekten Zwang auszuüben. Das Unbefriedigende dieses Rechtszuftands wird allgemein empfunden. Die neue Gemeindeordnung wird auch hierin Wandel schaffen.

3. Städtische Autonomie.

Württemberg hat seinen Gemeinden nur zögernd und in wenig umfangreichem Maße ein Recht der Selbstgesetzgebung zugestanden. Eine
generelle Ermächtigung, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften Gegenstände
des Gemeindeverfassungs= und Verwaltungsrechts statutarisch zu regeln, sehlt
heute noch. Dagegen ist in verschiedenen Reichs= und Landesgesetzen den
Gemeinden die Möglichseit der Erlassung von Ortsstatuten über einzelne
Materien eröffnet. Hinschlich der Erlassung besteht ein wesentlicher Unter=
schied zwischen den auf Grund des Polizeistrasgesetzes erlassenen und den
übrigen Ortsstatuten. Erstere werden vom Ortsvorsteher erlassen und bedürfen, wenn sie "eine für fortdauernde Geltung bestimmte Anordnung ent=
halten", der Zustimmung des Gemeinderats, letztere dagegen erläßt der Gemeinderat mit Zustimmung des Bürgerausschusses. Erstere bedürfen ferner keiner
staatlichen Genehmigung, sie sind der Regierungsbehörde zur Prüfung vor=
zulegen und werden, sosen, sosen siehehar. Letztere müssen, um rechtswirksam

¹ Art. 2 des Gef. v. 12. August 1879.

zu werben, von der Kreisregierung, in einzelnen Fällen vom Ministerium bes Innern (z. B. Ortsbauftatuten) bezw. der Zivilfammer bes betr. Landgerichts genehmigt werben. Die genehmigende Behörde kann die Genehmigung nicht nur wegen erheblicher Mängel bes Statuts, sondern aus reinen Zwedmäßigkeitserwägungen verweigern. Bei ben Polizeiftatuten hat fich die Prüfung barauf zu erstreden und zu beschränken, baß fie gesetmäßig erlaffen sind, mit keiner Anordnung einer höheren Behörde in Widerspruch stehen, bem öffentlichen Wohl nicht nachteilig sind und keine Rechte dritter ver-Bon ben auf Grund von Landesgesetzen erlaffenen Ortsftatuten find nach ihrer Erlaffung bekanntzumachen: Die Bolizeistatuten, Ortsbauftatuten und die auf Grund des A.G.B.G.B. erlaffenen nachbarrechtlichen Statuten; lettere beibe muffen außerbem vor ihrer Erlaffung im Entwurf veröffentlicht Für die Regel ist den Gemeinden freie Sand gelassen, ob sie Statuten erlaffen wollen ober nicht. Nur in einzelnen Fällen find fie hierzu verpflichtet (Ortsftatuten zusammengesetter Gemeinden). Die Ermächtigungen zur Erlassung von Ortsftatuten beziehen sich teils auf alle Gemeinden 1, teils sind fie beschränkt auf Städte über 10000 Einm. und bestimmt, den im Lauf ber Zeit entstandenen besonderen Bedürfnissen letzterer Rechnung zu tragen 2.

Wie zur Erlassung, so ist auch zur Zurücknahme ber Ortsstatuten, absgesehen von ben Polizeistatuten, Regierungsgenehmigung erforderlich. Polizeistatuten können von den höheren Verwaltungsbehörden aus den Gründen außer Wirksamkeit gesetzt werden, wegen deren die Beanstandung erfolgen kann.

Die württembergischen Städte werden im wesentlichen nicht nach Lokale, sondern nach Staatsgesetzen verwaltet. Welches der beiden Berwaltungsespsteme vom sozialpolitischen Standpunkt aus den Vorzug verdient, läßt sich allgemein nicht entscheiben. Es hängt dies einmal davon ab, welchen Spieleraum das Staatsgesetz dem freien Wollen der Gemeinde überläßt, sodann davon, inwieweit die Gemeinde zur Erlassung von Ortsstatuten verpslichtet und inwieweit sie hiebei an die Mitwirkung des Staats gebunden ist. Die Verwaltung der Gemeinden nach Staatsgesetzen ist daher nicht etwa gleichebedutend mit Zentralisserung, die nach Lokalgesetzen mit Dezentralisserung; die beiden Systeme können sich vielmehr in ihrer Wirkung auß äußerste nähern, und so bietet denn auch die Sozialpolitis der württembergischen

^{1 3.} B. Zahl ber Gemeinderatsmitglieder, Tagegelber für Gemeinderäte, Gehaltsund Penfionsstatuten für Gemeindebeamte, Unfallfürsorge für letztere, Regelung der Ratsschreiberei, Bürgerrechtserteilung, Bürgernutungen, Bildung von Gemeinde-, Schul-, Gesamtarmenverbänden usw.

² Bereinsachung ber Gemeindewahlen, Entlastung bes Ortsvorstehers und Gemeindepflegers, Anstellung besolbeter Gemeinderäte.

Stäbte nicht etwa ein gleichförmiges Bilb, fie hat nicht etwa einen einsheitlichen Durchschnittscharafter, zeigt vielmehr in ben einzelnen Stäbten nicht unwesentliche Unterschiebe, eben weil trot ihres beschränkten Selbstzgesetzgebungsrechts doch nicht von einer straffen Zentralisierung gesprochen werden kann.

4. Die städtischen Einangen und die Staatsaufsicht.

An Einnahmequellen haben die Städte in erster Linie ihr Vermögen, ferner Steuern, und zwar Einkommens-1, Wandergewerbe= und Wohnsteuer², an in= direkten Steuern die Liegenschaftsumsatsteuer und Verbrauchssteuern von Fleisch, Vier und Gas, weiterhin Gebühren, Strafgelber usw., endlich, nach dem Geset subsidiär, d. h. soweit die vorgenannten Einnahmen nicht zureichen, tatsächlich als Haupteinnahmequelle die nach den Grundsätzen des entsprechenden Staatssteuergesetzs zu erhebende Steuer aus Grundeigentum, Gebäuden und Gewerben (der sogenannte Gemeindeschaden). Für Zwecke der Armenpslege darf außerdem ein Zuschlag zur staatlichen Hundesteuer ershoben werden.

Bom Gemeindeschaben abgesehen sind die Boraussetzungen für die Zuslässigkeit der Erhebung der Steuern, sowie ihr Betrag bzw. Höchstetrag gesetzlich normiert; eine gesetzliche Pflicht zu ihrer Erhebung besteht jedoch auch beim Zutressen der gesetzlichen Voraussetzungen nicht, und insofern ist den Gemeinden auch in der Steuerpolitik vom Gesetz ein gewisser Spielsraum gewährt, allerdings ein bescheidener; denn er ist bezüglich der Versbrauchssteuern und der Umsatzteuer noch dadurch eingeschränkt, daß zur Sinsführung der ersteren eine Ermächtigung durch königliche Verordnung, der letzteren ministerielle Genehmigung erforderlich ist.

Bei Erhebung von Beiträgen der Grund= und Gebäudebesitzer, sowie der Gewerbetreibenden zu den Kosten der Herstellung und Unterhaltung von kommunalen Beranstaltungen, an denen jene besonders interessiert sind, haben die Gemeinden innerhalb des Nahmens der für die einzelnen Beitrags=gattungen erteilten gesetzlichen Ermächtigung freie Hand, und es wird von diesen Ermächtigungen überall Gebrauch gemacht (Kanalbeiträge, Beiträge für Straßen= und Trottoirherstellung usw.).

Bezüglich ber Gebühren ist "bie bestehende Rechtslage keine durchweg zweifelsfreie" (Motive zum neuen Gemeindesteuergesetz). Eine klare gesetz=

¹ Bis zu 1 % bes fteuerbaren Ginkommens.

² Kopfsteuer von höchstens 4 bzw. 2 Mf. von jeder felbständigen männlichen bzw. weiblichen Person, die ihren Wohnsit in der Gemeinde hat.

liche Bestimmung, welche die Gemeinden allgemein hierzu berechtigt, sehlt. Die herrschende, vom Verwaltungsgerichtshof sanktionierte Anschauung geht jedoch dahin, daß eine solche allgemeine Berechtigung tatfächlich besteht, und dementsprechend werden überall die verschiedensten Gebühren erhoben: Brückenund Pflastergelder, Schlachthausgebühren, Wasserzinse, Radsahrgebühren, Marktstandgelder, Gebühren für die Benutzung von Leichenwagen, sur Beerdigung, Trottoirreinigung, Latrinenreinigung u. a. m. Soweit die Benutzung von Gemeindeanstalten den Beteiligten zur Zwangspflicht gemacht ist, bedarf die Gebührensesstschung der Regierungsgenehmigung. Letztere ist auch erforderlich bei Einsührung und Erhöhung von Markt- und Meßegebühren, Brücken- und Pflastergeldern.

In der Verwaltung ihres Vermögens sind die Gemeinden nach dem Verwaltungsedikt selbständig; aber diese Selbständigkeit ist eingeschränkt durch die im Gesetz selbst und in den Ausführungsbestimmungen aufgestellten Berwaltungsgrundsätze und durch die Beaufsichtigung seitens der Staatsbehörden, welche diese Grundsätze nach ihrem Ermessen auszulegen haben.

Im allgemeinen macht es das Verwaltungsedikt dem Gemeinderat zur Pflicht, durch möglichste Erhöhung der Einnahmen und möglichste Beschränkung der Ausgaben der Bürgerschaft die Last der Gemeindeschadenumlage, "soviel an ihm liegt, zu erleichtern", "er ist es aber auch", so heißt es weiter, "den sonstigen Mitgliedern der Gemeinde schuldig, das wirkliche und unvermeideliche Desizit, soweit es nur immer die Kräfte der Kontribuenten gestatten, durch wirkliche Umlage ohne Angriss Gemeindesonds, ohne Kapitalsaufnahmen und Borempfänge zu becken."

Besonderer Nachdruck ist gelegt auf die Erhaltung des Grundstocksvermögens, das aus verzinslichen Forderungen, sowie aus Grundstücken und diesen gleichzuachtenden Rechten, welche einen bleibenden Ertrag abwerfen, besteht. Seine Verwaltung ist durch einen Ministerialerlaß von 1854 bis ins einzelste geregelt. Detaillierte Vorschriften gelten auch für die Bewirtschaftung der Gemeindewaldungen.

Die Staatsaufsicht über die Gemeindevermögensverwaltung äußert sich einmal in der allgemeinen Überwachung der Einhaltung jener Grundsätze, sodann darin, daß in einer Reihe einzelner Verwaltungsakte eine Mitwirfung der Staatsbehörde stattsindet.

1. Der Gemeinbeetat wird, nachdem er von den bürgerlichen Kollegien festgestellt ist, dem Oberamt übergeben, welches denselben nach der formellen und materiellen Seite hin prüft. Es kann die einzelnen Bositionen sowohl

¹ Nur Stuttgart, Ulm, Eglingen und Ludwigsburg erheben noch folche.

vom Standpunkt der Gefehmäßigkeit als auch der Zweckmäßigkeit beanstanden; übrigens wird nach der letzteren Seite hin eine gewisse Zurückhaltung geübt und die Prüfung auf wirklich Wesentliches beschränkt, entsprechend der in der Bollzugsverfügung zur Verwaltungsnovelle von 1891 gegebenen Weisung. Sine eigentliche Genehmigung des Etats sindet nicht statt, vielmehr wird der Statt 2 Wochen nach der Übergabe ans Oberamt ohne weiteres vollzziehbar, wenn er nicht ausdrücklich beanstandet wird.

Tritt im Lauf bes Etatsjahres die Notwendigkeit einer neuen bzw. erhöhten Umlage ein, so sind die vorstehenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden.

- 2. Staatliche Genehmigung (Kreisregierung) der Beschlüsse der Gemeindekollegien ist insbesondere in folgenden Fällen erforderlich:
- a) Wenn einem Mitglied des Gemeinderats (3. B. dem Ortsvorsteher) eine neue oder erhöhte Besoldung, ein Wartegeld oder ein Ruhegehalt verswilligt wird, sofern der Betrag derselben und die Voraussetzungen ihrer Verwilligung nicht durch Gesetz oder Ortsstatt bestimmt sind.
- b) Bei Veräußerungen von unbeweglichem Vermögen oder biesem gleichzuachtenden Rechten, wenn der Wert des Veräußerten 10 000 Mk., in Stuttgart 30 000 Mk., übersteigt.
- c) Bei Kapitalaufnahmen, durch welche der Schuldenstand der Gemeinde vermehrt wird, sofern es sich nicht um die bloß vorübergehende Eingehung einer Schuld zur Bestreitung solcher etatsmäßiger Ausgaben handelt, für welche die Deckungsmittel im Etat vorgesehen sind, aber erst im weiteren Verlauf des Rechnungsjahres eingehen; bei der Feststellung der Schuldentilgungspläne und bei jeder Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber.
- d) Bei ber Verwendung eines zum Grundstock gehörigen Aktivkapitals oder bes Erlöses aus veräußerten sonstigen Bestandteilen des Grundstocksvermögens der Gemeinde zur Bestreitung von Ausgaben der laufenden Verwaltung.
- e) Bei ber Belaftung ber Gemeinde durch Übernahme dauernder Haftverbindlichkeiten insbesondere für Sparkassen, sowie für von Dritten betriebene gewerbliche Unternehmungen.
- f) Bei der Feststellung der Gebühren für die Benutung von Gemeindeanstalten, wenn deren Benutung den Beteiligten zur Zwangspflicht gemacht ist, sowie bei der Einführung oder Erhöhung von Meß= und Marktgebühren, Brücken= und Pflastergeldern.

Die Städte haben zwar seit 1891 das Recht, ihre Rechnungen ganz oder teilweile durch eigene städtische Beamte prüfen zu lassen und ihre Rechner selbst zu entlasten. Daneben aber findet auch noch eine materielle

108

und eine summarische formelle Rechnungsprüfung durch das Oberamt statt, was letzterem natürlich einen tiefen Einblick in die Einzelheiten der Gemeindeverwaltung, namentlich ihrer Finanzwirtschaft und damit die wichtigsten Handhaben zur Aufsichtsführung gewährt. Bon jenem Necht der Anstellung von Gemeinderevisoren wurde kein allgemeiner Gebrauch gemacht, und wo dies geschehen ist, sind die gemachten Erfahrungen nicht durchweg erfreulich: vermehrte Kosten und minutiösere, pedantischere Revision als durch den Staat. Bo keine Gemeinderevisoren angestellt sind, erfolgt die eigentliche Rechnungsrevision und die Entlastung des Rechners durch das Oberamt.

Ein Vermögensteil ist völlig freier Verfügung der Gemeinde überlassen, nämlich die durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben gegenüber dem Etat erzielten Gesamtersparnisse bzw. das durch die Ansammlung dieser Ersparnisse gebildete sogenannte Restvermögen. Nur dann bedarf die Gemeinde auch hier der Genehmigung durch die Staatsaufsichtsbehörde, wenn eine Versteilung dieses Vermögens unter die Gemeindegenossen beschlossen wird.

Im ganzen ist die Aufsicht des Staats über die Finanzen der Gemeinde fehr eingehend, kann es jedenfalls fein und die Beschränkung der Gemeinde in der Verfügung darüber nicht unbedeutend. Gine den all= gemeinen staatlichen fozialpolitischen Grundfäten zuwiderlaufende Kommunal= politik, insbesondere eine hierüber hinausgehende Ausdehnung der Kommunali= sierung von Brivatbetrieben ift bemnach faum möglich. Die Genehmigung von Schuldaufnahmen 3. B. kann ohne weiteres verfagt werben, wenn ber damit verfolgte Zweck ber Staatsaufsichtsbehörde nicht genehm ist; benn bas Berwaltungsebikt fpricht sich ausbrudlich bahin aus, bag bie genehmigenbe Behörde bei der Prüfung der genehmigungsbedürftigen Beschlüffe der Gemeindekollegien zwar nicht in die Berwaltung des Gemeindevermögens felbst= handelnd eingreifen solle, aber darauf Bedacht zu nehmen habe, daß jede ben allgemeinen staatswirtschaftlichen ober polizeilichen Grundfäten zuwiderlaufende ober mit ben Berhältniffen gegen andere Gemeinden ober Staats= angehörige unverträgliche Mahregel zurückgewiesen und ber Grundstock bes Gemeindevermögens möglichft ungeschmälert ben Nachkommen überliefert Diefer Sat in Berbindung mit dem freien Beanstandungsrecht bezüglich bes Etats gibt ber Staatsaufsichtsbehörde eine scharfe Waffe in Die Hand gegen sozialpolitische Extravaganzen der Gemeinden. Ebenso kann hierdurch auch einer einseitigen Interessenpolitik der Mehrheit in der Gemeindevertretung einigermaßen jedenfalls vorgebeugt bzw. entgegengewirkt Wie früher schon bemerkt, kann zurzeit von einer solchen mit Grund nicht gesprochen werben.

5. Die Polizei.

Die Gemeinden haben nach dem Verwaltungsedift das Recht, die Ortspolizei nach den bestehenden Gesetzen zu handhaben, und sie sind "nicht befugt, die ihnen zustehenden Rechte und Pflichten der Bolizeiverwaltung im Wege des Vertrags an eine Regierungsbehörde in widerruflicher oder unwider= ruflicher Weise zu übertragen." Dieses burch Geset von 1849 erlassene Berbot erklärt sich baraus, daß die Städte Stuttgart und Tübingen einige Jahrzehnte hindurch ihre Polizei vertragsmäßig bem Staat überlaffen hatten. Jenes der Gemeinde als solcher zustehende Recht ist jedoch, wie schon kurz ermähnt, fehr ftark eingeschränkt. Naturlich, benn auf die Erhaltung einer gemiffen Einheitlichkeit in der Sandhabung der Polizei, jedenfalls in einer Reihe ihrer Zweige kann ber Staat nicht verzichten, und so bestimmt benn bas Berwaltungsedikt, daß der Oberamtmann über die Ausübung der örtlichen Polizeigewalt die strengste und beständige Aufsicht zu führen habe und in ber Oberamtsstadt "in wichtigeren und bringenberen Fällen unmittelbar und perfönlich einzuschreiten befugt und verpflichtet sei". Außerdem sind einzelne Teile der Bau-, Gemerbe-, Gefundheits-, sowie der politischen Polizei der Gemeinde entzogen und der staatlichen Polizeibehörde, dem Oberamt (in Stuttgart ber Stadtbireftion), bas aber in Ermangelung genügend gahlreicher Unterorgane boch auf die Mitwirkung ber ftädtischen Bolizei an= gewiesen ift, übertragen. Über bas Beschwerberecht ber Gemeinden gegen Verfügungen der Auffichtsbehörde in Polizeifachen ift bereits gesprochen worden.

Die Regelung der Frage, wer die Polizeigewalt der Gemeinde außzuüben hat, durch das Verwaltungsedift ift wenig glücklich. § 14 des B.E. spricht sich dahin auß, daß es Sache des Ortsvorstehers sei, die Ortspolizei im Namen der Gemeinde zu handhaben, § 41 aber beschränkt diese Bestugnis des Ortsvorstehers, indem er bestimmt, daß der Ortsvorsteher die ihm nötig dünkenden Anordnungen, besonders soweit sie mit Kosten versunden sind, im Gemeinderat vorzutragen habe, gibt ihm jedoch, um ihm die unentbehrliche Selbständigkeit dis zu einem gewissen Grad zu sichern, das Recht, gegen die Beschlüsse des Gemeinderats in Polizeisachen die Entscheidung der Aussichtsbehörden anzurusen, auch in Fällen, wo er den Beschluß nicht sür ungesetzlich, sondern nur sür unzweckmäßig hält. Abgesehen von der Strafrechtspslege, die dem Ortsvorsteher in unzweideutiger Weise zu selbständiger Ausübung zugewiesen ist, müßte hienach der Ortsvorsteher in allen polizeilichen Angelegenheiten, auch den unwichtigsten und mit Kosten für die Gemeinde nicht verbundenen, erst an den Gemeinderat sich wenden

und nötigenfalls die Oberentscheidung des Oberamts einholen. Daß dies praktisch zu Absurditäten führt und die Bermanenz des Gemeinderats voraussett, ift klar. Die Pragis hat fich baher mit Recht über ben Wortlaut bes Gesetzes hinweggesetzt und bem Ortsvorsteher bas Recht zugesprochen, alle ihm erforderlich scheinenden polizeilichen Magregeln von sich aus, ohne ben Gemeinderat zu befragen ober ihm Rechenschaft geben zu muffen, zu treffen, sofern fie mit keinen Kosten für die Gemeinde verbunden sind und feine fortbauernde Geltung beanspruchen. Man fonstruierte zu biesem 3med einen Widerspruch heraus zwischen ben §§ 14 und 41 B.C. Wenn man aber in Betracht zieht, daß die Polizei nach bem B.E. ber Gemeinde als folder zusteht und nicht minder als die Selbständigkeit der Bermogensverwaltung ein ursprüngliches Recht ber Gemeinde bildet, so ift nicht zu leugnen, daß die Regelung, welche das B.E. der Polizeiverwaltung angebeihen läßt, indem es dem Gemeinderat ein gewichtiges Mitwirfungsrecht einräumt, folgerichtig, daß die herrschende Pragis, beeinflußt von dem Bebanken, daß die Polizei zum sogenannten übertragenen Wirkungskreis gehöre, mit jenem Grundgebanken bes B.E. nicht vereinbar ift, benn ber Gemeinbe zwei prinzipale Rechte zuzuweisen, den Gemeindevorstand (Gemeinderat) aber von der Ausübung des einen, von der Einwirfung hierauf, nahezu gang auszuschließen, biefe Ausübung vielmehr einem Beamten zu übertragen, ber als folder dem Gemeinderat nicht verantwortlich ist, nicht einmal Mit= alied des Gemeinderats zu sein braucht (Polizeiamtmann), ist zweifellos miberspruchsvoll. Die herrschende Praxis entspricht bem praktischen Bedürfnis, mit dem Gefet aber steht fie nicht gang im Ginklang.

Die Polizeiverwaltung ruht also faktisch in ber hand eines Einzelsbeamten, bes Ortsvorstehers bzw. wo eine Entlastung besselben von biesen Geschäften ortsstatutarisch festgesett ift, eines selbständigen Polizeiamtmanns.

Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist darauf beschränkt, über den Polizeietat zu beraten und zu beschließen, zu den im Laufe des Statsjahres auftretenden unvorhergesehenen sinanziellen Bedürfnissen der Polizeiverwaltung Stellung zu nehmen und die vom Ortsvorsteher ausgehenden Polizeivervordnungen bedingt oder unbedingt gutzuheißen dzw. zu verwersen. Nur für einzelne Zweige der Polizeiverwaltung gelten abweichende Sätze: Ortsbaupolizeibehörde ist der Gemeinderat; der Ortsvorsteher — und zwar er ausschließlich — ist auf diesem Gebiet nur zur Verhängung von Strasen befugt; in Gewerbesachen ferner bedient sich die staatliche Polizeibehörde des Gemeinderats zu Gutachten. Aber dies sind Ausnahmen von der Regel, daß der Ortsvorsteher Leiter von der Polizei ist. Ein Recht der Kritif der örtlichen Polizeiverwaltung überhaupt kann dem Gemeinderat natürlich nicht

bestritten werben, aber ebenso steht nach jener seit langem angenommenen Auslegung des V.E. auch sest, daß er nicht die Macht hat, seiner Kritik einen unmittelbaren praktischen Ausdruck zu verleihen, daß ihm kein allsgemeines Aussichtstrecht über die örtlichen Polizeiorgane zusteht; er ist auch nicht Beschwerdeinstanz gegenüber den Handlungen bzw. Verfügungen der letzteren, Beschwerden gehen vielmehr an die Staatsbehörden.

Trothem aber der Leiter der Ortspolizei unmittelbar unter den ftaat= lichen Behörden und nur unter ihnen steht, Gingriffe letterer in feinen Tätigkeitsbereich unbedingt hinnehmen muß und von den Gemeindekollegien unabhängig ift, ift er eben doch Gemeindebeamter. Als Ortsvorsteher ift er Borsitzender des Gemeinderats, mit dem er in Frieden zu leben bestrebt fein wird und muß. Als felbständiger Polizeiamtmann ift er boch in allen Angelegenheiten allgemeiner Natur und in allen Gelbfragen auf bas Ent= gegenkommen ber Gemeinbefollegien bam, bes Gemeinberats angewiesen, ohne babei viel Rudhalt zu haben bei feiner übergeordneten Staatsbehörbe, bie ja, wie früher gezeigt, wenig bestimmte bzw. ausreichende gesetliche Sandhaben zur Ausübung von Zwang gegenüber ber Gemeindevertretung besitt und daher in der Regel nicht leicht geneigt ist, zu folchen Maßregeln zu greifen, auch wenn es sich um gesetzlich wohlbegründete Forberungen des Polizeiamtsvorstands handelt, denen jene nicht entsprechen will. — Die Stellung bes Leiters ber Polizei ift hiernach eine zwiespältige: er fteht unter bem boppelten Einfluß bes Staats und ber Gemeindeverwaltung, mas natürlich die Quelle schwerer Unzuträglichkeiten bilben fann. Die tatfachlichen Verhältnisse in ben Mittelstädten geben übrigens glücklicherweise folchen veffimistischen Erwägungen wenig Nahrung, und wirklich nennenswerte Ubelftande haben sich aus jener Stellung ber Ortspolizei bam. ihres Leiters nirgends ergeben, namentlich nicht in der Richtung, daß fich ein ungefunder Einfluß der Gemeindevertretung bzw. wechselnder Mehrheiten derselben oder einzelner Berufs= und Gefellschaftsklaffen auf die Polizeivermaltung bemerk= bar gemacht hätte.

Daß die Lebenslänglichkeit der Polizeivorstände bzw. wo nicht lebenslänglich angestellte Polizeiamtmänner vorhanden sind, die Tatsache, daß letztere ihr Amt regelmäßig nicht als Lebensstellung betrachten, vielmehr nach einiger Zeit wieder abzugehen, meist in den Staatsdienst zurückzukehren pslegen, hierauf nicht ohne Einfluß ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Ob die Zukunst keine Berschlimmerung des Zustandes bringen wird, kann daher nicht mit Sicherheit behauptet werden, da der Entwurf der G.D. die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher beseitigt, die Ortspolizei aber im wesentlichen so beläßt, wie sie ist.

Beniger einwandfrei find die polizeilichen Berhältniffe in Stuttaart. Die Leitung der Bolizei ist einem besonderen Bolizeiamtmann (Bolizeirat) übertragen, aber nicht etwa auf Grund eines Ortsftatuts, wie anderwärts, sondern auf Grund eines blogen, von ber Gemeindevertretung jederzeit gurudgiehbaren Dem Polizeiamtsvorstand kommt hienach eine gesetmäßige Beichluffes. Selbständigkeit nicht zu, er ift vielmehr rechtlich nichts anderes als ein Silfsarbeiter bes Ortsvorstehers, welch letterer ber mahre Inhaber ber Polizei= gewalt in Stuttgart ift. Nun vollzieht fich aber ber ganze Berkehr zwischen bem Stadtpolizeirat und ben Staatsbehörden unmittelbar und unter Ausschaltung bes Stadtvorstands, ber Polizeirat zeichnet alle polizeilichen Berfügungen und Berordnungen allein und nimmt hienach, und zwar im gangen unbeanstandet, Diejenige Selbständigkeit für fich in Unspruch, Die ihm nur ein Ortsftatut verleihen konnte. Der bestehende Bustand entbehrt also einer gesetzlichen Grundlage, eine eigentumliche Erscheinung bei einer haupt= städtischen Bolizei.

Auch in anderer Beziehung ift reichlich Raum für die Kritif. Bei besonderen Anlässen muß sich der Bolizeiamtsvorstand die ihm rechtlich zu= fommende Stellung als unselbständiger Hilfsbeamter bes Ortsvorstehers anweisen lassen. Der Anteil, den sich die Polizeiabteilung des Gemeinderats an ber Polizeiverwaltung beilegt, ift ein fehr intenfiver. Seitens ber Staatsbehörden endlich findet ebenfalls eine hochft ausgedehnte Inanspruchnahme und Beeinfluffung ber Stuttgarter Polizei, eine Ausübung bes ftaatlichen Aufsichtsrechts wie keiner anderen ftädtischen Bolizei bes Landes gegen= über statt. Nirgends treffen sich eben staatliche und örtliche polizeiliche Intereffen in auch nur annähernd gleichem Mage wie in ber Sauptstadt, ber einzigen Großstadt bes Landes, und fo hat die Stadtpolizei Direktiven entgegenzunehmen feitens bes Ministeriums bes Innern unmittelbar, seitens ber Stadtbirektion und ber Staatsanwaltschaft. Der Stadtpolizeiamtsvorstand steht also unter vielfachen, starken, natürlich sehr häufig nicht in gleicher Richtung laufenden Ginfluffen, und es ware merkwürdig, wenn ber Polizei unter solchen Umständen dasjenige Maß von Vollkommenheit zu= erkannt werden konnte, das einer großstädtischen Polizei zufommen follte.

Daß die Verstaatlichung der Stuttgarter Sicherheitspolizei jenen Übelsständen ein Ende bereiten und bessere Zustände schaffen würde, ist kaum zweiselhaft. Die Stadt würde sich dadurch nicht einmal eines sehr bedeutssamen Rechts begeben; denn jene Einwirkung des Staats auf die städtische Polizei, wie sie im allgemeinen Landesinteresse gelegen ist und erfolgt, hat jetzt schon zur Folge, daß der Einfluß der Stadt auf ihre Polizei, deren Auswahl sie in vollem Umsang zu tragen hat, diesen ihren Leistungen nicht

ganz entspricht und daß sie dadurch zu Lasten herangezogen wird, die an sich bem Staat zukommen.

Der Entwurf ber G.D. hat sonderbarerweise darauf verzichtet, hier von Grund auf bessernd einzugreisen und die Polizei bei der Stadt belassen. Db es allerdings hiebei sein Bewenden behält, ist nach den Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten noch nicht außer Zweisel; es ist vielmehr möglich, daß in letzter Stunde noch der Grundsatz sich auch in Württemsberg Geltung verschafft, daß in Städten von der Größe und Bedeutung Stuttgarts die Stadt nicht die richtige Trägerin der Polizeigewalt ist.